

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 24. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, einschließlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit beiliegendem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die deutschsprachige Koloniale oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengelände und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die russische Anleihe und ihre Folgen.

I.

Wenn nicht etwas ganz Unerwartetes dazwischen kommt, ist die neue russische Milliardenanleihe perfekt. Noch einmal schickt sich die Kapitalistenklasse Westeuropas an, dem russischen Senferregiment bei der Erwürgung seines Volkes hülfreich zur Seite zu stehen. Niemand wird sich darüber verwundern, der das Wesen des Kapitals kennt und sich nicht durch die bürgerliche Wissenschaft beschwindeln läßt.

Sicher ist es geradezu ein Verbrechen gegen Menschheit und Menschlichkeit, in dem russischen Bürgerkrieg zwischen Volk und Absolutismus den Lehteren zu unterstützen. Aber das Kapital ist aus derartigen Verbrechen geboren und zieht neue Lebenskraft aus weiteren Verbrechen: Es begann in der Kolonialpolitik mit Mord und Blünderung, Seeraub und Sklavenhandel, und mitten in der Zivilisation zieht es heute noch Profite daraus, daß es fränke Frauen, zarte Kinder langsam zu Tode martert — siehe die Heimarbeitsausstellung. Wer kennt nicht den Satz des Marx'schen „Kapital“: „Wenn das Geld, nach Kugler, mit natürlichen Blutflüssen auf einer Baue zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend.“

Nur naive Leute, die vom Wesen des Kapitals und des von ihm beherrschten Staates keine Ahnung haben, können sich auch darüber wundern, daß den Reigen der Helfer des Absolutismus, der tüchtigsten Feinde der russischen Demokratie, die demokratische Republik Frankreich anführt. Wer noch den republikanischen Aberglauben gehegt, als ob die bürgerliche Republik etwas anderes bedeutete, wie die tüchtigste Herrschaft des Kapitals, wird nun wohl eines besseren belehrt sein — wenn er überhaupt belehrbar ist.

Ueberraschend könnte es höchstens wirken, daß in der republikanischen Regierung, die dem Jarrismus die Kriegsmittel zur Niedertwerfung seines Volkes zuführt, auch ein Sozialist zu finden ist. Aber diese Tatsache beweist auch nur die von uns seit jeher anerkannte Tatsache, daß der sozialistische Ministerialismus, die Teilnahme eines Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium in normalen Zeiten nichts sein kann, als eine Quelle der Korruptionierung von Sozialisten. Im Falle Briand hören jedenfalls alle Meinungsverstärkungen auf. Ein Sozialist, der es in einer Regierung aushält, die in der heutigen Krisis der russischen Demokratie in den Rücken fällt, ist einfach ein ehrloser Dumkopf. Die Dinge liegen hier zu klar, als daß auf mildernde Umstände plädiert werden könnte.

Wagt aber das Verbrechen klar zutage, daß da verübt wird, so weniger klar das Motiv des Verbrechens.

In einer Fußnote zu dem oben zitierten Satz führt Marx einen englischen Schriftsteller, Dunning, an, der erklärt: „Das Kapital hat einen Abscheu vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital fähig. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stamft es alle menschlichen Gehege unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

Wo aber sind bei der russischen Anleihe die hohen Profite zu suchen, die das Verbrechen erklärlich machen? Wo kein hoher Profit winkt, da ist das Kapital stets höchst respektabel und aller christlichen Tugenden voll.

Zum Teil wird die Begeisterung der Kapitalistenwelt erklärt durch den hohen Zinsfuß der Anleihe. Diese wird zu dem Kurse von 88 ausgegeben und mit fünf Prozent verzinst, mit allen möglichen kleineren Vergütungen, die die tatsächliche Verzinsung auf fast sieben Prozent anschwellen lassen — unter den heutigen Verhältnissen eine unerhörte hohe Verzinsung für eine Staatsanleihe. Ausgenommen vielleicht Griechenland und Portugal, dürfte es keinen Staat geben, der zu diesem Zinsfuß nicht Geld bekäme.

Aber freilich steht auch keiner so nahe vor dem Bankrott wie Rußland. Es muß noch ein anderes Motiv sein, das die Anleihe begünstigt. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß hier Provisionen, das heißt in ehrlichem Deutsch Vesteckungen, den Unternehmern und Förderern der Anleihe in hohem Maße winken.

Bei einer Anleihe kommen ja zwei Parteien in Betracht: einmal die eigentlichen Geldgeber, die kleinen Geldbesitzer, die „Sparer“, die nicht Gelegenheit haben, ihr Geld in einem eigenen Betrieb als Kapital anzulegen und daher nach einer Anlage in Papieren suchen, und dann diejenigen, welche diese Geldgeber dem Vorgenden zutreiben und beflissen sind, jenen das Geld aus der Tasche zu ziehen: die Banken und deren Helfershelfer in der Presse, den Parlamenten und Regierungen. Diesem zweiten Faktor kommt es weder auf die Höhe der Verzinsung, noch auf die Sicherheit der Anlage an, sondern nur auf die Höhe der Provision, welche bei dem Geschäft winkt. Und die ist in diesem Falle aufs reichlichste bemessen.

Die Anleihe soll zu dem Kurse von 88 emittiert werden, die mit der Emission betrauten Banken übernehmen sie aber

zu einem Kurse, der ihnen ungefähr 5 Proz. des Erlöses zuschanzt, d. h. rund 100 Millionen Frank. Das ist aber nur der offen zustandene Kommissionsgewinn. Die Geschichte der Panamagesellschaft zeigt aber, wieviel daneben in solchen Fällen noch unter der Hand an Vesteckungsgeldern für Bankdirektoren, Journalisten, Abgeordnete, ja Minister verausgabt werden. Man kann nach den Erfahrungen von damals ruhig sagen, daß diesmal mindestens ebensoviele, wie für offizielle Provisionen, für geheime Vesteckung verwendet wurde. Hatten doch aus dem Vesteckungsfonds der Panamagesellschaft einzelne Zeitungen und einzelne Minister je eine halbe Million Frank erhalten. Und damals galt es bloß den französischen Markt zu bearbeiten, diesmal den Geldmarkt der Welt.

Nur aus derartigen „Anregungen“ wird es erklärlich, wenn sogar in Ländern, die selbst in ewiger Finanzklemme stecken und auf auswärtiges Kapital angewiesen sind, wie in Oesterreich, Finanzmächte aufgetrieben wurden, die mittun. Reichlich bilden deutsche Finanzkreise auf ihre glücklichen österreichischen Nachbarn und jammern über das schreckliche Unglück, daß sie von dem „lukrativen Geschäft“ ausgeschlossen bleiben, den teuren Landsteuern einige hundert Millionen aus den Taschen locken zu dürfen, zu dem edlen Zwecke, diese Millionen auf Kimmertwiedersehen den Schlägern aller Reußen auszuliefern. Das sind dieselben Kreise, die am lautesten über die Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie getern und ihren eigenen Patriotismus am teuersten bezahlt bekommen, z. B. bei Schienen- oder Geschüßlieferungen.

Daß diese Hunderte von Millionen verloren sind und alle Milliarden dazu, die man dem Jarrismus bisher borgte, daran kann aber kein Zweifel sein. Selbst wenn es der russischen Regierung gelänge, unbestritten im Lande zu herrschen und die Revolution wie weggeblasen wäre, ohne Spuren zu hinterlassen, läßt sich doch der Staatsbankrott Rußlands nicht mehr verhindern, denn nicht bloß die russische Regierung, sondern auch die russische Volkswirtschaft ist bankrott, und dieser Bankrott läßt sich durch Schwindelmandover nicht aufhalten und auch nicht lange mehr verschleiern.

Da kommen freilich die Augen Leute und versichern, Rußland sei ein so ungemein reiches Land, das könne gar nicht bankrott werden. Und sie zählen uns alle die Naturschätze auf, über die Rußland verfügt. Es sind sehr gelehrte Dekonomen darunter und doch beweisen sie alle, wie wenig sie von der Dekonomie verstehen und wie viel selbst für die alltägliche Börsenparasie aus den Theorien von Karl Marx gelernt werden kann. Hätten sie eine Ahnung davon, dann verständen sie auch den Unterschied zwischen natürlichem und gesellschaftlichem Reichtum.

Vor allem ist es klar, daß auch das größte Einkommen nicht vor Bankrott schützt, wenn man die Kunst versteht, mehr auszugeben, als man einnimmt. Dann aber hängt das Einkommen des Besitzers von Bodenschätzen keineswegs von deren Vorhandensein allein ab. Diese Schätze sind wertlos, so lange sie im Boden liegen; sie erhalten erst einen Marktwert, sobald menschliche Arbeit sie zu Tage gefördert und auf den Markt gebracht hat, oder sobald wenigstens die Möglichkeit besteht, daß dies geschieht.

Aber noch mehr. Sie erhalten einen lohnenden Wert auf dem Weltmarkt nur dann, wenn sie mit dem durchschnittlich in der Weltproduktion üblichen Aufwand von Arbeit produziert und auf den Markt gebracht werden, populär gesprochen, wenn ihre Produktionskosten die durchschnittlich erforderlichen nicht überschreiten. Ob das der Fall, das hängt aber nicht bloß von der Menge der vorhandenen Bodenschätze ab, sondern auch von ihrer Zugänglichkeit, und in der Beziehung ist Rußland vielfach sehr schlecht daran. Es ist von dem Weltmarke abgeschnitten, viele seiner Bodenschätze sind in den abgelegensten, unwirtlichsten Gegenden zu finden.

Der Arbeitsaufwand, der erforderlich ist, ein Produkt herzustellen und zu Markte zu bringen, hängt aber ferner ab von der Art der vorhandenen Arbeitskräfte. Je besser diese geschult, je mehr ihre Intelligenz durch Zeitungen, Bücher, Vereinswesen entwickelt ist, desto mehr werden sie leisten, desto billiger produzieren, auch bei hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit.

Was finden wir aber in Rußland? Ein Proletariat, dem bisher jeder Weg zur Intelligenz, zur selbständigen Betätigung und Entwicklung seiner geistigen Kräfte von Regierungswegen gewaltsam verschlossen wurde, so daß die Leistungsfähigkeit des russischen Arbeiters, die Produktivität seiner Arbeit eine ungemein geringe ist.

Endlich aber hängt der Arbeitsaufwand, der erforderlich ist, eine Ware zu produzieren und zu Markte zu bringen, von der Güte und Menge der vorhandenen Produktions- und Verkehrsmittel ab. Das ist aber in der heutigen Produktionsweise vor allem eine Frage des Geldes, des Kapitals. Wenn die größten Kapitalmassen und die besten Arbeiter zu Gebote stehen, der wird stets seinen Konkurrenten vortan sein können.

Rußland aber besitzt nur geringes Kapital, weil es von seiner Regierung von den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise an so ausgefogen wurde, daß es nur wenigen seiner Bewohner gelang, erhebliche Geldmittel anzuhäufeln und kapitalistisch anzuwenden. So sind die Eisenbahnen unzureichend geblieben, die zu den Bodenschätzen führen, sind die Maschinen unzureichend, die die Bodenschätze zutage fördern und verarbeiten.

Alles das bewirkt, daß die russische Industrie bis heute nicht gedeihen konnte, auf dem Weltmarke nicht konkurrenzfähig ist und im Lande selbst sich vielfach nur durch Subventionen der verschiedensten Art behauptet, die sie von der Regierung erhält.

Auf dem Weltmarke erscheint Rußland als Verkäufer fast ausschließlich mit Produkten der Landwirtschaft — diese im weitesten Sinne genommen, so daß auch die Holzproduktion dazu gerechnet wird. Neben diesen Produkten kommt nur noch Petroleum für die Ausfuhr in Betracht.

Aber für die Landwirtschaft gilt dasselbe wie für die Industrie. Der Mangel an unterrichteten Arbeitskräften und der Mangel an Kapital sowie an Verkehrsmitteln bewirken, daß die russische Landwirtschaft weit mehr Arbeitskräfte erfordert, dieselbe Produktmenge zu erzeugen und auf den Markt zu bringen, als etwa die deutsche. Ein Hektar des fruchtbareren russischen Bodens trägt weniger als ein Drittel des weniger fruchtbareren deutschen (Martin, Die Zukunft Rußlands, S. 11). Sie kann sich auf dem Weltmarkt nur dadurch behaupten, daß sie ihre Produkte unter den Produktionskosten verkauft.

Ein kapitalistischer Produktionszweig würde unter diesen Umständen sofort aufhören. Wo kein Profit zu holen ist, dort verschwindet das Kapital. Der Bauer ist zäher und muß zäher sein, denn er kann nicht so leicht die Erwerbsweise ändern. Und er muß verkaufen, die Steuerschraube zwingt ihn dazu. Dieser zähen Ausdauer des Bauern hat es in letzter Linie der russische Staat zu danken, daß er in den letzten Jahrzehnten dem Bankrott immer wieder entging, so oft er ihn auch mit dem Aermel streifte.

Aber diese Zähigkeit konnte der Bauer nur dadurch entwickeln, daß er sich, seine Familie, seinen Boden, seinen ganzen Betrieb vollständig ruinierte. Wer dauernd unter den Produktionskosten verkauft, kann seinem Betriebe nicht in jedem Jahre so viel wieder zuführen, als er ihm entnommen hat.

Der Bauer degeneriert, weil er sich nicht mehr genügend ernähren kann, oder er entflieht seiner Scholle, um als Wanderarbeiter oder sonstwie Geld zu verdienen, und überläßt seinen Betrieb der Frau und den Kindern, die nicht genügen, ihn zu bauen. Alle Reserven werden aufgezehrt. Kommt ein Mißjahr, so muß das Vieh geschlachtet oder verkauft werden. Ohne Vieh kein Dünger, keine richtige Feldbestellung. Diese geht immer mehr zurück, die Landwirtschaft wird immer unfruchtbarer, indeß die Ausgaben des Staates immer mehr steigen. So ist das notwendige Ende der Bankrott, der Bankrott der Landwirtschaft, aber auch der des Staates.

Das hatten die Theoretiker der Sozialdemokratie schon lange erkannt (z. B. Plechanoff, Parvus), jetzt haben es Krieg und Revolution so offenkundig gemacht, daß es auch das blödeste Auge erkennen konnte. Als nun der Regierungsrat Martin wiederholte, was die Sozialdemokraten vor ihm gesagt, da verfehlte es einen Moment lang seine Wirkung nicht. Aber wer nicht sehen will, dem kann niemand die Augen öffnen, und so läßt sich das kapitalistische Bild von neuem durch die Hühner des Jaren in dessen Netze blindlings hineinjagen.

Wir brauchen uns darüber nicht allzusehr aufzuregen. Die neue Anleihe wird dem Jarrismus nicht so viel helfen wie seine Freunde hoffen, dem kapitalistischen Regime Westeuropas kann sie aber tiefe Wunden schlagen.

Die Revolution in Rußland.

Aus dem Kaukasus.

Täglich bringt die russische Presse immer traurigere und grauen- erregendere Nachrichten aus dem Kaukasus. Die Schreden von Moskau, die blutige Hentearbeit in den Ostseeprovinzen erblassen im Vergleich mit dem Wüten der Reaktion in Armenien und Georgien. Das einst blühende Land ist verwüstet, rauchende Trümmerhaufen zeigen die Stätte, wo sich früher Dörfer und ganze Städte befanden, die Felder sind ungebaut, die Gärten vernichtet, die Bevölkerung ist in die Berge geflohen. Dies ist die Strafe, welche die russische Selbstherrschaft über die freihheits- liebenden Kaukasier dafür verhängt hat, daß sie schon seit mehreren Jahren in den Vorderreihen der Kämpfer für Freiheit und Recht stehen. Infolge der eigentümlichen kaukasischen Verhältnisse und der hohen revolutionären Energie der armenischen und namentlich der georgischen Bevölkerung wollte es der Regierung lange Zeit nicht gelingen, der Bewegung Herr zu werden; aber jetzt, wo sie es ist, oder vielmehr zu sein glaubt, ist ihre Rache furchtbar. Ganz Kaukasien ist in Kriegszustand erklärt; Generalgouverneure und sogenannte besonders Kriegsgouverneure schalten und walten nach Belieben; Versammlungsverbote, Zeitungs- unterdrückungen, Ausweisungen, Verhaftungen, Kriegsgerichte und Hinrichtungen sind an der Tagesordnung; Militär und Kosaken sind unumschränkte Herren im Lande. In die Gegenden, wo die revolutionäre Bewegung am stärksten war, werden Strafexpeditionen ausgesandt, die den Raub- und Mordzügen des berüchtigten Generals Deloff in Kurland würdig zur Seite stehen. Diese Expeditionen haben den Auftrag erhalten, die von der Bevölkerung seit längerer Zeit verweigerten Steuern einzutreiben, die bis dahin ebenfalls verweigerte Stellung der S.- kreuzen zu bewirken, die Bevölkerung zu entwöhnen und selbst- verständlich alle „verdächtigen“ Personen unschädlich zu machen. In welcher unerhörten Weise diese Soldateska vorgeht, davon reden am besten die Tatsachen selbst, deren wir einige aus den

Verichten der Petersburger und der kaukasischen Presse auf Geratewohl entnehmen.

Aus dem Kreise Schuscha wird der „Retsch“ gemeldet: 400 Kosaken bombardierten das Dorf Log von allen Seiten, wodurch 25 Häuser zerstört wurden; hierauf drangen sie ins Dorf ein, durchsuchten die Häuser nach Waffen, und nach Beschlagnahme von 25 Gewehren und 900 Rubel als Strafe für nicht gestellte Rekruten begannen sie das Dorf zu plündern und brannten es schließlich nieder, vernichteten dabei das ganze Getreide, verwüsteten die Gärten und zerstampften die Saatkelder; 15 Bauern wurden halbtot gepöbelt, Frauen, alte und junge, Kinder, wurden vor den Augen ihrer Angehörigen vergewaltigt. Die Einwohner haben sich in die Wälder geflüchtet und wagen sich nicht hinaus. Dasselbe wird auch aus den Dörfern Taglar, Dsch, Sus und einer ganzen Reihe anderer gemeldet. — Im Dorf Alet (Gurien) kamen zwei Kosaken „zu Besuch“ zu einem Bauer und benutzten einen Augenblick seiner Abwesenheit, um seine Frau zu vergewaltigen; der Mann kam aber nach zur rechten Zeit zurück und vertrieb die Kosaken mit Artillerie vom Hause. Zur Strafe dafür erteilte Skriow, der Chef der Strafexpedition, den Kosaken die Erlaubnis, zu „tun was sie wollten“, und diese brannten das Dorf an allen Ecken an und plünderten es. Ueber vierzig Häuser kamen in den Flammen um. Die Dörfer Tschochauri und Paschut sind dem Erdboden gleich gemacht. Nach amtlichen Angaben sind in Katalis am 2. Februar 88 Wäden ausschließlich durch Militär geplündert und angezündet worden, im Monat Januar allein über 20 größere Ortschaften niedergebrannt, die Zahl der kleinen kann gar nicht festgestellt werden. Das Dorf Karageschich in Armenien ist zertrümmert, alle Einwohner ohne Ausnahme, ohne Unterschied von Alt und Jung, von Mann und Weib unmeniglich ausgepeitscht. Infolge der horrenden Zahl der Vergewaltigungen von Frauen durch Kosaken nimmt die Syphilis, die bisher beinahe unbekannt war, in erschreckendem Maße zu und die kommenden Generationen werden die Folgen davon zu tragen haben. Und von diesem unglücklichen, seines ganzen Lebensunterhaltes, seiner Gesundheit beraubten Volke werden drei- und vierfache Steuern eingefordert, Hunderte von Rubeln Strafgebuhr für konfiskierte Waffen, für fehlende Rekruten, für entlohene Verhaftete, für die Verbergung der „Räuberführer“ und dergleichen. Die Folge einer solchen Plünderungspolitik läßt sich schon spüren: in verschiedenen Gegenden des Kaukasus ist Hungernot ausgebrochen. Aber auch die zweite Folge — eine furchtbare Erbitterung gegen den Zarismus und seine Bluthunde — stellt sich ein und wird zweifellos früher oder später zum Ausbruch kommen und wehe dann den zarischen Henken!

Polizeischaraden in Petersburg.

Petersburg, 23. April. In den Vororten wurden heute außerordentliche Sicherheitsmaßregeln vorgenommen. Die großen Fabriken waren von Soldaten und berittenen Schutzleuten bewacht. In der Straßenbahn, die nach Newskaja-Safiana, dem belebtesten Arbeiterquartier führt, waren Schutzeleute postiert, mit Flinten bewaffnet. Dortselbst wurden in einer Arbeiterversammlung 30 Personen, darunter sieben Frauen verhaftet. Die Zahl der Arbeitslosen vergrößert sich, ihre Organisation geht vorwärts, täglich erscheinen die bezüglichen Aufrufe, verlangen Arbeit vom Magistrat. Es wurde ein Rat von Deputierten der Arbeitslosen gewählt. Massenhafte Ausschreitungen. Vordemonstrationen der Bahnmänner von Universitäten und Wissenschaftsakademien beschlossen energischen Protest gegen die Hausdurchsuchungen in den Dorpat und Dössaer Universitäten.

Amtliche Schlußfärberei.

Die amtliche Petersburger Telegraphenagentur läßt das Wane vom Himmel herunter, um die Zustände in Rußland im rosigen Lichte erscheinen zu lassen. Nicht nur die finanziellen Verhältnisse werden — um den Wump einheimen zu können — als die günstigsten geschildert, sondern es werden auch Darstellungen verbreitet, daß die befürchtete Bauernerhebung ganz ausgeschlossen sei, da zuverlässiges Militär in mehr als ausreichender Zahl zur Verfügung stehe, um alle Unruhen schnell und gründlich unterdrücken zu können. Die getäuschten Gläubiger werden zu spät ihres Vertrauensseligkeit bereuen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. April.

Zur preussischen „Landtagswahlreform“.

Die Neueinteilung der Stadt Berlin in zwölf Landtagswahlkreise, auf Grund der famosen „Landtagswahlreform“ ist endlich zustande gekommen. Die Verzögerung ist angeblich entstanden, weil man die Kreise nach der „historischen Entwicklung“ abgrenzen wollte. Daß das, wenn es überhaupt gewollt war, geglättet ist, kann man, wie aus Nachstehendem ersichtlich ist, nicht behaupten. Aber es ist auch ganz gleichgültig, denn bei diesem blödsinnigen Wahlverfahren wird auch die vernünftigste Einteilung zu Schanden. Wenn die Wähler glauben, etwas durch diese Einteilung zur Verhütung beigetragen zu haben, so irren sie sich gründlich. Das Gegenteil wird eintreten, denn nun erst recht wird den Massen das Unrecht klar vor Augen treten, nun erst recht wird sich der Sturm entfalten, der früher oder später das „elendeste aller Wahlsysteme“ beseitigt.

Der erste Wahlkreis, bestehend aus den Stadtbezirken Nr. 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47a, b, 48a, b, 49, 50a, b, 238, 238a, b, 61, umfaßt das ganze Tiergartenviertel und die Potsdamer Vorstadt, dazu von der Tempelhofer Vorstadt die Kaybachstraße sowie einen Teil der York- und Wödenstraße. Diese Straßen haben mit dem Hauptteil des Kreises gar keinen historischen Zusammenhang, da sie durch die Potsdamer und Anhalter Bahn getrennt werden.

Der zweite Kreis wird gebildet aus den Stadtbezirken Nr. 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 57, 58, 59, 60, 62, 63, 64a, b, 65 und zieht sich vom Tempelhofer Feld (Wohlfahrt) bis zur Weidenbammer Gräde und zwar so, daß die historische und wirtschaftlich eine Einheit bildende Tempelhofer Vorstadt vollständig auseinandergerissen wird. Einen Trost haben die Wähler dieses Kreises wohl dadurch, daß in demselben auch das Schloß und der Mühlendamm liegt.

Die Wahlkreise 3, 4, 5, 6, 7 sind verhältnismäßig gut geschnitten.

Der dritte Kreis besteht aus den Stadtbezirken 82, 83, 84, 85, 97, 98, 99, 100, 101, 120, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144.

vierte Wahlkreis aus den Bezirken 147, 148, 149, 150, 151, 154, 155, 156, 159, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167a, b, 171, 172, 173, 174, 175a, b, 176, 177, 178, 179a.

Der fünfte Kreis aus den Bezirken 79, 80, 81, 88, 87, 88, 90, 95, 96, 102, 103, 104, 105, 106, 107a, b, 108a, b, 112a, b, 113a, b.

Der sechste Kreis aus den Bezirken 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 159, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167a, b, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175a, b, 176, 177, 178, 179a.

Der siebente Kreis aus den Bezirken: 157, 158, 160, 170b, c, 180a, b, c, d, 181a, b, c, d, e, 189a, b, c, d, 190a, b, c, 191, 192, 193 b, c.

Der achte Kreis enthält nicht weniger als 51 Bezirke und zieht sich von dem Randsberger Tor bis zur Kankamerstraße, umfaßt das ganze „Alt-Berlin“ und erstreckt sich von der Kurfürstengrube bis zur Danzigerstraße, also auch hier fehlt jeder historische Zusammenhang. Diese 51 Bezirke tragen die Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 145, 146, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 193a, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 228, 229, 230, 231, 237, 238, 239, 240, 241, 242a, b, c.

Der neunte Kreis dehnt sich aus von der Gassanstraße in der Danzigerstraße bis zur Wiesenstraße und zerschneidet den Gesundbrunnen in zwei Teile. Gewiß ein Meisterstück, den historischen Zusammenhang aufrecht zu erhalten. Dafür hat er auch nur 29 Stadtbezirke, wie folgende Nr. ergeben: 244, 245, 246a, b, c, 247a, b, c, 248, 249, 250, 244a, b, c, d, e, 320a, b, 321, 322, 323, 324.

Der zehnte Kreis wird gebildet aus den Stadtbezirken Nr. 209, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 227, 232, 233, 234, 235, 236, 251, 252, 253, 254b, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261a, b, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 305. Er erstreckt sich vom Gendarmen Markt bis zur Lhnarstraße und von der Oberwallstraße bis zum Nordufer, besteht also aus Teilen der Rosenthaler Vorstadt, der Hamburger Vorstadt, Dranienburger Vorstadt und des Wedding.

Der elfte Kreis besteht aus dem nördlichen Teil des Wedding und Gesundbrunnens, den Stadtbezirken Nr. 306, 307, 308a, b, 310, 311, 312, 313, 314a, b, 315, 316, 317, 318, 319, 325, 326a, b.



Rüftet zum 1. Mai!

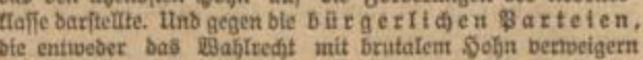
Am 1. Mai demonstriert das Proletariat für die Verkürzung der Arbeitszeit. Trotz aller Bemühungen der Gewerkschaftsorganisationen ist noch immer die Arbeitszeit in den meisten Betrieben eine übermäßig lange. Da aber die Gesundheit das einzige Gut des Proletariats ist, mit dem er nicht nur seinetwegen, sondern auch im Interesse der Seinigen haushalten muß, hat das Proletariat die Pflicht, künftig durch verdoppelte gewerkschaftliche und politische Anstrengungen eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf zunächst höchstens acht Stunden zu erzwingen! Erst dann wird das Proletariat auch die nötige Ruhe finden, sich geistig zu vollem Menschentum emporzuarbeiten.

Die Maidemonstration ist aber auch ein mächtiger Protest gegen die kapitalistische Wälderverheerung, eine eindringliche Abgabe an das weltpolitische Jubiläum, das gerade in unseren Tagen sein Unwesen treibt. Am 1. Mai gelobt das internationale Proletariat einander brüderliche Treue, erklärt es dem Chauvinismus in allen Ländern unerbittlichen Krieg.

Der 1. Mai ist in diesem Jahre für das deutsche Proletariat endlich auch eine erneute Kundgebung gegen die schmachvolle preussische Wahlrechtsetzung! Der 1. Mai soll die Wahlrechtsbewegung verschärfen und vertiefen. Immer erbitterter und immer nachhaltiger muß der Kampf entbrennen. Gegen die Regierung, die die proletarischen Wahlrechtsforderungen erst mit dem Militärausgebot und dann mit einem elenden Hinterwerk von einer Wahlreformvorlage beantwortete, das den ärgsten Hohn auf die Forderungen der Arbeiterklasse darstellte. Und gegen die bürgerlichen Parteien, die entweder das Wahlrecht mit brutalem Hohn verweigern oder aber unter der verlogenen Vorpiegelung, für die Forderungen der Arbeiter einzutreten, an dem Proletariate schändlichen Verrat üben!

Der 1. Mai wird eine Probe für das Massenbewußtsein und die Kampfesenergie des deutschen Proletariats sein!

Darum sorgt für ein Massenaufgebot, für eine imposante Feier!



Der zwölfte Kreis umfaßt das ganze Ronbit, die Stadtbezirke Nr. 255, 256, 257a, b, c, 258, 259, 260a, b, 261a, b, 262a, b, c, 263a, b, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 300, 301, 302, 303a, b, 304, 309. Hier ist also der historische Zusammenhang am besten gewahrt.

Die Einteilung wird den Freistimmigen manche Pfühen entlocken, denn nicht nur von links, sondern auch von rechts dürfte der Sturm auf ihren alten Besitzstand erfolgen, ja bei etwas Wohlwolligkeit von unserer Seite dürften sie fast ganz aus Berlin verdrängt werden, umfomehr, als es diesen „Fortgeschrittenen“? nicht gelungen ist, die Driftelung in den Urtwahlbezirken zu beseitigen. Indeß, wie sich die Dinge auch gestalten mögen, für die Arbeiterklasse kann es nur eine Parole geben: „hinweg mit dem Dreiklassenwahlrecht“. Mit dem Vinsengericht dieser sogenannten Wahlreform läßt sich das Proletariat nicht abweisen. —

Zum Blutbad-Verksammlungsverbote!

Nachdem die Breslauer Polizei Arbeiterblut vergossen hat, „beruhigt“ sie! Der Breslauer Arbeiterklub wird das Versammlungsrecht genommen, damit sie nicht sage, was sie empfindet, was sie denkt! Der Jörn, der Groß darf nicht nach außen kundgegeben werden! Das ist polizeiliche „Beruhigung“ in Preußen. Die Polizei darf den Säbel auf den Rücken der Bürger tanzen lassen, aber der Bürger darf sich nicht einbilden, daß er solche Säbelheldentaten vor der Öffentlichkeit kritizieren, vor der Deffentlichkeit brandmarken dürfe. Die Polizei ist sakrosankt in Preußen und wenn Unbotmäßige sich unterfangen wollen, despektierlich von ihr zu reden, so verbietet ihnen die Polizei einfach das Reden. Was kann einfacher sein?

Es gibt wohl kaum etwas Aufreizenderes als solches Verfahren! Und wir begreifen es vollkommen, daß die Leiter der Breslauer Arbeiterbewegung, als sie die Verbote der Versammlungen erfuhren, Anschläge erlitten, worin sie die Arbeiter aufforderten, die Ruhe zu bewahren. Sie mußten es tun trotz der weltbekannten Disziplin der klassenbewußten Arbeiter,

trotz der bewunderungswürdigen Selbstbeherrschung, die die Ausgepöbten in den Versammlungen am Freitag abend bewahrt hatten. Denn die Verbote der Versammlungen in solcher Situation mußte wirken, wie Del ins Feuer, und schließlich hat auch die Selbstbeherrschung der Besonnensten ihr Maß!

Und bei solcher Lage der Dinge bringen es „liberale“ Blätter fertig, der Polizei beizuspringen, wagt es das Presseblatt, das natürlich die Sprache des „Vorwärts“ „mahlos“ nennt, zu schreiben:

In Breslau selbst versuchen beide Teile allen Jändstoff möglichst aus dem Wege zu räumen. Ein Privattelegramm berichtet uns:

Die für Sonntag vormittag anberaumten sechs Protestversammlungen, in denen gleichmäßig über „das Blutbad“ referiert werden sollte, sind polizeilich verboten worden. Anschläge des sozialdemokratischen Partei-Blattes fordern die Arbeiter auf, sich ruhig zu verhalten.

Das sogenannte freistimmige „Berliner Tageblatt“ hat also nicht nur nicht daran auszugehen, daß das Versammlungsrecht preussischer Staatsbürger durch den Zug einer Polizeifeder einfach aufgehoben wird — das Vereins- und Versammlungsrecht kennt nebenbei nicht einmal ein Recht der Polizei zu solchem Verfahren, — nein, es glorifiziert die Tat noch als eine beruhigende, als eine „die Jändstoff aus dem Wege räumt“! Es begeistert sich für die polizeiliche Bevormundung des Bürgers, Rotabene, wenn er Proletarier ist. Der Liberalismus ist zum Drehen!

Die Breslauer „Volkswacht“ schreibt in ihrer Sonntagsnummer, in der sie das Verbot der Versammlungen noch nicht mitteilen konnte:

In den nächsten Tagen werden die zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter Deutschlands von dem Breslauer Blutbade zu reden haben. Weil ein paar Hundert Former und Gleberearbeiter Forderungen gestellt haben, werden Tausende von Familienvätern auf das Pflaster gesetzt. Die Aktionäre der Maschinenbauanstalt verdienen für ihr Nichtstun 10 Prozent Dividende. Weil die Former einen Stundenlohn von 40 Pfennigen garantiert haben wollen, werden ihre Arbeitskameraden ausgepöbert.

Anstatt die Kapitalstrolche, die Tausende von der Arbeit und vom Verdienst fernhalten, in ihre Schranken zu weisen, taucht die Polizei plötzlich als treue Dienerin des Kapitals auf, besetzt die Plätze, die vor den Fabriken liegen, und sorgt, daß den Unternehmern und ihren Schülern kein Haar gekrümmt werde.

Wehr noch! Blindlings schlägt sie in die wehrlosen Menschenmassen hinein, Ströme von Blut zeugen von der rühmvolken Käuflichkeit der Schuymannschaft des Unternehmertums.

Es ist, als hätte die Sicherheitsbehörde wirklich Sorge darum, daß die Sozialdemokratie zu schwach werden könnte. Was ein Duzend guter Ideen, was ungezählte Artikel unserer Presse nicht fertig bringen konnten, das hat die Schlächt oder das Schlächten vom 19. April vollbracht: Eine solche Erbitterung gegen das herrschende System vermögen wir nicht zu erzeugen!

Was in den Herzen und Köpfen der Schulleute vorgegangen ist, wir wissen es nicht. Aber als sie auf fliehende und Wehrlose mit der Waffe einhieben, da hatten sie das menschliche Gewand abgestreift. Sie fühlten sich nicht als Menschen gegenüber Menschen, sondern als Staatsstrafen gegen — Sozialdemokraten! Darin liegt die ganze Erklärung.

Wir wissen nicht, was die Klassencheidung der Gesellschaft schärfer zum Ausdruck bringen könnte, als das Säulen der Kagaiten — ach nein, der Schuymannsäbel am Donnerstagsabend. . . .

Zahlreiche Zeugnisse bringt unser Breslauer Bruderblatt für die Tatsache bei, daß die Schulleute blindlings wütend auf fliehende, auf harmlose Straßenpassanten eingeschlagen. So schreibt es u. a.:

Fast nur fliehende verwundet! Was wir lange nicht glauben wollten, ist nun doch als Wahrheit, als bitterste Wahrheit festgestellt worden: Die Polizisten haben in der Hauptsache die fliehenden von hinten gestochen und geschlagen!!! Wir haben uns an 8—10 verwundeten Personen, die zu uns in die Redaktion und auf das Arbeitersekretariat kamen, durch den Augenschein überzeugt, daß fast alle die Verwundungen von hinten verursacht sind! Was das heißen will, ermittelt nur der in vollem Maße, der da weiß, daß nicht einmal im Kriege auf fliehende geschossen wird und daß im ostasiatischen Kriege die heidnischen Japaner diese Regel mit äußerster Strenge, auch nach der blutigsten Schlacht innegehalten haben. Die christlichen preussischen Polizisten aber stehen wehr- und waffenlos fliehende in den Rücken!!!

Selbst ein bürgerliches Blatt, das eine erfreuliche Ausnahme darstellt, die „Breslauer Morgenzeitung“, muß diese Feststellung der „Volkswacht“ bestätigen!

Von den zahlreichen Zeugnissen, die da zeigen, in welchem Maße die Schulleute die Besinnung verloren hatten, sei nur eines herausgegriffen, eine Zuschrift, die im „Breslauer General-Anzeiger“ erschien:

„Als ich gestern abend 8 Uhr von der Kleinen Kirchstraße (Diana-Bad) nach meiner Wohnung gehen wollte und dazu den Weg durch die kurze Gasse nahm, kamen aus einem Hause kurz vor der Alsenstraße zwei Schulleute mit gezogenem Säbel. Ich stupte einen Augenblick. In diesem Moment kam ein Dritter auf mich zugefprungen, brüllte mich an, stieß mich und holte zum Schlagen mit dem Säbel aus. Alles dies war das Werk eines Augenblickes. Ich wußte aber nicht, was los war und um was es sich handelte. Ich sah nur noch, daß verschiedene andere Passanten, welche wie ich ruhig nach ihrer Wohnung gingen, beschlagen und geschlagen wurden. Die Tochter meines Nachbarn, eine Wuhalterin, erhielt einen Säbelhieb über die rechte Schulter, diese kam aus dem Geschäft und hatte denselben Weg wie ich. Meine Tochter, welche um diese Zeit ebenfalls aus dem Geschäft kommt, sagte mir, daß sie aus Angst vor den Schulleuten aus einer Straße in die andere gerannt sei, so daß sie erst um 7/10 Uhr auf Umwegen nach Hause kommen konnte.“

Die ganze Selbstentwürdigung der liberalen Blätter vom Schläge des „Berliner Tageblatt“ erscheint in ihrer vollen Größe angesichts des Umstandes, daß die verfallenen Dörsch-Dunderschen Metallarbeiter zu Breslau eine Revolution angenommen haben, in der sie das Verfahren der Polizei aufs schärfste tadeln und fordern, daß der Reichstag sich mit der Sache befasse und die Regierung diejenigen, welche unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt harmlose Arbeiter, welche von ihrer Arbeit nach Hause gingen, brutal mißhandelten, zur Rechenschaft ziehen wird.

Der Referent in dieser Versammlung erklärte, er sei sonst mit der Schreibweise der „Volkswacht“ nicht einverstanden, aber bei der Schilderung der vorgekommenen Gewaltakte sympathisierte er mit ihr. Die Berichte seien durchaus objektiv gehalten.

Die Scharfmacherpresse benutzt die Vorkommnisse natürlich, zur strupelosen Hege gegen die Arbeiterklasse. Die „Konf. Korrespondenz“ schreibt von einem „offenbar vorbereiteten,

besonders heftigen Vorstoß der Streikenden." So wird mit frecher Stirn die Wahrheit ins Gegenteil verkehrt.

In ganz Deutschlands Klassenbewußte Arbeiterchaft hat die Kunde von Breslau wie eine Bombe eingeschlagen. Hell-lodernde Empörung ist aufgeschossen, wo organisierte Proletar-tarier sind. Die Polizei von Breslau darf sich rühmen, daß sie mit jener von Dresden ein Meer von Erbitterung hat erziehen lassen. Die Arbeiterchaft muß und wird den Grimm zügeln, der ihr im Innern stürmt. Sie muß ihn umfassen in zähe, kraftvolle Arbeit für ihre großen Ziele. Und so darf sie sagen, was in Breslau einem Augenzeugen der Straßenschlacht auf die Lippen trat: Wehe den „Siegern“!

Deutsches Reich.

Die Diätenvorlage findet in der Presse keineswegs jenen ein-mütigen Widerspruch, den man hätte erwarten sollen. Eigenlich ist es nur die freisinnige Presse, die eine direkt ablehnende Stellung einnimmt. So erklärt die „Freie Deutsche Presse“, daß die Abänderung des Artikels 28 der Verfassung die schwersten Bedenken hervorrufen müsse. Auch Geschäftsordnungsfragen könnten häufig von großer Bedeutung sein. Aber auch die komische Bestimmung, daß für eine jede veräumte Sitzung der Betrag von 30 M. abgezogen werden solle, stelle eine außerordentliche Härte dar.

Die ultramontane Presse schlägt bereits einen viel unentschiedeneren Ton an. So meint die „Germania“, daß die Abänderung des Artikels 28 einen Widerspruch zu der Gewährung der Diäten enthalte, durch die doch ein beschlußfähiger Reichstag herbeigeführt werden solle. Wehe man aber für gewisse Bestimmungen der Geschäftsordnungsfrage herab, so arbeite man damit ja der Absicht der Diätenabänderung wiederum entgegen Gerade dies Moment lasse diesen Abänderungsvorschlag einer „sehr ernst und reiflichen Prüfung“ bedürftig erscheinen. Wegen die Einschränkung der Redefreiheit, gegen die beabsichtigte Ver-gewaltigung der Minoritäten scheint danach die „Germania“ eigentlich nichts einzuwenden zu haben!

Durchaus befriedigt von der Vorlage ist die konser-vative Presse. So ist die „Deutsche Tageszeitung“ nicht nur, wie selbstverständlich, mit der Verewaltigung der Minderheit durchaus einverstanden, sondern auch das samose Straßensystem bei den Diätenabhängigen findet durchaus ihre Billigung. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß ein Abgeordneter keine Entschädigung enthalte, wenn er längere Zeit dem Reichstag fern-geblieben sei. Daß durch diese Bestrafung der systematischen Sitzungsschwänderei auch höchst fleißige und gewissenhafte Parlamen-tarier getroffen werden können, die Krankheit am Erscheinens-hinderte, zieht das Agrarierblatt nicht in Betracht. — Eine sehr drollige Bemerkung macht „Das Reich“ über die Vorlage. Die Sozialdemokraten, meint das fromme Blatt, würden die Vorlage mit einem lächelnden und einem weinenden Auge begrüßen. Gerich werde weniger zu zählen, Singer aber a. a. o. zu sagen haben. „Wäre Colver heute noch Abgeordneter, so wäre er auf den Fraktionsverband preisen!“ Das „Reich“ ist a. a. o. der höchst naiven Meinung, daß die Geschlossenheit der sozial demokratischen Fraktion hauptsächlich durch die Abhängigkeit von dem Diätenfidel bedingt gewesen sei, und daß deshalb künftig viel leichter Injur-ektionen ausbrechen könnten. Das „Reich“ vergißt dabei ganz, daß ein solcher Insurgent die Freuden seiner disziplinwidrigen Un-abhängigkeit höchstens bis zu den nächsten Neuwahlen genießen würde. Er würde dann einfach nicht wiedergewählt werden! Obendrein ist es eine ziemlich ehrenrührige Auffassung, daß anständige Politiker nur deshalb Oeder parierten, weil sie sich in materieller Abhängigkeit befänden. Eine solche Gefinnungs-lumperei möchten wir denn doch Parteigenossen nicht zutrauen.

Zur Reichstagswahl in Hannover-Linden.

Die Wahl ist jetzt durch den Regierungspräsidenten endgültig auf Freitag, den 23. Juni festgesetzt. Der Vorstand des sozialdemo-kra-tischen Wahlvereins wird in einer am 28. dieses Monats statt-findenden Mitgliederversammlung Genossen August Brech, den Haupt-vorsitzenden des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter, als Kandidaten in Vorschlag bringen. Die Nationalliberalen scheinen, nun sie es nicht mehr mit Heinrich Meister zu tun haben, des Glaubens zu sein, es könne einem vereinigten bürger-lichen Vorstoß gelingen, der Sozialdemokratie das Mandat zu ent-ziehen. Sie haben sich der weißlichen Parteileitung mit folgendem Schreiben genähert:

Anfänglich der durch das Ableben des Reichstagsabgeordneten Meister nötig gewordenen Ersatzwahl ist in den Kreisen der nationalliberalen Wähler die Frage aufgetaucht, ob es bei dieser Ersatzwahl nicht möglich sei, ein Zusammengehen der sämtlichen bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie herbeizuführen.

Allen Wählern, die auf dem Boden der bürgerlichen Parteien stehen und in dem Antwachen der sozialdemokratischen Stimmen eine große Gefahr für die ruhige Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes erblicken, muß daran gelegen sein, in einem Wahlkreise, wie dem unserigen, die besonderen Parteinteressen hintanzulassen und sich zur gemeinsamen Abwehr zu vereinigen. In anderen Wahlkreisen ist durch das Zusammenfließen der verschiedenen bürgerlichen Parteien es gelungen, einen Erfolg zu erringen. Die jetzige Lage macht es unseres Erachtens zur Pflicht, daß auch die Wähler des 8. Wahlkreises denselben Weg einschlagen.

Wenn die hochverehrte Parteileitung diesem Gedanken ihren Beifall schenkt, bitten wir um bald gefl. Erklärung, daß Sie mit uns in Verhandlungen eintreten wollen.

Die weißliche Antwort an die Nationalliberalen lautet im wesentlichen:

„Der Gegenstand Ihrer Anfrage findet dadurch seine Erledigung, daß parteiweise bereits Herr v. Dannenberg als Kandidat der deutsch-hannoverschen Partei aufgestellt ist und die Kandidatur angenommen hat, mithin der nationalliberalen Parteileitung überlassen bleiben muß, für ihn als Vertreter einer bürgerlichen, monarchischen und antirevolutionären Partei gemeinsam mit uns einzutreten.“

Ein Aufgeben oder Hintanzulassen des unabänderlichen grund-sätzlichen Programms der deutsch-hannoverschen Partei — d. i. das Eintreten für das Recht —, gegen welche Partei es auch sei, erachtet das Direktorium als nicht diskutabel.“

Die nationalliberalen Bouffeurs haben sich also bei den spröden Welsen einen Korb geholt. Nicht einmal Charakter und Gefinnung wollen die Welsen „hintanzulassen“, wenn's an die vereinigte Abwehr der Sozialdemokratie geht! Und für einen erklärten Welsen können königlich preussische Nationalliberale in der Hauptwahl unmöglich ins Feuer gehen. Also ist es leider mit dem weißlich-nationalliberalen Teufelsmehl nichts. Die sogenannte Deutsche Mittelstandsvereini-gung will auf eine eigene Kandidatur „verzichten“, weil ihr Geld-onkel Max Häber sich erst von seiner bekannten städtischen Submissionsblamage und die Mittelstandsvereinigung selber sich von ihrem Dalles erholen muß. Auf eine bürgerliche Durchfalls-kandidatur mehr läme es aber auch in Hannover nicht an.

Ständesamtliche Fürsorge für Rassereinheit. Eine seltsame Meldung kommt aus Deutschostafrika. Das Gouvernement von Deutschostafrika hat, wie die „Deutsch-ostafrikanische Ztg.“ berichtet, die Ständesämter angewiesen, ihre Mit-

wirkung zu versagen, wenn ein Europäer eine Eingeborene heiraten will. Den Anlaß soll die Ansicht eines „den Missions-kreisen nahestehenden“ Europäers, eine Eingeborene zu heiraten, gegeben haben. Die genannte Zeitung lobt das „rasche Eingreifen der Regierung“ als „ebenfalls selbstverständlich wie dankenswert“.

Es ist ein Beweis für den brutalen Herrenmenschenblick, der sich in unseren kolonialfreundlichen Kreisen eingenistet hat, daß man bei uns in diesem Ullas des Gouvernements gar nichts Unerhörtes erblickt. Dabei kann bei uns in Deutschland anstandslos jede Ehe mit einem Farbigen geschlossen werden! Selbst die fromme „Ger-mania“, für die doch alle Menschen ohne Unterschied der Haut-farbe Brüder sein sollten, hält zwar die Verfügung des Gouverne-ments für rechtswidrig, doch erklärt sie gleichzeitig, daß es nicht gerade zu wünschen sei, daß ein Europäer eine Schwarze heirate!

Die schönen Zeiten, wo man sich in Deutschland über die Amerikaner und anderen Nationen entrüstete, die in einem „Nigger“ nur eine Art höheren Tieres sahen, sind dank unserer Kolonialpolitik längst dahin!

Ein billiger Agitator auf Kosten der protestantischen Stadt Halle erwählt der Zentrumspartei in dem bisherigen Stadtrat Winter von Halle. Herr Winter ist von den „entschiedenen Protestanten“ aus dem städtischen Dienst herausgegrault worden, weil er seine katho-lischen Glaubensgenossen in seinem Amt als Stadtrat bevorzugt haben sollte. Er bekommt aus der Halle'schen Staatskasse eine Jahrespension von 3490 Mark und ist jetzt als Parteisekretär in Düsseldorf für das Zentrum in Aussicht genommen worden.

Schuh vor Schuhtanten. Vor der Strafkammer in K. O. L. stand der Schuhmann Christian Aldermann. Er hatte einen Mann wegen verbotenen Straßenhandels zur Nachstube geführt, ihn dort mit der Faust ins Gesicht geschlagen, ihm am Halse gewürgt und ihm dann noch zwei Fieße mit dem blanken Säbel verlehrt, die den Mann erheblich an der Schulter verwundet. Der Mann war zwei Wochen lang arbeitsunfähig. Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis.

Einen bösen Schlag haben die Leipziger Ordnungsmänner durch einen von ihren Leuten erlitten. Der 52 Jahre alte Kanzlei-sekretär am Reichsgericht Hermann Christian Corn wurde heute vom Landgericht wegen Urkundenfälschung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Welch tädliche Ordnungsmänner-Gott war, geht aus den Sentenzen hervor, die er befristete. Im Kirchenvorstand der Trinitätsgemeinde war er Rechnungsführer, ferner Vorsteher des 49. Armenbistritzes, Vizepräsident der Armbewahranstalt und Vorsitzender des Hausbesitzervereins im Osten Leipzigs. In Leipzig-Meuditz besaß er ein Grundstück im Werte von 140 000 M. Da hatte er allerdings notwendig in seiner Eigenschaft als Kasernenverwalter des Vereins für Gemeindepflege, sich an dessen Geldern zu vergreifen und in dem Kassabuche fälschen vorzunehmen, wie ihm die Anklage zur Last legte. 212,75 Mark soll er sich angeeignet haben. Da ihm dies aber nicht nachgewiesen werden konnte, mußte er wegen des Betruges freigesprochen werden. Um seine Unterschleife zu verdecken, ließ er sich von den Geldempfängern Quittungsduplikate ausstellen, womit er die Revisoren dann täuschte. Auffällig ist auch, daß die betrogene Gemeinde keine Anzeige erstattet hat, sondern daß es erst einer anonymen Anzeige eines Ein-geweihten bedurfte, ehe der Ordnungsmann vor das bürgerliche Ge-richt gestellt werden konnte. Jedemfalls sollte die Sache im Interesse der „Ordnung“ vertuscht werden.

Eine merkwürdige Art Sozialpolitik betreibt die Stadtverteilung Würzburgs gegenüber den bei der Stadt beschäftigten Arbeitern. Der sozialdemokratische Gemeindevollmächtigte Wächlein hatte im Gemeindevollrat den Antrag gestellt, aus den Erwerbungen des Jahres 1904 25 000 Mark zu entnehmen und zur Auszahlung einer Feuerungszulage an die städtischen Arbeiter und Bediensteten zu verwenden. Ferner hatte der sozialdemokratische Magistratsrat Eberhard beantragt, den städtischen Arbeitern die in die Woche fallen-den Feiertage, die in dieser katholischen Gegend sehr zahlreich sind, zu bezahlen. Beide Anträge wurden jedoch abgelehnt „mit Rücksicht auf die sich daraus für die Privatgewerbebetriebe ergebenden Kon-sequenzen und mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt!“

Husland.

Frankreich.

Der Ausbruch der Kohlengräber.

Die öffentliche Gewalt stellt sich nun vollständig in den Dienst des Kapitals. Um die Arbeiter zu desorganisieren, werden die Führer verhaftet. Am Montag nachmittag hat man das Mitglied der Föderation Syndicale der Bergarbeiter, Rouelle, und den Delegierten des Bergarbeiterverbandes von Avion, Mainier, unter der Anklage der revolutionären Agitation verhaftet. Der Richterhof in Vershune verurteilte mehrere Auswändige zu Gefängnisstrafen von acht Tagen bis zu drei Monaten. Die Unterjuchung, die in Lens und Liévin eingeleitet worden ist, um festzustellen, wer haupt-sächlich für die dortigen Vorgänge verantwortlich zu machen ist, wurde gestern Abend abgeschlossen. Es wurden dreißig Vorführungsbefehle erlassen, deren sich etwa neunzig Gewerkschaften mit Hilfe von zwei Bataillonen Infanterie und vier Eskadrons Kavallerie nach in der Nacht entledigten. Die in Haft genommenen Personen wurden sofort in einem bereit gehaltenen Eisenbahnzuge nach dem Gefängnis in Vershune gebracht. Die Verhaftungen riefen einige Unruhe hervor, aber es kam zu keiner Kundgebung. Unter den Verhafteten befinden sich zwei ganze Familien. Alle Verhafteten haben an den Anrufen, der Milderung, der Verstärkung von Denkmälern und gemeinnützigen Einrichtungen teilgenommen, aber sie sind nur Mit-läufer und die Verhaftungen der Mädelöführer stehen noch bevor. Dem Bürgermeister Vassil sind heute vormittag zahlreiche Proteste gegen die vorgenommenen Verhaftungen zugegangen und von ihm an das Gericht in Vershune weitergegeben worden.

Ueber die Vorgänge im Ausbaugebiet wird aus Lens be-richtet: Sonnabend Abend fanden wieder Zusammenhänge zwischen Auswändigen und Truppen statt. Mehrere wurden verlehrt. Ein Aus-wändiger verlehrt einen Soldaten durch Glaswürfen, worauf dieser ihm mit dem Bajonett den Arm durchstach und verhaftete. In Liévin sollen zwei Auswändige ihren Verletzungen erliegen sein. — Der Präfeld des Pas de Calais verfügte, daß alle Wirtschäften bis 9 Uhr Abend geschlossen sein müssen. Western Abend wurden 14 Post-befehle gegen Auswändige, die Anarchisten sind, erlassen. Zwölf In-fanterie-Bataillone und sechzehn Schwadronen Kavallerie sind ver-gangene Nacht nach Lens abgegangen.

In Montigny verjuchten Auswändige Sonntag nachmittag eine Fußgängerbrücke, die sie benutzen wollten, um auf den Eisenbahn-damm zu gelangen und dort Verwüstungen anzurichten, wieder her-zustellen. Militär trieb sie jedoch zurück, wobei ein Auswändiger verlehrt wurde. Wegen den Bürgermeister von Montigny und seine Frau ist eine Untersuchung eingeleitet, weil sie an einem Tage der Manifestationen teilgenommen haben. Gegenwärtig befinden sich 21 000 Mann Truppen in dem hiesigen Kohlenbän. Der Präfeld weist beständig in Lens. In Ostricourt wurde während der Nacht eine Dynamitbombe an eine Sähene der Grubenbahn gelegt, die explodierte und eine Weide zerstörte.

Die ganze nordfranzösische Kohlenregion, die ungefähr 70 eng-lische Quadratkilometer umfaßt, befindet sich im Zustand der Revo-lution. Erste Befestigungen werden für den Fall gehetzt, daß die Wölfe in eine feste Organisation gebracht wird. Infolge der Klein-mütigkeit der Regierung hat der Rob, trotz der Anwesenheit von 28 000 Mann Militär, das stündlich verstärkt wird, gegenwärtig im Kohlengebiet die Herrschaft. Fast alle Häuser sind verbarrikadiert. Alle Unterjuchungsbäume sind vom Militär in Anspruch genommen, das anscheinend Befehl hat, gegen die Streikenden nicht einzu-schreiten, falls sie nicht selber gegen die Soldaten gewalttätig vor-gehen oder die Bergwerke angreifen. Die Folge ist, daß die Ver-sicherung des Privateigentums unter den Augen der Soldaten, die Gewehr bei Fuß dabeistehen, vor sich geht.

In verschiedenen Orten fanden am Sonntag Versammlungen statt, in denen beschlossen wurde, im Ausbaugebiet zu verharren, bis die Forderungen erfüllt sind. Kundgebungen wurden vom Militär unterdrückt.

Agitation gegen die russische Anleihe. Unsere französische Bruder-partei hat gestern Abend Plakate aufschlagen lassen, worin sie gegen die russische Anleihe, deren größter Teil in Paris aufgelegt ist, protestiert. In den Raueranschlägen werden namentlich die kleinen Reutner ermahnt, nicht zu zeichnen, da ihnen ihr Geld nicht mehr zurückerstattet würde.

Türkei.

Dalles.

Konstantinopel, 21. April. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureau.) Die Porte leistete nicht die am 13. d. Mis. fällig gewesene Monatsquote von 88 546 Pfund zur Deckung des Defizits des mazedonischen Budgets. Die Behälter mußten aus dem reglementsmäßigen Vorkauf von 100 000 Pfund von der Ottoman-bank gezahlt werden. Türkischerseits wird erklärt, daß die Zahlung der am 13. Mai fälligen mazedonischen Behälter unmöglich sei, wenn bis dahin eine dreiprozentige Zollerhöhung nicht angenommen würde.

Wenn Rußland seinen neuesten Pump aufgebraucht hat — was nicht lange dauern dürfte — wird es ihm genau so gehen wie dem kranken Rümchen am Goldenen Horn.

Amerika.

Sozialistische Stimmen.

Bei den Frühjahrswahlen, die anfangs dieses Monats in einer Reihe von Städten stattfanden, haben sich die Stimmengahlen für die Sozialistische Partei wieder erhöht. So wurden für den sozialistischen Bürgermeisterkandidaten von Chicago 27 715 Stimmen abgegeben (gegen 23 034 im Jahre 1906 und 14 762 im Jahre 1904). — In Milwaukee hatte man ein noch besseres Resultat erwartet, obwohl sich dort die Stimmen der Sozialisten um etwa 1800 gegen das Jahr 1904 vermehrt haben. Auf den Bürgermeisterkandidaten der Partei fielen nur 16 837 Stimmen, dagegen wurden drei neue Sitze im Stadtrat erobert, der jetzt 12 Sozialisten unter seinen Mitgliedern zählt. Die höchsten Stimmen — und damit den Bürgermeister — erhielten die Republikaner mit 22 905 Stimmen. Die Demokraten brachten es auf 21 198 Stimmen. (Die einfache Majorität entscheidet.) Ein Vergleich mit den Stadtwahlen der letzten Jahre zeigt die Fortschritte der Partei in Milwaukee: Im Jahre 1900 wurden 2473 Stimmen abgegeben, 1902 wuchs diese Zahl auf 8378, 1904 auf 16 058 Stimmen, 1906 — wie bemerkt — waren es 16 837 ge-worden.

In Racine im Staate Wisconsin haben die Sozialisten vier Stadträte und in Red Lodge im Staate Montana den Bürger-meister erwählt. Noch in vielen anderen Orten hat die Partei keine Erfolge errungen. — Neben der Sozialistischen Partei hatte die Sozialistische Arbeiterpartei in einigen Städten Kandidaten im Felde, aber mit sehr geringem Erfolge.

Aus der Partei.

Sum 1. Mai. Das Gewerkschaftskartell zu Breslau nahm dieser Tage nach einem Referat des Genossen Albert folgende Resolution einstimmig an:

In Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Kölner Gewerkschaftskongresses und dem Beschlusse des Jänner Parteitages fordert das Gewerkschaftskartell die organisierten Arbeiter auf, mehr als bisher die Maidemonstration durch Arbeitsruhe zu be-gleiten. Das Kartell begrüßt das Vorgehen der Breslauer Holzarbeiter, die sich in stilllicher Anzahl (an 1500. Red. des „Borw.“) schriftlich verpflichtet haben, am 1. Mai nicht zu arbeiten, und spricht die Hoffnung aus, daß auch andere Organisationen baldigst dem Beispiel folgen. Unter allen Um-ständen aber müssen die Gewerkschaftsleiter dafür sorgen, daß in ihren Organisationen und die gewaltige Bedeutung der Verfüzung der Arbeitszeit mehr als bisher dar-gelegt und dafür gesorgt werde, wenigstens den Versuch zu machen, die Arbeitsruhe am 1. Mai zu erringen.

Das Kartell macht es ferner den organisierten Arbeitern zur bringenden Pflicht, die Veranstaltungen der Partei am 1. und 6. Mai vollzählig zu besuchen und auch weiteste Kreise der Indifferenten dafür zu gewinnen.

Die Maifeier ist in Stuttgart nunmehr in folgender Weise geregelt. Vormittags finden fünf vom Gewerkschafts-kartell einberufene Industrie-Gruppenversammlungen statt. Nachmittags um 3 Uhr findet der gleichfalls von den Gewerkschaften veranstaltete Festzug mit Musik, Fahnen und Vereinstafeln statt, der durch das Zentrum der Stadt geht. Für den Abend sind von der Parteiorganisation drei Feiern veranstaltet, eine im Zentrum der Stadt und zwei in den neu eingemeindeten Außenbezirken Cannstatt und Untertürkheim.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ wendet sich dagegen, daß wir ihre Anerkennung der wohlthätigen Wirkung der Parteipresse für die Gewerkschaften, wie gesehen, gegen den bekannten Angriff des „Zimmerer“ angeführt haben. Sie erklärt, daß sie vor und nach dem Ausbrechen jener Anerkennung oft genug „gegen das gewerkschaftsfeindliche Treiben einiger Parteiblätter“ sich habe wenden müssen. Das habe sie freilich nie abgehalten, die Bedeutung und die großen Verdienste der Parteipresse um die Gewerkschaftsbewegung zu würdigen. Sie werde stets für die Partei, für die sie immer in den vordersten Reihen geläufig, mit Wärme eintreten. Dieses unser Eintreten für die Partei sollte aber nie dazu dienen, eine in der Sache durchaus berechnete gewerkschaftliche Kritik des gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens einiger Parteiblätter herabzuwürdigen.“

Die „Holzarbeiterzeitung“ macht sich also leider auch die un-gerechte und total unrichtige Beschuldigung des „Zimmerer“ zu eigen, daß ein Teil der Parteipresse „gewerkschafts-feindlich“ sei. Welche Blätter wissen ganz genau, daß kein Parteiblatt sozialdemokratisches Organ bleiben könnte, das die Gewerkschaftsbewegung bekämpfte. Die Parteiblätter, die sie als gewerkschaftsfeindlich bezeichnen, messen der Gewerkschaftsbewegung eine gleich hohe Bedeutung bei, wie alle anderen Parteio rgane und tun für ihre Förderung ebensoviel. Ihr ganzes Verbrechen besteht darin, daß sie an einzelnen Erscheinungen des Gewerkschaftslebens Kritik übten. Und das Recht dazu dürfen sie sich nicht nehmen lassen.

Die „Gleichheit“ hat jetzt die städtische Zahl von 37 000 Abonnenten. Glückauf zur baldigen Vollenzung der ersten 50 000!

Pölkzliches, Gerichtliches usw.

Preßprozesse. In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hatte Genosse Fleißner das Verfahren eines Gewandten gekenn-zeichnet, der einen zu Unrecht des Diebstahls verdächtigen Arbeiter aus Lodwig nach Dresden transportiert hatte, obwohl eine nähere Untersuchung an Ort und Stelle die Unschuld des Verdächtigten hätte zutage fördern müssen. Der Mann hatte dadurch eine Lohn-einbuße von 3 Mark und auch sonstige Verluste. Genosse Fleißner hatte das Verfahren als unpassend bezeichnet und die Frage auf-geworfen, ob mit einem Wohlhabenden ebenso verfahren worden sei. Darin erblickte die Veder-Kammer des Dresdener Landgerichts eine Beamtenbeleidigung, und Genosse Fleißner wurde zu 800 M. Geldstrafe verurteilt.

Genosse A. Henke, Redakteur unseres Bremer Partei-organs, war vom Schöffengericht wegen Beleidigung eines „Stell-vertreter's Gottes“ zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Auf seine Berufung hin wurde das Urteil vom Landgericht Bremen auf 200 M. ermäßigt.

Entwickler Preßkämpfer. Vor zickta 17. Jahren soll sich die „Görlitzer Volkszeitung“ eines Preßverbrechens schuldig gemacht

Haben und erst am Sonnabend wurde der Versuch gemacht, es zu fassen. Am 24. August 1904 brachte sie nämlich nach dem Hannoverischen Parteiblatt, dem „Volkswille“, einen Bericht über die angeblich ungehörige Behandlung eines auf der Straße verunglückten Invaliden in Hannover. Die Angaben erwiesen sich als unwahr, der verantwortliche Redakteur des „Volkswille“, Genosse Zeinert, erhielt deshalb feinerzeit einen Monat Gefängnis, der mit angelegter Urheber der Notiz, der angeblich mißhandelte Invalide 4 Monate Gefängnis zustrich. Genosse Friede von der „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ erhielt wegen Nachdrucks der Notiz, an die eine scharfe Kritik geknüpft wurde, fünf Monate Gefängnis. Auch Genosse Niem-Dresden erhielt damals als verantwortlich zeichnender Redakteur des politischen Teils der „Sörliger Volkszeitung“ — die ein Kopfbild der Dresdener „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ist — eine Anklage, außerdem aber Genosse Wallisch-Dresden als Drucker und Genosse Müller-Sörlig, der Redakteur des lokalen Teils der Sörliger „Volkszeitung“, als Verleger. Genosse Niem lehnte die Verantwortung ab, da er damals nur irrtümlich als verantwortlicher Redakteur angegeben worden sei. Er habe in der entsprechenden Zeit als Delegierter auf dem Krankenlagentag in München gewirkt. Die Sache ruhte nun bis jetzt. Am Sonnabend gieneten nun die drei Genossen die Anklagebank des Sörliger Landgerichts. Genosse Niem wies durch das Protokoll der Münchener Tagung seine Abwesenheit von Dresden nach und gab den Genossen Dübell als Täter an, der als Reuge antretend war und diese Angabe bestätigte. Die Genossen Wallisch und Müller wiesen ihre Schuldlosigkeit ebenfalls nach. Trotzdem gab der Staatsanwalt sich noch nicht zufrieden. Er beantragte Verhaftung der Sache, um Recherchen darüber anstellen zu lassen, ob Genosse Dübell auch wirklich der Täter sei. Verhaftung kam er ja nicht mehr werden, da die Sache gegen ihn verjährt ist. Das Gericht sprach gegen den Widerspruch des Verteidigers die Verhaftung aus.

Interessant bei der ganzen Angelegenheit ist außer der Jähigkeit, mit der man mutmaßliche Verbrechen noch nach zwei Jahren vor das Forum zieht, auch die Tatsache, daß auch diesmal die Zeugen in dem Prozeß in Hannover, Stade und Garmeln kommissarisch vernommen wurden. — Nach Lage der Sache muß ja diese ganze Aktion der Sörliger Staatsanwaltschaft ausgeben wie das Hornberger Schießen. Nur schade um die vielen Kosten und Mühen, die sich Frau Justitia hier umsonst macht!

Zweimal freigesprochen von der Anklage, durch Bogkottposten seinen großen Unfug verübt zu haben, wurden drei Genossen in Verden. Am 15. März sprach sie das Schöffengericht frei, am 21. das Landgericht, vor das der eifrige Staatsanwalt die wichtige Sache gebracht hatte.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die „Ausperrung“ der Berliner Schlosser haben auch jetzt noch keine wesentliche Veränderung erfahren. Obwohl sich der Innungsverband die größte Mühe gibt, durch Annoncen in auswärtigen Blättern Schlosser nach Berlin zu locken, so ist der Zugang dank der Aufmerksamkeit der organisierten Metallarbeiter in den Probierorten ein derartig minimaler, daß der Stand des Streiks dadurch nicht im geringsten beeinflusst wird. Bewilligt haben bisher 17 Firmen, während bei 21 Firmen gestreikt wird. Ausgesperrt sind im ganzen nur etwa 400 Schlosser. Die große Mehrzahl der Meister verhält sich trotz aller Scharfmachereien des Innungsverbandes nach wie vor völlig passiv und scheint sich an der Ausperrung überhaupt nicht beteiligen zu wollen. Bislang ist die Ernennung von 30 „Bezirksführern“, die im Innungsauftrage ihre Meisterkollegen zur Ausperrung anspornen sollten, also so gut wie nutzlos geblieben.

Eine kleine Polizeiatte auf die Streikenden erregte gestern Vormittag im Gewerkschaftshaus berechtigtes Aufsehen. Die Ausständigen mehrerer Werkstätten waren dort nämlich im Saal IV zusammengekommen, um sich über einige Vorkommnisse beim Streik zu unterhalten. Wöllig unerwartet erschienen zwei Polizeibeamte, um die nicht angemeldete „Versammlung“ zu überwachen. Als ihnen gesagt wurde, daß in der Besprechung keinerlei öffentliche Angelegenheiten erörtert würden, erklärte der Wachmeister die Versammlung für aufgelöst und forderte die sofortige Räumung des Saales. Die Streikenden leisteten dieser Aufforderung auch Folge, blieben aber teilweise im Hofe des Gewerkschaftshauses stehen. Jetzt erschien ein Polizeileutnant mit ungefähr einem halben Duzend Schutzeuten und verlangte, daß sich die Ausständigen auch vom Hofe entfernen sollten! Dies offenbar gänzlich unberechtigte Verlangen rief allerdings den Mißmut der Streikenden hervor. Trotz alledem suchten sie der Anordnung des Leutnants nachzukommen, indem ein Teil nach den Arbeitsnachweiskrämen des Metallarbeiter-Verbandes hinaustrug und der andere Teil sich in die Restauration des Gewerkschaftshauses begab. Die Räumung des Hofes muß dem Herrn Leutnant nun wohl nicht schnell genug gegangen sein. In auffallender Erregung herrschte er die Leute an, sich sofort zu entfernen, sonst werde er andere Maßnahmen ergreifen. Er ergreift diese Maßnahmen dem auch höchst persönlich, indem er einen der ihm zunächst stehenden Schlosser derartig vor die Brust stieß, daß dieser taumelte. Damit nicht genug, packte er den völlig passiv dastehenden Mann am Kragen, drehte ihn um und stieß ihn mehrere Schritte nach dem Ausgange zu. Die Schutzeute selbst waren zurückhaltender als ihr vorgesetzter Offizier. Sie erließen die Räumung des Hofes auch ohne Handgreiflichkeiten. Wegen das Vorgehen des Polizeileutnants wird an zuständiger Stelle Beschwerde erhoben werden. Man wird dann ja sehen, ob der Polizeipräsident es billigt, daß ein Polizeioffizier sich ohne erkennbare Ursache in Privaträumen, in denen er nicht zu suchen hat, zu Tätlichkeiten gegen das Publikum hinreihen lassen darf.

Streik der Ausländer und Arbeiter bei den Norddeutschen Eiswerken A. G., Schützenstraße 68. Am 8. April beschloßen die in obigen Betrieben beschäftigten Ausländer und Arbeiter aus allen drei Betrieben Kummelsburg, Berlin und Plöhensee, der Firma einige Wünsche betreffend Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterbreiten. Mit der Verhandlung wurde die Organisation der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter betraut. Die bisherigen Löhne betragen 19,50 bis 22,50 M. pro Woche bei einer 14 bis 18 stündigen täglichen Arbeitszeit. Verlangt wurde eine 12 stündige Arbeitszeit und ein Wochenlohn von 24 M. für Arbeiter und 26 M. für Ausländer, außerdem die Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Obgleich die Forderungen bereits am 9. d. M. unterbreitet und Antwort bis zum 20. d. M. erbeten wurde, hat es die Direktion nicht für nötig gehalten, der Lohnkommission eine Antwort zu erteilen. Hierauf beschloßen sämtliche Beschäftigten, am Montag früh die Arbeit niederzulegen. Dies ist geschehen. Im Streik haben zirka 250 Personen. Dabon entfallen auf den Kummelsburger Betrieb 120, Plöhensee 88, Berlin (Küchelanlage Köpenickerstraße) 45 Personen. — Streikbrocher haben sich in ganz geringer Anzahl gefunden. Obgleich das gesamte Kontingental zum Verladen des Eis und zum Bierfahren herangezogen wurde, war es doch nicht möglich, mehr als zwei Bierwagen und fünf Eisenwagen vom Hof zu schicken. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine zuversichtliche und sind dieselben gewillt, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, als bis ihnen annehmbare Zugeständnisse seitens der Direktion gemacht werden.

Mitgliederkonfessionsausschneider-Bewegung.

Von der Sitzung, die die Lohnkommission der Musterkonfektion am Freitag, den 20. April, mit der Siebenundzwanzigerkommission der Vereinigten Berliner und Magdorfer Damenmäntelhersteller und der freien Vereinigung der Berliner Damenmäntelhersteller hatte, geht uns seitens der Arbeiterorganisation folgender Bericht zu: Die Verhandlungen sind, wie man es schon im voraus geahnt hatte, vollständig gescheitert. Das Angebot der Siebenundzwanzigerkommission war gleich Null. Eine Regelung der Löhne

und der Arbeitszeit für Arbeiterinnen lehnte man vollständig ab. Für die Arbeiter sollte sechs Wochen während der Musterzeit, soweit sie beschäftigt werden könnten, ein Minimallohn von 45 Pf. die Stunde bezahlt werden. In der übrigen Zeit sollte nach wie vor Stücklöhne bezahlt werden. Die Stückpreise sollen den freien Vereinbarungen des einzelnen Meisters mit seinen Arbeitern überlassen bleiben. Die Arbeitszeit soll während der Musterzeit 9 1/2 Stunden betragen. Diese Vereinbarung sollte auch noch auf die Dauer von drei Jahren festgelegt werden. Daß von den Arbeitervertretern ein solches Angebot mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wurde, ist selbstverständlich, hatten doch die Zwischenmeister der Musterkonfektion, an welche die Arbeiter ihre Forderung zunächst gerichtet hatten, durch eine Kommission den Arbeitern weit größere Zugeständnisse gemacht. Obgleich die Meister die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkennen mußten, verweigerten sie sich hinter den Vorwand, daß ihnen (den Zwischenmeistern) die Preise von den Konfektionären zu niedrig wären, daß sie die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft nicht erfüllen könnten. Von den Arbeitervertretern wurde darauf erwidert, daß die Zwischenmeister selbst Schuld daran wären, sie hätten schon längst Stellung gegen die Konfektionäre nehmen sollen. Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektion über unzulängliche Löhne klagten, wie es gelegentlich der Heimarbeit ausstellung geschehen, dann lämen dieselben Leute, die heute erklärten, den Forderungen nicht gerecht werden zu können, und behaupten, die Arbeiter trieben Schwindel. Die Löhne in der Konfektion seien die besten mit. Da brauche man sich nicht wundern, wenn die Konfektionäre sich wehren, höhere Preise zu zahlen. Hier handle es sich um eine Konfektion, die bezüglich der Preise für die Konsumenten der Maßarbeit nichts nachgibt, wie auch die Anforderungen, die an die Arbeiterschaft gestellt würden, die denkbar größten wären, die Arbeiter würden, wenn auch die Zwischenmeister alles ablehnten, ihren berechtigten Forderungen, soweit ihre Macht dazu ausreichte, Geltung verschaffen. Es bleibt nunmehr bei dem letzten Versammlungsbeschlusse, wonach Muster nicht angefertigt werden, und diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die dadurch arbeitslos werden, als Streikende zu betrachten sind, und sich sofort auf dem Verbandsbureau der Schneider, Engel-Ufer 21, parterre zu melden haben. Zu bemerken ist noch, daß schon 12 Meister den Tarif, wie er in der ersten Sitzung mit einer direkt beteiligten Arbeitgeberkommission vereinbart wurde, unterschrieben haben, obgleich er in einer Zwischenmeisterversammlung nicht die Zustimmung fand.

Lohnforderungen der Berliner Schuhmacher. Gestern abend fanden für Berlin und die westlichen Vororte (Schöneberg, Charlottenburg und Groß-Richterfelde-Steglich) vier öffentliche Schuhmacherversammlungen statt, woselbst einmütig beschloßen wurde, für die zirka 2400 Mann starke Branche der Schaharbeiter einen neuen verbesserten Minimal-Lohn-Tarif aufzustellen. Der jetzige Tarif gilt bereits seit dem Jahre 1901. Nun hat zwar die Schuhmacher-Innung seit dieser Zeit die Preise für die Schuhwaren erhöht, die Erhöhung der Löhne ist jedoch nicht erfolgt. Es wurde nun festgestellt, daß der Durchschnittsverdienst der Berliner Schaharbeiter etwa 18—19 M. pro Woche beträgt, teilweise etwas darüber, recht häufig aber auch darunter. Angesichts derartig niedriger Löhne hält es der Schuhmacherverband für dringend erforderlich, eine Erhöhung der Tarifpositionen um r und 10 Proz. durchzusetzen. Wo Wochenlöhne gezahlt werden, sollen dieselben eine Erhöhung auf 24 M. in Minimallohn erfahren; der Mindeststundenlohn soll auf 45 Pf. festgesetzt werden. Mit diesen von der Lohnkommission ausgearbeiteten Forderungen erklärten sich die Versammlungen einverstanden. Beschloßen wurde, den neuen Tarif der Innung sofort vorzulegen. Die Antwort wird bis zum nächsten Montag erwartet.

Achtung, Formern! In den Ambroin-Werken, Pankow, Wollanstraße, sind Differenzen zwischen der Firma und den Formern und Gießereiarbeitern ausgebrochen. Zugang ist fernzubalten.

Ordnungswaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Achtung, Schmiede! Der Streik der Hammerführer und Hilfsarbeiter bei der Firma Schwa r z l o p p f ist durch einen Vergleich beendet. Die Direktion hat den Hammerführern 4 Pf. pro Stunde, den Hilfsarbeitern 3 Pf. Lohnserhöhung zugestimmt, womit sich die Beteiligten einverstanden erklärten. Rahrgelungen sollen nicht vorgenommen werden. Damit ist auch der Zustand der Schmiede beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Dienstag, den 24. April, früh. Zentralverband der Schmiede, Jähstraße Berlin.

Deutsches Reich.

Achtung! Kurhelfer und Stickerinnen!

In London ist ein Streik der Kurhelfer ausgebrochen. Da die dortigen Unternehmer versuchen, in Deutschland Arbeitskräfte zu bekommen, so erlauben wir die hiesigen Kollegen, sich nicht verleiten zu lassen, nach England zu machen.

Arbeiterfreundliche Blätter, hauptsächlich Sachsens, werden gebeten, Vorstehendes zu veröffentlichen.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.

Die Maser in Eberswalde sind seit dem 19. April ausgesperrt. Zugang nach hier ist fernzubalten. Da versucht wird, die Arbeit durch auswärtige und Berliner Arbeitgeber fertigstellen zu lassen, ist jegliche Materialarbeit für Eberswalde zu verweigern. — Die Maser in V i s s a i. P. haben die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzubalten. Die Agitationskommission.

Die Danziger Bäckergewerkschaften sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Am 21. April sind der Innung die Tarifvorschlüge übermittelt worden mit dem Erlauchen um Antwort bis zum 30. April. Ueber das bis dahin erzielte Resultat wird eine am 3. Mai tagende Versammlung entscheiden. Die Hauptforderungen sind: Abschaffung von Kost und Logis, ein Mindestlohn von 20 M., die Bundesratsverordnung und die Sonntagsruhe sind strikte innezuhalten (!), an den drei hohen Festen je eine freie Nacht unter Fortzahlung des Lohnes, paritätischer Arbeitsnachweis. — Es ist charakteristisch, daß die Bäder die Innehaltung der bundesrätlichen Verordnungen in einer Lohnbewegung fordern müssen!

Die Metallarbeiter-Ausperrung in Dresden ist in eine neue Phase getreten und es ist nicht unmöglich, daß es demnächst zum Frieden kommt. Der Metallindustriellenverband halte in Dresdener bürgerlichen Blättern Inserate veröffentlicht, in denen er erklärte, er würde sehr gern mit den Arbeitern der eigenen Betriebe verhandeln. Von den einzelnen Firmen wurde auch den Arbeiterausschüssen mitgeteilt, sie seien zu Verhandlungen über die Forderungen der Formern und Gießereiarbeiter bereit. Das Verhandeln mit der Leitung des Metallarbeiterverbandes verbieten ihnen aber ihre Statuten. Am Montag vormittag fand nun eine von zirka 1500 Formern und Gießereiarbeitern besuchte Versammlung statt, in der nach einem Referat des Bezirksleiters Haack beschloßen wurde, eine Kommission von 14 Personen aus den einzelnen Betrieben zu wählen, die auf Grund der Erklärungen des Industriellenverbandes mit den einzelnen Firmen zwecks Verhandlungen in Verbindung treten soll. Sollten aber Vertreter des Industriellenverbandes sich an den Verhandlungen beteiligen, dann dürfe nur weiter verhandelt werden, wenn auch die Leitung des Metallarbeiterverbandes hinzugezogen würde. Sollte dieser eheliche Friedensversuch an dem Nachdünkel der Unternehmer scheitern, dann soll das Kampffeld noch erweitert werden und auch bei den Firmen, die nicht ausgesperrt haben, die Arbeit eingestellt werden. Die Versammlung stimmte einmütig diesen Vorschlägen zu.

Die Unternehmer lehnten anfangs jede Verhandlung mit den in Betriebsversammlungen gewählten Kommissionen der Formern und Gießereiarbeiter ab. Sie sind also schon durch die Ausperrung müde geworden.

Die Erdbeben-Katastrophe in San Francisco.

Die Lage in San Francisco wird in einem Kabellegramm aus New York folgendermaßen geschildert: Die Katastrophe hat kein Viertel des ganzen Stadtgebietes unversehrt gelassen, wodurch 400 000 Personen obdachlos wurden. Die Versicherungsstatistoren schätzen den Verlust an Eigentum auf 200 Millionen Dollar. Die Zeitung „San Francisco Call“ berechnet den ihr erwachsenen Schaden auf 10 Millionen Dollar.

Die Hälfte der Bevölkerung der Stadt ist bereits mit den Jügen, die jetzt wieder regelmäßig verkehren, fortgeschafft worden. Schlepper und Dampfer sind gedrängt voll von obdachlosen Flüchtlingen, die auf alle Städte um die Bucht herum verteilt werden, die sich gegenseitig in dem großen Werk der Hilfe überbieten. Für die in San Francisco zurückbleibenden Personen sind hinreichend Nahrungsmittel und ebenso genug Wasser zum Trinken und Kochen vorhanden. Die Behörden haben eine systematische Verteilung der Vorräte angeordnet. Das Militär hat für die Obdachlosen und Kranken Zufluchtsstätten errichtet und sie im Presidio, in den leeren Kirchen und verlassenen Häusern untergebracht. Erfahrene Ärzte sind in großer Zahl anwesend, so daß keine Gefahr für den Ausbruch von Seuchen besteht. Das Feuer ist gelöscht, nur die heiße Asche raucht noch. 25 Quadratmeilen sollen in Trümmern liegen. Bemerkenswert ist, daß die Stahlbauten fast alle den Erschütterungen widerstanden haben.

San Francisco, 23. April. Die Gesamtzahl der bis gestern abend geborgenen Leichen ist gegen fünfhundert; ein genauer Ueberblick über die Verluste an Menschenleben ist noch immer nicht möglich. Der Sachschaden wird jetzt von Versicherungsfachleuten auf 300 Millionen Dollar angegeben, wovon die Versicherungsgesellschaften etwa 175 Millionen dürften zu tragen haben. Zahlreiche Arbeiter sind mit Aufräumen der Trümmer und der Wiederherstellung der Kanalisations-, Gas- und Wasserleitung beschäftigt.

Wie die Soldateska „Ordnung“ hält, dafür mögen folgende Nachrichten dienen: San Francisco, 23. April. Die Soldaten, die übermüdet und überreizt sind, gehen gegen vermeintliche Plünderer und gegen alle, die sich ihren Anordnungen nicht fügen, rücksichtslos vor. Ein Mann, der sich in Wasser wusch, das mit vieler Mühe zum Trinken herbeigeschafft worden war, wurde erschossen; das gleiche Schicksal ereilte einen Bankbeamten, der bei dem eingestürzten Gebäude seiner Bank Wache hielt und irtümlich für einen Plünderer gehalten wurde. Auf der anderen Seite hört man auch von vernünftigen Anordnungen. Ein Bäder, welcher die Notlage ausnützen wollte und drei Mark für einen Laib Brot forderte, erfuhr ebenfalls die Strenge der militärischen Herrschaft. Der wachführende Korporal erklärte kurz: „Das Brot kostet in diesem Laden 50 Pf.“, stieß seinen Gewehrfolben donnernd auf den Ladenstisch und ging; der Bäder gehorchte auf das genaueste.

New York, 22. April. Hier verlautet, daß viele Personen in San Francisco, die den Weisungen der Behörden nicht unweigerlich Folge geleistet haben, gehängt worden seien, darunter mehrere Japaner. Ein Ausländer, der nicht englisch konnte und die Aufforderung eines Soldaten, an den Rettungsarbeiten teilzunehmen, nicht verstand, sei von diesem durch einen Schuß schwer verwundet worden.

Eine aus San Francisco, 23. April, 5 Uhr 40 Minuten, datierte Depesche meldet wiederum den Ausbruch des Feuers.

San Francisco, 23. April. (Ueber Azoren—Emden.) Das Feuer ist um Mitternacht nördlich des Fährhauses von neuem ausgebrochen und hat heute morgen in der Richtung der Werftanlagen eine gefährliche Ausdehnung angenommen.

San Francisco, 23. April. Der Wiederausbruch des Feuers erfolgte heute in den ersten Morgenstunden. Die Kohlenbunker nördlich des Fährhauses brennen heftig und bilden eine ernste Gefahr. Das Feuer droht, sich seinen Weg durch die Docks nördlich des Fährhauses zu bahnen und das große Fährhaus zu erreichen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wieder ein Eisenbahnunglück.

Düsseldorf, 23. April. (Amliche Meldung.) Bei der Einfahrt des Schnellzuges 2, Hannover—Aöln, in den Hauptbahnhof entgleisten nachmittags 6,06 Uhr auch noch nicht aufgestärkter Krads die letzten vier Wagen, von denen zwei sich auf die Seite legten. Infolge der erlittenen Verletzungen verstarb im Baraken-Krankenhaus der Kaufmann Eduard Heise aus Lindau a. Oars. Leicht verletzt wurden 13 Reisende. Vom Zugpersonal wurde niemand verletzt. Beide Hauptgleise sind gesperrt, der Betrieb wird durch die Gütergleise aufrecht erhalten.

Textilarbeiterstreik.

Königinhof (Böhmen), 23. April. (B. Z. B.) Wegen Lohnforderungen sind von fast allen Webereien etwa 4000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Unternehmer stehen den Forderungen der Arbeiter ablehnend gegenüber. Die Behörden versuchen vermittelnd einzugreifen, bisher sind ihre Bemühungen jedoch erfolglos geblieben.

Es gärt!

Warschau, 23. April. (B. Z.) Der Agrarstreik im Warschauer und Petrikauer Gebiet nimmt zu, weil die Sozialdemokraten die Lohnbewegung verschärfen. Der Beginn eines Generalstreiks für sieben Gouvernements, darunter die von Warschau und Lodz, ist auf den 3. Mai festgesetzt.

Ein belgisches Schulkiff untergegangen.

Dover, 23. April. (B. Z. B.) Die französische Bark „Dunferque“, die auf der Höhe von Dover ankam, hatte an Bord die Ueberlebenden vom belgischem Schulkiff „Baron de Smet de Rayer“, welches auf der Höhe von Prawle Point während eines Sturmes sank. Der Kapitän und 33 Mann der Besatzung des Schulkiffes sind ertrunken.

Die wirtschaftliche Erschließung Tibets.

Schanghai, 23. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der revidierte englisch-tibetische Vertrag ist in Peking unterzeichnet worden. Er legt fest, daß England und Tibet das chinesische Protektorat über Tibet anerkennen. Großbritannien verpflichtet sich, in innere Angelegenheiten Tibets nicht einzugreifen, außer wenn dies andere Mächte tun. China erklärt sich damit einverstanden, mehrere tibetische Märkte dem indischen Handel zu öffnen. Telegraphenlinien in Tibet zu bauen und Großbritannien bei der Erteilung von Eisenbahn-Konzessionen in Tibet zu bevorzugen. Ferner willigt China ein, 2 400 000 Taels Entschädigung für die Kosten der britischen Expedition nach Kascha zu zahlen.

Die Frage der sozialistischen Einheit in England.

London, 21. April. (Fig. Ver.)

Die Kongresse der beiden sozialistischen Organisationen sind vorüber, ohne die sozialistische Einheit gebracht zu haben. Es ist nicht der geringste Zweifel darüber, daß es rein sachliche und ehrliche Gründe waren, die vorläufig zu diesem negativen Ergebnis geführt haben.

Was steht denn aber einer vollständigen Vereinigung im Wege? Es handelt sich, wie die Leser wissen, um die Sozialdemokratische Föderation (S. D. F.) und die Independent Labour Party (I. L. P., Unabhängige Arbeiterpartei). Die Erfassung des Wesens und der Unterschiede der beiden Organisationen wird uns gleichzeitig die Antwort auf die Frage sein.

Die S. D. F. ist die ältere, über 20 Jahre alte Organisation. Sie hat sich im Laufe dieser Zeit im Wesen nicht geändert. In der Theorie ist sie zum Teil marxistisch; in der Praxis ist sie revolutionär, vorwärtstreibend und aufständisch. Sie hat viele Köpfe revolutionärer oder wenigstens zum Radikalismus angeregt.

Was ist die Ursache des Mißerfolges der S. D. F.? Die Leiter dieser Organisation suchen sie hauptsächlich in dem Unverständnis der Arbeitermassen, in der Klugheit und den zeitweiligen Konzeptionen der herrschenden Klassen.

Wäre diese Antwort richtig, — enthielte sie die ganze Wahrheit, so müßten die Arbeiter Großbritanniens tiefer stehen als die Arbeiter aller anderen Kulturländer, — tiefer als Italiener, Polen und Serben! Man braucht diesen Schluß nur andeuten, um die Unrichtigkeit zu sehen.

Nichtiger dürfte es sein, den Mißerfolg der S. D. F. in ihrer Auffassung des Sozialismus und der Aufgaben der Sozialisten zu suchen. Die S. D. F. nimmt offenbar an, daß sie keine Arbeiterpartei, sondern eine rein sozialistische Missionsgesellschaft ist.

Nun, die sozialistische Lehre verhält sich so zur proletarischen Klassenbewegung wie der Geist zur Materie. Erst beide zusammen machen ein einheitliches Ganzes aus. Wenn Sozialisten dies nicht anerkennen, kommen sie in die Lage der S. D. F., die im Augenblicke der Entstehung einer großen politischen Arbeiterpartei — sich ausgeschaltet sieht.

Die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party = I. L. P.) ist etwa dreizehn Jahre alt. Sie hat wenig Theorie, aber sie ist von Anfang an eine Arbeiterpartei gewesen und ihr Hauptbestreben war, die Gewerkschaften für eine selbständige politische und sozialpolitische Klassenbewegung zu gewinnen.

Nun kommt der kritische Punkt. Im Jahre 1900 entstand die neue Arbeiterpartei, die bald etwa eine Million Gewerkschaftler umfaßte und in die selbständige Klassenpolitik eintrat. Wie bekannt, wurde sie bis zu Anfang dieses Jahres Labour Representation Committee (gleich I. L. P.) genannt. Die S. D. F. konnte im I. L. P. nicht verbleiben, da dieses nicht erklärt sozialistisch ist und kein sozialdemokratisches Programm hat.

Nun beschloß der Amsterdamer Kongreß vom 10. August 1904 die Vereinigung der sozialistischen Kräfte, um der Zersplitterung der proletarischen Elemente ein Ende zu machen.

der I. L. P. und der S. D. F. wurde ein freundschaftlicher Verkehr angebahnt. Aber als es zur Einigung kam, da sagte die I. L. P. zur S. D. F.: „Seht mal Genossen, die britische Arbeiterbewegung ist geeinigt, nur Ihr steht fern. Tretet doch in das I. L. P. ein und die Einigung ist da.“

Darauf sagt die I. L. P.: „Ja, was nutzt uns die sozialistische Einheit von etwa 30 000 Mann, wenn wir den Anstoß an die wirkliche Arbeiterbewegung verlieren?“

Dies ist die Lage. Es ist möglich, daß meine Auseinandersetzung dem Verhalten der I. L. P. günstiger ist als dem der S. D. F., aber ich kann nur wiederholen: ich habe mir Mühe gegeben, die Sachlage so darzustellen, wie sie mir nach mehreren Jahren der Beobachtung und des Verkehrs mit den Genossen beider Organisationen erscheint.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Leipzig, 21. April. (Fig. Ver.)

Dem Vorgehen der Niederrheinischen Montanwerke A.-G. haben sich jetzt, wie zu erwarten stand, die Werke der Weichen-Weichenfelder A.-G. für Braunkohlenverwertung angeschlossen. Ersterenannte größte Gesellschaft im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hatte bekanntlich laut Aushang für ihre Gruben — es kommen über 50 Betriebe in Frage — die neunstündige Schicht bemittelt.

In den letzten zwei Tagen, am 20. und 21. sind die Generaldirektoren und Werkverwalter aus den Sitzungen, welche sie in Leipzig im Hotel Haupte abgehalten haben, nicht herausgekommen. Die Siebenerkommission hat heute nochmals den Herren eine Anfrage zugehen lassen, ob und wann sie in Verhandlungen eingutreten geneigt seien.

Nachzutragen ist noch, daß auch der Beamte des Altenburger Inspektionsbezirks es abgelehnt hat, vermittelnd einzutreten. Auch er verweist die Streikenden an die Arbeiterausschüsse. Dann aber gibt er der Kommission noch einen „väterlichen“ guten Rat.

Trefflich illustriert werden die Zustände im Streikgebiet durch die Art, wie die Feldbestellung vieler Grubenbeamten und Aufseher vor sich geht. Die Gräbe, d. h. die Hohlräume, die durch das Ausrauben der Kohle entstehen, gehen im Braunkohlenbergbau zu Tage, d. h. es entsteht unter der Stelle, worunter die Kohle abgebaut ist, ein tiefes Loch, 4—5 Meter im Querschnitt und noch größer.

Die gelagte diese Grubenfelder können nicht mit Pferden begangen werden — sie könnten versinken! — die Bestellung muß also ausschließlich mit der Hand erfolgen. In der Regel wird das Land mit dem Spaten umgegraben und dann Kartoffeln hineingesteckt.

Die ganze jämmerlichkeit dieser Zustände kommt jetzt, wo die Streikzeit in die Zeit der Frühjahrsbestellung fällt, so recht gut zu Tage.

Die Männer streifen, Frauen und Mädchen machen Streibereiberarbeit und werden zu den oben beschriebenen Frondiensten gemißbraucht! Erst dieser Lage konnte man beobachten, wie ein ganzer Schwarm dieser armen Geschöpfe mit Spaten bewaffnet nach der Schicht sich auf das Feld des Aussehers begaben.

Der Streik hat in den ganzen Sumpf dieser vorhin stützlichen Zustände hineingeleuchtet. In dem oben Einzelnen der täglichen Kreisläufe sind die Menschen dort abgestumpft, gleichgültig, d e g e n e r i e t worden. Durch die Aufklärung, die die Bewegung mit sich gebracht hat, ist Leben, dämmernendes Erkennen ihrer elenden Lage in die Massen hineingekommen!

Soziales.

Kampf gegen Heimarbeiterschutz.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller versendet soeben „zur gefälligen Verwendung“ an die bürgerliche Presse folgendes Zirkular:

Der Zentralverband Deutscher Industrieller fordert seine Mitglieder durch ein Rundschreiben auf, ihm möglichst eingehende Mitteilungen über die tatsächlichen Verhältnisse, unter denen die Heimarbeit in den einzelnen Industrien arbeitet, zugehen zu lassen.

Die, wie ersichtlich, völlig objektiv angelegte Anfrage des Zentralverbandes Deutscher Industrieller wird voraussichtlich wichtiges Material zur Beurteilung der Heimarbeitersfrage beibringen.

Um die recht bezeichnende Beteuerung, daß es sich um eine „völlig objektiv“ angelegte Umfrage handle, nachprüfen zu können, müßte doch denjenigen Blättern, die diese Notiz kommentarlos als ihre Meinung nachdrucken, wenigstens das Rundschreiben zur Einsichtnahme vorgelegt haben.

Sobald die Herstellung von Heimarbeiterscheinen in Fabrikbetrieben beginnt, geschieht dies unter Anwendung von neuen Maschinen und auch nur dann, wenn sich die Löhne der Heimarbeit nicht weiter herabdrücken lassen.

Wenn den Zweck und Konsorten an einwandfreiem Material gelegen wäre, die Veranstalter der Heimarbeiterscheine hätten solches in Hülle und Fülle zur Verfügung gestellt.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, wie „ordnungsliebende“ Unternehmer wegen Unterschlagungen von Krankenkassengeldern und Betrügereien gegen Arbeiter und Krankenkassen zu so geringen Strafen verurteilt oder gar gänzlich freigesprochen werden, daß die Betrüger im Umlaufe Praxis auf diesem Gebiete als eine Art Prämie für Unterschlagungen von Krankenkassengeldern und als eine Art Anreiz zu Betrügereien wirken könne.

Am Sonnabend stand vor der I. Strafkammer des Landgerichts Berlin II der Buchdruckerbesitzer Walter Kenné aus Weichensee, der bekanntlich ebenso uner müßliche wie erfolgarme Bekämpfer der Sozialdemokratie. Zur Last gelegt waren ihm Vergehen gegen das Krankenversicherungsgesetz.

Der Angeklagte Weichensee schuldete der Angeklagte Beiträge aus der Zeit vom 27. März 1905 bis 16. Juli 1905 im Betrage von 86,39 M. Diese Summe war nicht einzuziehen, Zwangsvollstreckungen fielen fruchtlos aus; wieviel von dieser Summe Anteilbeiträge der Arbeiter waren, die diesen vom Angeklagten abgezogen wurden, konnte nicht festgestellt werden.

Gemeingefährlichen Gebarens mußte von einer Geldstrafe Abstand genommen werden. Der Angeklagte ist zu einer Gefängnisstrafe von acht Tagen unter Aufsehung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Herr Meno wird nach wie vor in seinem Weisheitskränchen die bösen Sozialherunterreißer, die nicht einmal dafür Verständnis haben, daß ein Unternehmer das Recht haben müsse, Arbeitergroßen und Krankenlasten zu unterschlagen. Seitdem Dr. Pape Gemeindegewalt ist, hält Herr Meno sich besonders zum Totschreiben der Sozialdemokraten berufen.

Zweiterlei Maß.

Eine fein ausgelegte Rechenmethode haben die Schmöllner Knopfabrikanten erunden, um ihren Profit zu mehren. Während in der ganzen Welt das Duzend Knöpfe 12 Stück umfaßt und 12 Duzend ein Gros = 144 Stück zählen, haben die Schmöllner Knopfabrikanten das Gros Knöpfe auf 170 Stück — für die Arbeiter erhöht. Das heißt, der Knopfabrikant muß bei der Berechnung 170 Stück für ein Gros ablesen. Angenommen, der Arbeiter fertigt ungefähr 220 Gros Knöpfe in der Woche, so ergibt das 5720 Lieberschuhknöpfe, die er umsonst arbeitet. Auf das Jahr ergibt das 297 440 Stück = 2065 rechnerisch richtige Gros, für die also eine Arbeitszeit von neun und einer halben Woche umsonst gefrondet werden muß. Rechnet man das Gros zu 8 1/2 Pf. Arbeitslohn, so macht das pro Woche einen Lohnausfall von 8,17 M. und pro Jahr von 165 M. pro Mann. Da die Schmöllner Knopfabrikanten das Gros beim Verlaufe nur zu 144 Stück rechnen und bei den geringen Arbeitslöhnen selbst bei richtiger Rechnung auch den Arbeitern gegenüber ein schön Stück Profit herauskommt, so ist es nicht verwunderlich, daß die Schmöllner Fabrikanten recht wohlhabend werden. Diese Rechenkunst zählen ja wohl die bürgerlichen Parteien von der „Rechtlichkeit“ bis zur konfessionellen „Kreuzzeitung“ zu der „Arbeit des Unternehmers“, für die er Entgelt erhalten muß.

Wissenschaftliche Kurse zum Studium des Alkoholismus.

Die von dem „Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus“ veranstalteten unentgeltlichen Vorträge im Varietetheater sind am Sonntagabend beendet worden. Ueber den Inhalt der wichtigsten der Vorträge haben wir nach den offiziellen vom Zentralverband herausgegebenen Berichten Mitteilungen gebracht. Die Vorträge zeichnen sich durch eine ersprechende Keere sozialer Anschauung und durch völliges Ermangeln des Versuches wissenschaftlicher Begründung der Ursachen des Alkoholismus aus. Sieht man von der These des Dr. Laquerens Vortrages, daß eine durchgreifende Wohnungsreform notwendig ist, ferner von der Darlegung des Dr. Bergmann, „einer Erziehung zur Entkalkanisiertheit ist die Beschaffenheit unserer gesamten sozialen Verhältnisse durchaus nicht günstig“, einer ähnlichen Wendung des Dr. Juliusburger und endlich von folgender These des Stadtrats Appellmann-Erfurt aus seinem Vortrage: „Die Verlesung der kommunalen Staats durch den Alkoholismus“: „Als vorübergehende Maßnahme kommt in Betracht: Soziale Fürsorge für alle Gebiete (Wohnungsfrage, Arbeiterhäuser, Volkshochschulen, Wärmestuben, Leichenhallen, Volkunterhaltungen, Pachtgärten, Jünglingsheime, Arbeiterheime u. dergl.“ ab, so hat man alles bestimmen, was diese „wissenschaftlichen“ Vorträge allenfalls sozialwissenschaftlich gezeitigt haben. Das ist ein überraschend mageres Ergebnis und sollte den Zentralverband selbst zur Einsicht bringen, auf welchem falschen Wege er sich befindet, wenn dieser Verband sozialer Einsicht in der Tat zugänglich wäre. Die Wissenschaft, daß ein Mißbrauch des Alkohols schädlich ist, braucht nicht mehr „wissenschaftlich“ vorgelesen zu werden. Die soziale Wissenschaft hat nach der Erkenntnis von der mehr oder minder gefährlichen Wirkung des Alkoholmißbrauchs — der Ansicht, daß auch ein mäßiger Alkoholgenuß, ja schon jeder Tropfen Alkohol dem Geniehdenden oder seinen Nachkommen schädlich sei, vermögen wir uns nicht anzuschließen — zu erfordern: welche sind die Ursachen des Mißbrauchs und wie ist diesen, soweit es sich um weite Volkskreise handelt, zu begegnen. Vor dieser Frage hat die Vortragerei Halt gemacht. Ja, noch mehr. In den Ausführungen des Regierungsrats Dr. Weymann fand sich nach dem von Öhringen und Ueberbrachen eine bei einem Regierungsrat, der über Krankenversicherung geschrieben und geredet hat, auffallend harte Dosis antisozialer, arbeitserfindlicher, unrichtiger, auch zweifelsohne unwissenschaftlicher Behauptungen.

Wir führen einige dieser wahrheits- und alkoholfreien Darlegungen des Regierungsrats Dr. Weymann, der auch ein von Ueberbrachen trisendes Schlupfwort sprach, an. Er behauptete: die Regierung hat den Kampf gegen den Alkohol aufgenommen, die Sozialdemokratie hat ihn verneint. Die Wahrheit ist: die Regierung hat alle den Alkoholismus fördernden Ursachen mit verfehlt. „Erinnert sei an die die Rot der Rinderpestmittel und den Alkoholismus fördernde künstliche Verteuerung der notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel durch die Zollpolitik, an die Liebesgaben für Schnapsbrenner, an die Hemmung zur Hebung der Lage der industriellen und insbesondere der ländlichen Arbeiter, an die Unterstützung der Uebertragung der Falschheit als „deutsche Kultur“ nach den Kolonien usw. usw.“ Die Regierung hat ferner direkt die Aufklärung über schädliche Wirkungen des Alkohols bekämpft. Es sei, abgesehen von den neulich angeführten Taten der Regierung auf diesen Gebieten, an die im Jahre 1904 erfolgte Ausweisung unseres Genossen Dr. Fröhlich aus Preußen erinnert. Dr. Fröhlich sprach in Breslau über die gefährlichen Wirkungen der Schnapsbrenner — die Versammlung wurde von dem die Intentionen, also auch die „Alkoholgegnerlichkeit“ der Regierung verförpernden Polizeibeamten aufgelöst. Eine in Kiel anberaumte Versammlung mit Dr. Fröhlich als Referenten wurde dadurch unmöglich, daß der den Schnapsbrennern gefährliche Dr. Fröhlich aus Preußen ausgewiesen wurde. Will Dr. Weymann bestreiten, daß die Dr. Fröhlich'sche Professur unendlich wertvoller zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ist, als die gesamten Varietetheater-Vorlesungen zusammengenommen? Dr. Weymann behauptet, die Sozialdemokratie habe den Kampf gegen den Alkoholismus verneint. Bevor ein Regierungsrat eine solche Unwahrheit sich aneignet und sie öffentlich kundgibt, sollte er wenigstens den Versuch, die Wahrheit kennen zu lernen, machen. War zu schwer wäre es ihm nicht gefallen, durch das Studium des Parteitagprotokolls vom Jahre 1904 (S. 131, 190, 194, 197) zu finden, daß der Parteitag in Bremen folgende Resolution mit großer Mehrheit annahm:

In Anbetracht der ungeheuren Schädigungen, welche der Alkohol der Arbeiterschaft verursacht, indem er dadurch insbesondere zu einem großen Hindernis für die Verwirklichung unserer Ziele wird, hält es der Parteitag im Interesse des Fortschreitens unserer Bewegung für unbedingt erforderlich, den Alkoholmißbrauch in der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Er fordert daher alle Parteigenossen und insbesondere alle Parteizeitungen auf, noch mehr als bisher die Arbeiter auf die Gefahren des Alkoholgenußes aufmerksam zu machen.

Dr. Weymann tißte ferner das ebenso falsche wie unwissenschaftliche und alte Märchen auf, die Arbeiter simulierten Krankheit um in den Genus der Rente zu kommen. Von den weiteren unrichtigen Ausführungen des Regierungsrats Dr. Weymann sei hervorgehoben: die Krankenlasten erfüllen ihre Pflicht zur Bekämpfung des Alkohols nicht. Mit Verlaute, Herr Regierungsrat, umgekehrt wird ein Schuh daraus: Krankenlasten sind insbesondere durch Königlich preussische Räte an der Bekämpfung gehindert, Massenverträge mit Strafe bedroht worden, weil sie zur Bekämpfung des Alkohols Ausgaben, z. B. zur Beschaffung von Kongressen, machten.

Sticht es so mit der Kenntnis der Wahrheit bei alkoholfreien Regierungsräten, wie muß es nach den verberberischen Wirkungen, die der Alkohol ausüben soll, erst bei den anderen stehen! Die Arbeiter erfahren aus diesem Kongress: selbst auf dem Gebiet der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs kann der Kampf erfolgreich für die Arbeiter-

klasse nur von der Arbeiterklasse selbst geführt werden. Darlegungen wie die des Dr. Weymann sind geeignet, den Alkoholmißbrauch mehr zu fördern als — zu bekämpfen.

Aus Industrie und Handel.

Zur Nahrungsmittelsteuerung. Infolge Steigens der Lebensmittelpreise insbesondere der des Fleisches hat, wie die „Deutsche Reichs-Zeitung“ meldet, die Verwaltung des Krankenhauses in Opladen im Einverständnis mit der Gemeindeverwaltung den Pflegenkostensatz für die von der Gemeinde und von den Krankenkassen überwiebenen Pflegenlinge von 1,50 M. auf 2 M. erhöht. — Die Konsequenz dieser Maßnahme ist, daß alle Gemeindeverwaltungen, überhaupt alle Unternehmer, die Löhne in derselben Proportion erhöhen.

Gegen der Schutzpolitik. Zu welchen Widersinnigkeiten die Schutzpolitik führt, dafür liegen jetzt aus Amerika wieder interessante Nachrichten vor. Gestützt auf die hohen Schutzzölle, erzwingen die amerikanischen Uhrenfabrikanten von ihren Abnehmern Preise, die sich um 25—50 Proz. über den für das Ausland geltenden Preis halten. Ein New Yorker Händler hat sich das zumutige gemacht, indem er in England und auf anderen Plätzen unter der Hand amerikanische Uhren aufkaufte und diese nun in Amerika zu Preisen auf den Markt bringt, gegen welche die direkten Abnehmer der Fabrikanten nicht konkurrieren können. Der betreffende Händler erklärte einem Vertreter der „N. Y. H.-Ztg.“ gegenüber:

Diese billige Kaufgelegenheit habe ich mir zu Nutzen gemacht, und nachdem ich für 100 000 Dollar amerikanische Uhren in England und sonstwo aufgekauft hatte, begann ich dieselben zu importieren. Die Uhren sind als wieder zur Einfuhr gebrachten amerikanischen Fabrikat bei der hiesigen Einfuhr dem Tarifgesetz gemäß zollfrei. Und nachdem sie, etwa bei Einlauf auf dem europäischen Kontinent, den dortigen Einfuhrzoll bezahlt, die Händler drücken ihren Profit erhalten haben, sonstige Kosten für Fracht und Verfracht usw. zu zahlen waren, bin ich doch noch imstande, mit solchen reimportierten Uhren alle hiesigen, das gleiche Fabrikat zu den hohen Inlandpreisen verkaufenden Detaillisten erheblich zu unterbieten. Mit dem Dampfer „Philadelphia“ ist soeben eine neue große Sendung amerikanischer im Ausland aufgekaufter Taschenuhren für mich eingetroffen. Natürlich sucht der Trust solche Importationen durch alle möglichen Proteste an die Zollbehörde zu verhindern. Im Falle eines Postens von 1200 Uhren bin ich infolge der von dieser Seite erhobenen Einwände genötigt worden, für das amerikanische Fabrikat den vollen Einfuhrzoll zu zahlen, da die betreffenden Uhren ein als schweizer Fabrikat gestempeltes Zifferblatt tragen. Tatsächlich waren jedoch diese Uhren mit den schweizer Zifferblättern, die weit billiger sind als die amerikanischen, in hiesigen Fabriken des Trust selbst vor dem Export ausgestattet worden. Durch Reimport erhalte ich 99 Proz. des erlegten Zolles zurück, und nach Entfernung der schweizer Zifferblätter in England werde ich für die Uhren von neuem zollfreie Einfuhr fordern. Natürlich werde ich von dem Trust geboycottet, und der Bezug von Ware wird mir auf jede Weise erschwert.

In Deutschland gebar die Schutzpolitik in verschiedenen Industrien ähnliche Verhältnisse. Die Waren werden gewissermaßen in das Ausland spekulieren geführt; das nennt man vernünftige Wirtschaftsordnung!

Getreide-Ein- und Ausfuhr. Der auswärtige Handel des deutschen Zollgebietes mit Getreide für die Zeit vom 1. August bis 10. April 1906 zeigt nach den Zusammenstellungen des Statistischen Bundes folgende Riffern:

	Gesamteinfuhr	Gesamtausfuhr	Einfuhrüberschuß in Doppelzentner
Weizen . . .	21 765 682	1 943 069	20 765 682
Roggen . . .	6 044 822	1 017 078	5 027 244
Hafer . . .	9 701 167	1 067 544	8 633 623
Gerste . . .	14 440 841	202 518	14 449 841
Mais . . .	9 500 756	290 926	9 500 830

Die Einfuhr an Weizenmehl belief sich auf 255 811 Doppelzentner, die Ausfuhr auf 425 401 Doppelzentner, mithin Ausfuhrüberschuß 169 590 Doppelzentner. An Roggenmehl wurden 13 599 Doppelzentner eingeführt bei einer Ausfuhr von 523 731 Doppelzentner. Hier ergibt sich ein Mehr der Ausfuhr von 510 132 Doppelzentner.

Königsborn, L.-G. für Bergbau, Salinen und Soolbaddetrieb. Im I. Quartal d. J. wurde ein die Ergebnisse der Vorjahre weit überholender Ueberfluß erzielt. Die Vergleichszahlen sind folgende:

Betriebsüberschuß des I. Quartals		
1904	1905	1906
320 359 M.	114 880 M.	643 345 M.

Das Ergebnis in 1906 war durch den großen Ausfluß beeinflusst, gegenüber 1904 ergibt sich aber ein Mehr von 322 986 M., gleich 100 Prozent.

Korrektur. In der Notiz über „Eisenproduktion, Röhrenhandel in Eisen und Inlandsverbrauch“ unter der Wochenschau in Nr. 98 des „V.“ fehlt die spezielle Angabe der Gewichtszuweisung für Produktion und Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung. Die hierfür geltenden Werte sind in Kilogramm angegeben, die Abrechnung in Tonnen gilt nur für die Gesamtproduktion sowie für Ein- und Ausfuhr, wie jeder Leser ja wohl richtig gelesen haben wird.

Gerichts-Zeitung.

Corbins „Paffenspiegel“. Die Strafkammer in Rudolstadt verurteilte den dortigen Buchhändler Bod, Verleger von Corbins „Paffenspiegel“, wegen Vergehens gegen den § 168 Str.-G.-B. zu einer Woche Gefängnis und Androhung von 14 Tagen Gefängnis.

Corbin, der 1870 gestorben ist, schrieb das Buch „Paffenspiegel“ im Jahre 1846 unter dem Titel „Historische Denkmale des Pantheismus in der römisch-katholischen Kirche“. 1888 wurde der „Paffenspiegel“ zum erstenmal beschlagnahmt, der gerichtlichen Prüfung unterzogen und Bod als Verleger desselben vom Landgericht Rudolstadt wegen Beschimpfung der katholischen Kirche verurteilt. Es wurden Stellen in dem Buche gefunden, die als gegen § 168 verstößend angesehen wurden. Auch später, nachdem diese Stellen ausgemerzt waren, gab der „Paffenspiegel“ Anlaß zu Strafprozessen. Bod war erneut wegen Vergehens gegen § 168 angeklagt, weil er in den letzten Jahren „Paffenspiegel“ mit Stellen, die eine Beschimpfung der katholischen Kirche enthalten sollen, verbreitet habe. Während die Anklagebehörde den Standpunkt vertrat, daß das Werk ohne Unterschied berechnungswürdige Einrichtungen in allen christlichen Kirchen, auch in der protestantischen, ankreife und beschimpfe, suchte die Verteidigung darzulegen, daß nur ein zwar heftiger, aber erlaubter Angriff gegen die geschichtlichen Dummheiten und Mißstände in der römisch-katholischen Kirche bezogen sei. Der Angeklagte selbst entrollte ein Bild davon, wie er aus tiefer Ueberzeugung seit nunmehr 25 Jahren im Kampfe für die Aufklärung stehe, wofür angegriffen von den Gegnern, aber auch durch manche Anerkennung ermutigt sei. Er habe bereits schwere Vermögensnachteile erlitten, Kämpfe aber trotzdem weiter gegen die unerhörten Beschimpfungen der Protestanten von gegnerischer Seite. Zum Beweise für seine Behauptungen brachte er zahlreiche Belege, Flugblätter, Zeitungen und Parlamentsverhandlungen. In formeller Beziehung wurde von der Verteidigung die Zulässigkeit einer Verurteilung bestritten, da das Werk bereits früher unter Anklage gestellt und eine Anzahl Stellen — andere als die heute zur Verhandlung stehenden — durch rechtskräftiges Urteil verurteilt und daher in den Reudrucken entfernt waren, der übrige Inhalt des ein organisches Ganzes darstellenden Werkes somit straflos sein müsse. Die — vorwärtliche strenge sächsische — Justiz hat das Werk bereits 1846 passiert! Auch hierauf berief sich der Angeklagte zum Beweise für seinen guten Glauben, in dem er das Werk verlegt habe.

Die neulich gemeldete Verurteilung des Divisionsparreres Bachstein auf Grund desselben Paragraphen beanlagt jetzt selbst die „Deutsche Tageszeitung“, das Verlangen auf Befreiung des § 168 Str.-G.-B. für berechtigt zu erklären. Löcherungen Gottes, Beschimpfungen einer Kirche, von Kircheneinrichtungen oder Gebräuchen verbietet der gute Beschma, der Rücksicht auf die Ansicht anderer nimmt. Ein Gesetz, das Gott, eine Kirche, Kircheneinrichtungen oder Gebräuche strafrechtlich Schutz gegen Beschimpfungen oder Beschimpfungen verbieten will, beweist kein besonders großes Vertrauen zu diesen Institutionen und ist besonders bei der in Deutschland üblichen Auslegung eine Fessel für freie Forschung und freimütige Kritik.

Die Einladung zum Diebstahl. Eine überaus günstige Gelegenheit zu einem Diebstahl hat der „Jesuitenfänger und Ketten- spranger“ Max Jörner, ein vielfach vorbestrafter „schönerer Junge“, mit ziemlicher Schnelligkeit ausgenutzt. — Auf dem Marktplatz findet zu bestimmten Zeiten ein Wochenmarkt statt, der auch von dem Tuchhändler Kredlow besucht wird. Nach Schluß des ersten Markttages erhielt er eine große Kiste mit Tuchrollen, die er vorläufig in den Hausflur eines Gasthofes stellte. Nachdem er mit vieler Mühe einen Hammer und ein Stemmeisen gefunden hatte, schied er sich an, die Kiste zu öffnen. Er wurde jedoch vorher anderweitig abgerufen. Gerade in diesem Augenblick ging der Angeklagte vorbei und sah Hammer und Stemmeisen neben der noch geschlossenen Kiste liegen. Dieser „Einladung“ widerstand er nicht lange. In aller Gemütsruhe brach er mit dem gelieferten Stemmeisen das Kistenschloß auf und verschwand mit mehreren Tuchpaketen im Werte von circa 400 M. Nach kurzer Zeit erschien der Eigentümer und war sehr unangenehm überrascht, daß ihm schon die Arbeit des Kistenschlößens abgenommen worden war. Der Angeklagte wurde, als er in einem Hof der Schönhauserstraße die Kiste „verschärfen“ wollte, festgenommen. Der Gericht ließte der Angeklagte das alte Märchen von dem „großen Unbekannten“ auf, von dem er die Tuchrollen gekauft haben wollte. Mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des rätselhaflichen Diebes erkannte der Gerichtshof auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, sowie fünf Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Blutskande. Ein Unmenschen stand in der Person des Tischlers Hahnsch unter der Anklage der Blutskande vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war schon einmal angeklagt, mit seiner ältesten Tochter Unzucht getrieben zu haben, wurde aber seinerzeit freigesprochen. Jetzt wurde er beschuldigt, mit einer anderen Tochter von deren 13. bis zum 17. Lebensjahre sträflichen Umgang gehabt zu haben. Da die Beweisaufnahme die verbrecherische Handlungsweise des Angeklagten bestätigte, wurde der Angeklagte zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Von der Gleichmäßigkeit der Rechtsprechung.

In München sind im vorigen Sommer die Bauarbeiter von den Arbeitgebern ausgesperrt worden, weil sie den bekannten Schandentwurf nicht unterzeichnet haben. Aus Anlaß dieser Aussperrung sind zwei organisierte Arbeiter, die als Streikposten einige Arbeitswille „in ihrer Ehre gekränkt“ haben sollen, kriminell gemacht worden. Die beiden Fälle, die getrennt, aber immer vor den gleichen Gerichten behandelt wurden und kürzlich endgültig zur Entscheidung kamen, haben sich in folgender Weise entwickelt:

Fall I.	Fall II.
Inkriminierte Aussagen: „Du Schuft, Du machst den Streikbrecher!“	„Schämt Euch, Ihr Streikbrecher, Ihr Hammel!“
Urteil des Amtsgerichts München I: 3 Tage Gefängnis wegen Verletzung gegen § 153 R. G. B. Berufung des Angeklagten.	Freiprechung. Berufung des Staatsanwalts.

Urteil des Landgerichts München I: Verwerfung der Berufung. Die Aussperrung sei erfolgt, um einen Streik zu vermeiden. Daraufhin hätten die organisierten Aussperrten verbrochen, die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen, um so die Arbeitgeber zum Nachgeben zu zwingen. Solche Verabredungen seien zwar nach § 153 R. G. B. statthaft, dagegen mache sich nach § 158 strafbar, wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, Drohungen, Ehrverletzung oder Berufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten. Dieser Fall treffe hier zu, denn die Angeklagten habe den Zweck gehabt, den Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen und so der Verabredung der Organisation Folge zu leisten.

Revision des Angeklagten, in gleicher Weise motiviert wie die landgerichtliche Freiprechung im Fall II.

Revision des Staatsanwalts unter Hinweis auf die Motivierung der landgerichtlichen Verurteilung im Fall I.

Urteil des bayerischen Obersten Landesgerichts. Verwerfung der Revision des Angeklagten, weil nach den einwandfreien tatsächlichen Feststellungen des Berufungsgerichts die Voraussetzung, nach der eine Ehrverletzung unter den § 153 R. G. B. falle, gegeben sei. Nach den tatsächlichen Feststellungen wollten die Arbeitnehmer auch nach verhängter Aussperrung noch günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen und zwar durch die Verabredung, die Arbeitswilligen zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen, um so einen Druck auf die Unternehmer auszuüben.

Der Strafsenat des Obersten Landesgerichts entschied über beide Fälle in einer und derselben Sitzung. Würde ein sehr abweichendes Endergebnis bei Urteilen herauskommen, wenn man die Schuld oder Unschuld abwärfelte?

Vermischtes.

Ueber die Folgen eines Orkans wird aus Kopenhagen gemeldet: Wie aus Reshavil unter dem 13. April brieflich gemeldet wird, hat dort während der letzten vierzehn Tage ein heftiger Südweststurm geherrschet, der mehrere Schiffsunfälle zur Folge hatte. So sank außerhalb des Hafens ein Fischkutter, wobei seine zwanzig Mann starke Besatzung umsank. Auch auf der Westseite der Halbinsel ist ein Fischerkutter untergegangen und seine zwanzig Mann starke Besatzung hat den Tod in den Wellen gefunden. Man besorgt sich ferner, daß ein anderer Fischerkutter mit einer Besatzung von dreißig Mann von dem gleichen Schicksal betroffen worden ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Saupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 24, Amt IV, 8353.

Mittwoch, den 25. April 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Peters, Wicelstraße 24, großer Saal:

Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tages-Ordnung:

1. Projektionsvortrag des Herrn Ingenieur W. M. Gruppe über: „Die Freiheitstämpfe in Russland“ mit über 60 farbigen Lichtbildern. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
An Anbetracht des höchstinteressanten, wichtigen Vortrages erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kolleginnen und der Kollegen mit ihren Frauen. — Zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben wird ein Entgeld von 10 Pf. gegen Verabreichung eines Programms erhoben. Mangels während des Vortrages verboten.

Mittwoch, den 25. April 1906, abends 8 Uhr, bei Schellhase, Aderstraße 15a:

Bezirks-Versammlung für Steglitz, Groß-Lichterfelde und Ung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Vollständiger Massenstreik“. Referent: Kollege Eggert. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Ohne Buch kein Zutritt.
Pünktlicher und zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 25. April 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Reichthaler Hof, Reichthalerstr. 11-12:

Versammlung der chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Kiesel über: Friedrich Schiller, ein Sänger der Freiheit. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 25. April 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von K. u. L., Spandau, Schönwalderstraße 80:

Bezirks-Versammlung für Spandau und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Malfeier. 2. Dampferparade. 3. Arbeitslosenkontrolle. 4. Verhandlungsangelegenheiten. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Mittwoch, den 25. April, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 170:

Versammlung der Bauanschläger Berlins und Ung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Erfahrungen im ersten Jahre des neuen Tarifes. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 117/7

Bezirk Charlottenburg.

Die Hausfälligkeit ist seit dem 4. April eingestellt, dafür sind vom 18. April folgende Jubiläen errichtet: Ferd. Falcke, Goldbamerstr. 44 (Kaffeebar); Emil Müller, Köpenickerstr. 3 (Vollshaus); Merrens, Stammstr. 44 (Restaurant).
Die bisher im Lokale von Köpfe gelegene Jubiläen wurde nach dem Lokale von Loh. H. z. d. r. f., Wilmannsstr. 10 verlegt.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, in Frankes Festsaal, Schottensstraße 39:

Branchen-Versammlung Gold- und Silberwaren-Industrie

aller in der

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Zielungsanfrage zu der von den Arbeitgebern unserer Gewerbes geplanten Arbeits-Ordnung. 2. Diskussion.

Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, in der Versammlung zu erscheinen.
117/8

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Die Malfeier. 2. Der Verrat der Hirsch-Dauerschen Gewerkschaft in Frankfurt a. O. 3. Streit und Differenzen.
Mitgliedsbuch weist Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Jede Werkstätte muß vertreten sein.
8110*

Achtung! Portefeuille! Achtung!

Verband der Portefeuille und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen. (Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 25. April er., abends 8 1/2 Uhr, in Graumanns Festsaal, Rannysstr. 27:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung, des Kassierers, des Arbeitsnachweises. 2. Antrag Hahn betreffend Erhebung einer Ergänzsteuer. 3. Wahl der Angestellten. 4. Erwahlung der Revisoren. 5. Bericht der Rechtschutz-Kommission und Neuwahl derselben. 6. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Das bestimmte und pünktliche Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20.
Zur bevorstehenden Saison empfehlen wir unseren 1000 Personen fassenden Naturgarten sowie unseren großen Saal mit Nebenräumen und Hallen, auch 1000 Personen fassend, zur Abhaltung von Sommerfesten usw. Für Vereine auch Kaffeeküche. 6 Vereinszimmer. — Tel. Amt I, 8985. — Gebr. Wietz.

Dienstag, 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72:

Volkversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Fort mit der Gefinde-Ordnung. Referent: Reichstags-Abgeordneter Artur Stadthagen. 2. Diskussion.

Genossinnen! Sorgt dafür, daß diese Versammlung namentlich von Dienstboten zahlreich besucht werde, denn es gilt ein Stück Anrecht zu beweisen. 1/4* Die Vertrauensperson.

Achtung! Putzer. Achtung!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Mittwoch, 25. April, abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom I. Quartal. 2. Verschiedene sehr wichtige Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. 133/19* Die örtliche Verwaltung. J. A.: S. Neumann.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.

Mittwoch, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstraße 18m:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Kassierers vom I. Quartal 1906. — Wahl eines Kassiers. 2. Bericht über den 7. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und 15. Konferenz der Maurer Deutschlands. 3. Ergänzungswahl der Geschäftsleitung. 4. Vereinsangelegenheiten. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

129/16 NB. Wegen der Wichtigkeit und Reichhaltigkeit der Tagesordnung erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder D. C.

Achtung! Photographen. Achtung!

Deutscher Photographen-Gehülfen-Verband (Abteilung Berlin.) Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr, in Radura's Klubhaus, Landbergerstr. 39 (Nähe Alexanderplatz):

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Gesehentour zum Schutze des Urheberrechts an Werken der bildenden Kunst und der Photographie. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Edmund Fischer-Dresden. 2. Diskussion. Alle Interessenten sind dringend eingeladen. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Einberufer.

Zentral-Verband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 26. April er., abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung sämtlicher Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom I. Quartal 1906. 2. Bericht der Ortsverwaltung. 3. Beschlußfassung über die Malfeier. 4. Neuwahl unserer Stellungsanfrage zur Hauptvorstandswahl. 5. Verhandlungsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ersucht. Die Ortsverwaltung. 73/4*

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 26. April 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kasseebericht. 2. Eventuelle Akzeptierung der Umstellungsbedingungen. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Billeits vom Stiftungsfest und von der Malfeier am 1. Osterfesttag (Reise Zeit) müssen bis Sonntag, den 27. d. M. abgerechnet werden. Zahlreicher Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung. 23/19

Selowskys Zenith-Zigaretten * Bolero-Zigaretten

Garantiert feinste Handarbeit!

Von jedem wirklichen Kenner bevorzugt!

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabak. Spezialität: Nordhäuser Kautabak stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 606L* Amt 4, 3014.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seddinsee.

Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39. Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfheizung, Regalbahnen, große Kaffeeküche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Schubertstraße 13 hat 1 Laden mit Wohnung 87,50 und 1 Wohnung 42,75 monatlich d. Monatslohn, III.



Inventur-Extrapreis!

Eine große Partie

Diwandecken

auf beiden Seiten benutzbar

Mk. 4,35 (Wert 6,75)

Buntpersische doppelseitige

Diwandecken

Mk. 7,50-8,75 (Wert 12-15 M.)

Bunte Mocquet-Plüsch-Diwandecken

Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 33 M.)

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extralistes gratis und der neuen erschienenen Katalog 1906 franko.

Das älteste

Rester-Geschäft

des S.-O. von Wilhelm Mühlbach

empfiehlt zur Frühjahrssaison Reste zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Knaben-Konfektion zu anerkannt billigen Preisen. Größte Auswahl in fertiger Konfektion.

10 Oppelnerstr. 10

Dr. med. A. Smith'sches Ambulatorium für

Herz- u. Nervenranke

Berlin W. 2, Potsdamerstr. 52.

Funktionelle Untersuchung und Behandlung. Ausführliches im Prospekt (frei).
Literatur: Dr. med. Max Arsh. Herz- u. Nervenleiden u. ihre Behandlung mit unterbrechung- u. Wundheilung. — Historisches, Theoretisches u. Praktisches in gemeinsamer Darstellung. (Zu beziehen d. alle Buchhll. Preis 50 Pf.)

Von der

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

sind bisher folgende Hefte erschienen: 230/19*

Hefte:

- 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christoffer. Auch in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- 2. Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- 3. Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Girschlag. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung dazu.
- 4. Der Achtstundentag von Dr. Jodel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.
- 6. Das Schulkind von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
- 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert. Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
- 8. Nahrung und Ernährung von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für die Arbeiterfamilie.
- 9. Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. F. Bernheim. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- 10. Der Arbeiterschnitz mit besonderer Berücksichtigung der Berufshygiene von Dr. W. Epstein-Rindken.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Beste **BETTENFÜLLUNG**
sind
GUSTAV LUSTIG'S
MONOPOLDAUNEN

(gesetzlich geschützt)
das Pfund 2.85 Mark.

Die
Bettfedernfabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. 45 u. 46,

führt **nur**

Bettfedern

Damen

zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50,
1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00,
3,50 bis 5,00 Mkr. per Pfd.

zu 2,55, 3,50, 4,50, 5,50,
6,50 bis 8,00 Mkr.

Fertige Betten,

bestehend aus Oberbett, Unterbett 2 Kissen,
zu 12, 15, 19, 22, 25, 28, 30, 33, 36, 43, 51, 60, 75,
90 bis 105 Mkr.

Bett-Zuleits und **Bett-Artikel**

Größtes Spezial-Geschäft
Deutschlands.

Umsatz im Jahre 1905:
2174 Zentner

Bettfedern und Damen — etwa
200 Ztr. mehr als im Jahre 1904 —
von keinem anderen Betten- und Bettfedern-
Geschäft annähernd erreicht.

Es kann niemand Betten und Bettfedern billiger
oder besser liefern als die Firma

Gustav Lustig,

- weil die Firma sich nur mit dem Artikel
Betten und Bettfedern befaßt,
- weil kein zweites Geschäft, das Betten und
Bettfedern führt, jährlich 2000 Zentner
Bettfedern und Damen umsetzt,
- weil die Firma Gustav Lustig von ersten
Importeuren, von ersten russischen, österreichischen
und inländischen Sammlern und von Geflügel-
mästern kauft und
- Rohwaren in
eigener Bettfedernfabrik verarbeitet.

Besonders empfehlenswerte Bettenfüllungen:
echt chinesische (gesetzl. geschützt)

Monopoldaunen

Pfund Mkr. 2.85.

Die täglich einlaufenden Nachbestellungen
sind der beste Beweis für die Güte der Waren.

**EISEN- und MESSING-
BETTSTELLEN**

englische und deutsche Muster
in großer Auswahl
zu billigsten Preisen
im Nebenhause No. 45.

Höchste Leistung

Größte Kinderanzüge-Ausnahme-Tage Berlins

Wir bringen unser ans unglaubliche grenzende Lager an Kinder-Anzügen zu
den denkbar billigsten Preisen zum Verkauf. 117/4

10000 Stück

Kinder-Anzug, Art. Herkules, in 6 Ausführungen . . . Stück	195
Kinder-Anzug, Art. Schule, prima Qualität Stück	235
Kinder-Anzug, Art. Promenade, feinste Ausführung . . Stück	335
Kinder-Anzug, Art. Sport, extra elegant Stück	435
Kinder-Anzug, Art. Bad, reine Wolle, das allerfeinste . . Stück	535
Kinder-Hosen, Stück	57 Pf., 68 Pf., 75 Pf., 125 M.

Wir bitten genau auf die Firma

Blitz

Vor Täuschung wird gewarnt.

9 Rosenthaler Straße 9

Ecke Auguststraße.

80 Chausseestraße 80

137 Gr. Frankfurter Straße 137

zwischen Koppen- u. Fruchtstraße,
Choucs Industrie-Palast.

Dr. med. Ad. Schlesinger,
pr. Naturarzt und

Magnetopath

wohnt jetzt 29619/5*
Belle-Alliancestr. 5
nahe Hallesches Tor (Spr. 11-2, 5-7)
Mitglied des Vereins
der freigewählten Kassenärzte.

Die von mir am 16. Februar 1905
in der öffentlichen Volksversammlung
im Rathhaus zu Köpenick gebrauchten
belebenden Neuheiten gegen die
Kopfschmerzen nehme ich mit
Bedauern zurück.
Ich erkläre, daß diese Neuheiten
jeder tatsächlichen Unterlage ent-
behren.
Frau Ließ zu Berlin.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 263, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Stempel-Fabrik
von (8252)*
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142,
liefert schnell und
Sittig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.
Sautschal-Typen „Perfekt“
zum Zusammenlegen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1.50 Mkr. an.

Ältestes konz.

Leihhaus

Charlottenburg,
Wilmsdorferstr. 40 I.
Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer,
Gelegenheitskäufe in Brillanten,
Uhren, Gold- u. Silbersachen. [329L]*

Empfehle garantiert unberührten,
sehr wohlbedimmlichen Rotwein zu
48 Pf. p. Rtr. I. Rah von 35 Rtr.
od. 50 Pf. mit Flasche a ca. 7/8 Rtr.
u. 25 Pf. an geg. Nachn. Probe o.
12 Pf. 55 Pf. p. Pf. Preisliste frei.
Carl Th. Oehmen, Klobenz a. Rhein 728.
Gründer Rotweinerl in and. Städten.

Nur 5 Tage!

Dienstag, den 24. April
Mittwoch, den 25. April
Donnerstag, den 26. April
Freitag, den 27. April
Sonnabend, den 28. April

stellen wir mehrere Posten vorjähriger oder nicht ganz moderner, wie auch mit kleinen
Mängeln behafteter Herren- und Knabenkleidungsstücke zu **stark herabgesetzten**
Preisen, teilweise für die Hälfte, teilweise für den dritten Teil der bisherigen Preise,
zum Verkauf, selbstredend **nur solange der Vorrat reicht**, da die Ausverkaufspicoen
nicht ergänzt werden können.

Ein Posten Sommer-Paletots, darunter welche, die 30,00 Mkr. gekostet haben, jetzt . . . Mkr.	6.00, 9.00, 12.00
Ein Posten Jackett-Anzüge Mkr.	9.00 u. 12.00
Ein Posten Rock-Anzüge, schwarz und farbig, darunter Pracht-exemplare Mkr.	15.00 u. 16.00
Ein Posten Radfahr-Anzüge Mkr.	8.00
Ein Posten Geh-Röcke (dunkelgrau Marengo) Mkr.	9.00 u. 12.00
Ein Posten einzelne Röcke, schwarz, früherer Preise 15-20 Mkr., jetzt durchschnittlich Mkr.	6.00
Ein Posten Herren-Jacketts Mkr.	5.00 u. 7.00
Ein Posten Jünglings-Anzüge, kleinere Nummern Mkr.	8.00
Ein Posten Knaben-Anzüge für Knaben bis zu 7 Jahren Mkr.	4.50
Ein großer Posten Hausjoppen für Herren aus Sommerloden . . . Mkr.	2.00
Ein Posten Hosen und Westen für die Hälfte und für den dritten Teil der bisherigen Preise.	

In regulären Sachen sind unsere Lager bestens sortiert und führen wir
Anzüge u. Paletots sowie Knabensachen vom billigsten bis zum feinsten Genre.

Wir bitten, dem Verkäufer ausdrücklich zu sagen, wenn zurückges. Sachen verlangt werden.

Heitinger & Co.,
Berlin SO. Oranienstr. 40/41.
Deutsche Compagnie. □ □ □

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Laden. Lindenstr. 69 Laden.

- **Heber Erdbeben**
und Ausbrüche des Vesuv
ist das Wissenswerteste enthalten in:
**Bölsche, Entwickelungs-
geschichte der Natur.** R. 15.—
• **Bommell, Geschichte der Erde.**
Reich illustriert
in Grachtband R. 5.—
Helderich, Die Erde. Reich
illust. (anfalt R. 20.—) R. 8.—
**Köhler, Die Wunder des
Kosmos.** Reich illustriert.
Gebunden R. 5.—
**Meyer, Die Entstehung der
Erde und des Irdischen.** Reich
illust. Gebunden R. 7.50
— **Der Untergang der Erde und
die kosmischen Katastrophen.**
Reich illust. Gebunden R. 7.50
— **Von St. Pierre bis Karisbad.**
Gebunden R. 8.50
**Pfaff, Die vulkanischen Erschei-
nungen.** Reich illustriert.
Gebunden (anfalt R. 4) R. 1.—
**Zimmermann, Die Wunder
der Irwelt.** Reich illustriert
(anfalt R. 9.—) R. 5.—

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuzeit. Katalog
m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. ufr.
L. Vager, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 100

Nur Qualität!
Spre-Blume-
Zigaretten
H. Preuß, Zigarettenfabrik „Spre-Blume“
Berlin N. 28, Schweinshäuserstr. 66 I.
Telephon: Amt III. 6919.

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.

Nicht zu vergleichen
mit Abzahlungs-Geschäften
welche auch Konfektion
führen. 85L*

Extra-Abteilung
verliehen gewesener
Möbel
wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!
Kein Abzahlungs-Waren-
haus, sondern nur
Spezial Möbelgeschäft.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Nach beendeteter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
enorm
billig
Staub-
mäntel
Capes
Jacketts
Havelocs
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-
Paletots
Robert Baumgarten,
Hausvogtel-Platz 11, II. Etage
(an der Jerusalemstraße).
Bei Vorzeigung
dieses Inserats an der Kasse
werden
= 5 Proz. Rabatt vergütet =
Auch Sonntags geöffnet!

Arbeiter, Parteigenossen! Die Arbeitsruhe ist die würdigste Form der Maifeier!

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Parteigenossen! Heute abend 8 Uhr findet bei E. Uhl, Weiningerstr. 8, die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: „Der politische Massenstreik“. Referent: Genosse W. D. a. u. e. l. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Der Antrag Steuernmann. — Die Mitgliedsbücher sind vorzulegen. Der Vorstand.

Rixdorf. Heute, Dienstag, 8 1/2 Uhr, im Lokale von Döbel, Bergstraße 151/52, ordentliche Generalversammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen geboten. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Kofenstr. 3, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber (siehe Sonntagsnummer des „Vorwärts“) erwarten wir ein volles Haus. Der Vorstand.

Zehlendorf. Heute abend 8 Uhr findet im Lokale von Benno Michl, Potsdamerstr. 25, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Da die Tagesordnung eine sehr reichhaltige ist, werden die Genossen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Friedrichshelde. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale des Herrn F. Haberland, Wilhelmstr. 88, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Gerhard Hildebrand über: „Sozialdemokratie und Kirche“. 2. Maifeierfrage. Frauen und Gäste willkommen. Mitglieder werden aufgenommen.

Pankow. Laut Beschluß der Versammlung vom 28. v. Mts. finden die Mitgliederversammlungen des Wahlvereins nicht mehr am Mittwoch, sondern am letzten Dienstag im Monat statt. Nächste Versammlung heute abend 8 1/2 Uhr bei Koch, Kreuzstraße 3/4. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul John über: „Die Mai-Dee“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Tagesordnung fordern wir die Genossen, auch die aus den entfernteren Bezirken, auf, sich sämtlich einzufinden und nachborn und Bekannte als Gäste mitzubringen. Der Vorstand.

Possen. Am Mittwoch, den 23. April, abends 9 Uhr, findet bei Schimle unsere Generalversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es unbedingt Pflicht jedes Genossen, pünktlich zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Wohltätigkeits-Sammlungen.

Sammlungen für wohltätige Zwecke sind bei uns etwas Alltägliches und sie beziehen sich auf die verschiedensten Unternehmungen. Und weil seit Eröffnung der Ausstellung für Säuglingspflege in den besitzenden Kreisen bekannt geworden ist, daß die Kaiserin dem Säuglings- und Kinderschutz ein erhöhtes Interesse entgegenbringe, so wollen auch diese Kreise ein gleiches Interesse bekunden. Nicht etwa, daß Staat oder Gemeinde diese gesellschaftlichen Pflichten erfüllen, nein, das überläßt man der Privatwohlthätigkeit. Es sind infolge dessen auch in letzter Zeit Stiftungen zu diesem Zweck geradezu aus der Erde gewachsen, man hatte auf einmal sein wohltätiges Herz wieder entdeckt, mancher vermutlich deshalb, weil es ihm nach einem Bändchen im Knopfloch gelüftete. Mag aber bei dem Wohlthun eine Absicht obwalten, welche da wolle, an sich ist gegen die Sache nichts einzuwenden.

Da hat sich beispielsweise ein Deutscher Verein für Kinderasyle aufgetan. Seit vier Jahren gehört ihm das in Schöneberg, Martin Lutherstraße 55, belegene Kinderasyl. Dieser Verein sucht nun ebenfalls auf dem Wege der öffentlichen Sammlungen Mittel zur Erweiterung seiner Anstalt zu erlangen. Eine sogenannte Hauskollekte wird veranstaltet und auch alle nötigen Vorbereitungen werden dazu getroffen. Der Oberpräsident genehmigte dieselbe, der Polizeipräsident unterstempelt sie, und nachdem alles in Ordnung gebracht ist, kann das Sammeln beginnen. Das machen sich aber die Wohltäter recht einfach und geschäftsmäßig: mit dieser Sammeltätigkeit wird die Paketfahrtgesellschaft beauftragt, die wiederum die Hausbesitzer in Anspruch nimmt. Und damit sich Hauswirte, Verwalter oder Portiers Mühe geben, recht viel zu sammeln, liegt bei jeder Sammeliste ein Zettel folgenden Inhalts:

P. P.

Wir bitten, sich von dem Erlös 10 Proz. für Ihre Bemühungen abzugeben.

Berliner Paketfahrt-Gesellschaft

Stärke u. Co.

..... M. Pf.

Provision erhalten

Name

Verwalter, Portier

Straße und Nr.

Die Provisionsgewährung soll jedenfalls die Sammler antreiben, in ihrem Hause recht eifrig zu sammeln, denn je reichlicher das Ergebnis, desto höher ist auch der Prozentsatz, den der betreffende Verwalter oder Portier erhält. Finden sich in dem betreffenden Hause einige Wohltäter, die einmal etwas tiefer in den Beutel greifen und eine namhafte Summe zeichnen, so dürfte in diesen Fällen die Provision eine ganz respectable Höhe erreichen. Vielfach liegt aber die Sache so, daß diejenigen, die eine größere Summe hergeben, dies direkt an die Vereinsstelle senden, schon deshalb, um ihren Namen in dem gedruckt herausgegebenen Jahresbericht glänzen zu sehen. Immerhin aber bleiben noch genug Leute übrig, die für solche Zwecke Gelder auf die Hauslisten zeichnen. Ob sie aber dies tun würden, wenn ihnen bekannt wäre, daß die Gelder nicht unverkürzt ihrem Zwecke zufließen, ist noch eine große Frage. Natürlich ist diese Art der Wohltätigkeits-Sammlung für die Veranstalter recht mühelos; sie unterzeichnen einfach die großen Aufrufe, brauchen sich im übrigen um nichts zu kümmern und gelten doch als große Wohltäter.

Arbeitern gegenüber verfährt man bei Sammlungen anders. Wenn es da gilt, für im Kampf stehende Kollegen zu sammeln, so verweigert man ihnen nicht nur sündig eine Genehmigung zu einer Hauskollekte, sondern macht ihnen mit den Sammlungen für ihre notleidenden Kameraden auch sonst

die größten Schwierigkeiten. Und dabei werden die Ergebnisse dieser Sammlungen unberührt ihrem Zwecke zugeführt. Es ist eben ein großer Unterschied zwischen den Sammlungen, die Arbeiter veranstalten, und denen, die von Wohltätigkeitsvereinen veranstaltet werden. Hier die größte Opferwilligkeit um der Sache willen, dort schöne Redensarten, ohne sich persönlich bemühen zu brauchen.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Magistratsvorlage betreffend die Erörterung der Beamtengehälter setzte gestern seine Beratungen fort. Die Verhandlungen nahmen infolge der vielen Petitionen einen schleppenden Verlauf. Änderungen an der Magistratsvorlage wurden nur auf Antrag Singer und Genossen bei den Straßensanierungsarbeiten beschlossen, und zwar das Anfangsgehalt auf 1800 M. und in sechs Steigerungen nach 15 Jahren auf 2500 M. festzusetzen; außerdem den Magistrat zu ersuchen, diesen Beamten, periodisch wiederkehrend, einen ganzen freien Tag zu gewähren.

Zu Beginn des neuen Schuljahres 1906/07, der für die höheren Schulen auf den 24. April gelegt worden ist, eröffnet die Stadtgemeinde Berlin drei neue höhere Schulen, in der Chorinerstraße eine Oberrealschule, in der Fürbringerstraße ein Mädchen-Realgymnasium und in der Panstraße eine höhere Mädchenschule. Hierdurch steigt die Zahl der Oberrealschulen der Stadt auf drei und die der städtischen höheren Mädchenschulen auf sieben, während das Mädchen-Realgymnasium das erste für Berlin ist. Die Zahl aller von der Stadtgemeinde errichteten und unterhaltenen höheren Lehranstalten für Jünglinge beider Geschlechter, also der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen, sowie der höheren Mädchenschulen, stellt sich nun auf 29 (darunter 11 Gymnasien, 7 Realgymnasien usw.), wozu noch 14 Realschulen kommen. Der Staat hat in Berlin 7 höhere Schulen für Jünglinge beider Geschlechter (4 Gymnasien, 1 Realgymnasium und 2 höhere Mädchenschulen).

Pflichtige Eile im Waisenhaus. Unser Artikel „Waisenvollege und Familienzugehörigkeit“ (in Nr. 90 vom 19. April) hat eine sonderbare Wirkung gehabt. Was in dem von uns geschilderten Fall an schuldiger Rücksicht auf die Familie der zeitweilig in Waisenvollege gekommenen Kinder verkannt worden war, das ist nun ganz unerwartet nachgeholt worden. Dem Vater des Kindes, das aus dem Waisenhaus an der Alten Jakobstraße wegen schwerer Erkrankung nach dem Waisenlazarett in Himmelsburg geschafft worden und dort gestorben war, ist jetzt — erst jetzt! — ein Brief der Verwaltungsdirektion des Waisenhauses zugegangen, der die unterbliebene Benachrichtigung, daß das Kind erkrankt und nach Himmelsburg gebracht worden sei, nach nachliefert. Die Nachricht ist natürlich jetzt ohne Wert, da das Kind ja längst im Lazarett gestorben und der Erde übergeben ist. Der Brief ist datiert vom 8. April und meldet, daß das Kind „heute“ (also am 8. April) an das Lazarett in Himmelsburg überwiesen worden sei. Der Poststempel dagegen, den das Kuvert trägt, zeigt das Datum „20. April“. Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Ist da am Ende der Brief auf dem Post verunreinigt worden und hat siebzehn Tage in irgend einem Winkel gelegen, ehe er weiterbefördert und dem Adressaten zugestellt wurde? Zunächst kamen auch wir auf die Vermutung. Aber bei genauerem Zusehen entdeckten wir, daß da, wo die Briefmarke klebte, ursprünglich der Stempel des „Zentralbureau“ des Magistrats aufgedrückt worden war. An das Zentralbureau gelangen die Sendungen, die durch eigene Boten ausgetragen werden sollen. Auch dieser Brief war zunächst an das Zentralbureau gelangt, und dann erst hatte man ihn der Post zur Beförderung übergeben. Wir waren wenigstens einmal zu sehen, an welchem Tage denn der vom 8. April datierte Brief durch das Zentralbureau gewandert sei. Vorichtig läßt man die Briefmarke ab, und — siehe da! — auch der darunter zum Vorschein kommende Stempel des Zentralbureau zeigte das Datum „20. April“. Wirklich, nicht wahr? Also am 8. April brachte man das Kind nach dem Lazarett in Himmelsburg, ohne daß die Eltern, die in Berlin wohnen und deren Adresse dem Waisenhaus bekannt war, eine Nachricht erhielten. Am 10. April starb das Kind in Himmelsburg, ohne daß die ahnungslosen Eltern es noch einmal besuch und gesehen hätten. Am 11. April sandte das Waisenhaus den Eltern die Todesnachricht, die auch richtig ankam. Am 14. April wurde das Kind beerdigt in Gegenwart der Eltern, die über den Zeitpunkt der Beerdigung sich persönlich in Himmelsburg hatten Auskunft holen müssen. Hinterher teilten die Eltern den Sachverhalt uns mit, worauf wir am 19. April unseren Artikel veröffentlichten, der die hier zutage getretene Rücksichtslosigkeit rügte. Und zum Schluß gelangt am 20. April — wohlgerne am 20. April! — an das Zentralbureau des Magistrats die bis dahin ausgeliebene Nachricht über die Erkrankung, ausgestattet mit dem Datum des 8. April — wohlgerne: des 8. April! Da ist wirklich „jeder Kommentar überflüssig“.

Die Lieferung von Pflanzen für den Unterricht in der Botanik beginnt in den Schulen der Stadt Berlin mit dieser Woche. Die Pflanzen der ersten Woche sind die bekannten Frühlingsgewächse, für alle Schulen Epiphyllum, Viole, Birnbaum, Spazie, Tulpe, Gänsefuß, für die höheren Schulen außerdem noch Aderschwartzel, Mahonie, gemeine Marbe.

Der Hauptblüten Sonntag in Werder. Das Blütenstädtchen Werder, die „Obstammer Berlins“, stand unter dem Zeichen seines goldenen Sonntags. Wenn auch am Nachmittag düstere Wolken den Himmel trübten, so war der Besuch dadurch keineswegs so sehr beeinträchtigt, als die Werderaner befürchtet hatten. Am Vormittag behandelte die Besucher hauptsächlich aus Radfahrern und Automobilisten. In der frühen Vormittagsstunde bildeten sich auf der Potsdamer Chaussee förmliche Ketten von Radlern, auch die sehr planmäßigen sowie die Extrajüge brachten bereits vormittags viele Tausende nach der Blütenstadt. Nachmittags erhöhte sich der Verkehr von Stunde zu Stunde. Die Besucher kamen auch voll auf ihre Kosten. Die Baumblüte stand am Sonntag in herrlichster Pracht. Sämtliche Kirchgänge, welche in überwiegender Mehrzahl vorhanden sind, wiesen ihre schneeweißen Blüten auf. Die rote Blüte der Pfirsiche gab gleichfalls einen prächtigen Anblick. Die Blüte der Kiefer und Birnbäume wird sich erst im Laufe dieser Woche entwickeln. Nach Ansicht der Obstzüchter steht in diesem Jahre eine äußerst günstige Obsternie bevor. Der süßige Obstwein hatte auch am Sonntag wieder seine Wirkung getan. Die meisten Radfahrer zogen es vor, samt ihrer Maschine auf dem weit sichereren Wege der Eisenbahn heimzufahren. Der kommende Sonntag ist der letzte Blüten Sonntag für dieses Jahr.

Ein nobler Arbeiter. Im „Gemeindeblatt“ wird folgende öffentliche Zustellung veröffentlicht: „Der Reisende Gustav Brombeck zu Rixdorf, Oststraße 31, klagt gegen den Kaufmann Edmund Grotzmann, zuletzt in Rixdorf, Weichselstraße 83 wohnhaft, zurzeit unbekannt Aufenthalts, wegen rückständigen Gehalts für die Monate Januar, Februar und März 1906 mit dem Antrage, den Beklagten kostenpflichtig zu verurteilen, an ihn 300 M. abzüglich eines Vorauschusses von 40 M., also 260 M. zu zahlen und das Urteil für vorläufig vollstreckt zu erklären. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits ist ein Termin auf den 9. Juni 1906, vormittags 9 1/2 Uhr, vor der Kammer II des Kaufmannsgerichts zu

Berlin, Zimmerstraße 90/91 III Treppen, Zimmer 30, anberaumt. Zu diesem Termin wird der Beklagte hiermit vorgeladen.“

Die Untersuchungen wegen des Verkaufes alter Militärgewehre ziehen immer weitere Kreise. Beteiligte, die bereits verhaftet sind, fangen an, auch ihre Hintermänner zu nennen. Neuerdings wurde daraufhin auch ein Leutnant in Spandau in Untersuchungshaft genommen. In der Chausseestraße wurden vor einigen Tagen ganze Kisten voll Gewehrschlösser gefunden. Ein Arbeiter D., der in den Rüstwerkstätten in Spandau beschäftigt war, sich hier aber Wäscheputzer nannte und in der Saarnhorststraße wohnte, hatte kurz vor seiner Verhaftung die alten Schlösser vom Gewehr Model 71 in Kisten verpackt und durch einen Fuhrmann mit sechs Arbeitern nach einem eigens dazu gemieteten Keller in der Chausseestraße bringen lassen. Die ganze Wagenladung wurde hier beschlagnahmt. Auch Munition und alle Säbel wurden im Keller gefunden und mit Beschlag belegt. In dem Hause, wo der verhaftete D. wohnte, fand man vorgestern noch 40 vollständige Gewehre. Die alten Gewehre wurden vor langer Zeit ohne die Schlösser verkauft. Diese sollten vernichtet werden, gelangten aber auf Umwegen durch ungetreue Arbeiter und Angestellte der Militärverwaltung doch in den Handel und wurden in die Gewehre wieder eingefügt. Seine Niederlage in der Chausseestraße hatte D., der schon seit acht Wochen in Untersuchungshaft sitzt, immer noch verheimlicht. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei führten aber zur Ermittlung eines Fuhrmannes, der die Ueberführung von der Saarnhorststraße nach der Chausseestraße befohlen hatte. Zur Verpackung hatte D. Kisten in Spielwarengeschäften gekauft, um den Fuhrmann und seine Leute und den Hauswirt über den Inhalt zu täuschen. Die Kriminalpolizei besah die beschlagnahmten Sachen am Fundorte, besiegelte aber den Keller. Es ist festgestellt, daß andere Besitzer unredlich erworbener alter Gewehre jetzt versuchen, den sie besitzenden Besitz nach dem Auslande abzugeben. Auch mit Erfolg. So erhielten die Behörden erst kürzlich Kenntnis von einem solchen Transport nach der belgischen Grenze zu. Man versuchte noch, ihn anzuhalten. Die telegraphische Benachrichtigung kam aber schon zu spät, die Sendung hatte die Grenze bereits überschritten.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich Sonntagabend an der Corneliusstraße ereignet. Als der 19-jährige Arbeiter Franz Werner, Spenerstr. 19 wohnhaft, an der genannten Stelle den Fuhrmann des Wers überschritt, wurde er von hinten von dem Droschkenautomobil Nr. 9131 angefahren, zu Boden gerissen und etwa dreißig Meter weit mitgeschleppert. Er hatte schwere Unterschenkelverletzungen und andere erhebliche Verletzungen erlitten. Er wurde nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht.

Die Tragödie einer Zwölfjährigen. Die Chronik der Kindesmorde ist um ein tragisches Beispiel reicher. Die 12 1/2-jährige Schülerin Elisabeth S., deren Eltern in der Gitschinerstr. 17 wohnen, hatte ihren Angehörigen schon vielummer bereitet. Trotz ihrer großen Jugend verkehrte die S. bereits mit einem 21-jährigen Menschen. Natürlich wollten die Eltern davon nichts wissen und sie verboten ihrem Kinde auf das strengste, niemals wieder mit dem jungen Mann zusammenzutreffen. Vor acht Tagen verschwand das Mädchen plötzlich. Vergeblich forschten die Eltern nach ihrem Kinde. Gestern abend traf die Mutter zufällig ihre Tochter in der Nähe des neuen kaiserlichen Patentamtes. In der Begleitung des Mädchens befand sich auch der junge Mann. Als das Kind die Mutter erblickt hatte, lief es davon und eilte nach dem Elternhause. Sie betrat jedoch nicht die Wohnung, sondern lief nach dem Boden hinaus. Sie wußte, daß dort Chantall, das ein ehemaliger Mieter juristisch hatte, lagerte. Ehe die Mutter hinzukommen konnte, hatte die Kleine das Gift genommen, war damit nach der Wohnung hinuntergefallen und nahm es dort zu sich. Bewußtlos fand dann Frau U. ihre Tochter auf dem Fußboden liegend vor. Es wurde sofort ein Arzt hinzugerufen, doch vermochte er nur den eingetretenen Tod festzustellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. Der junge Mann, welcher angeblich mit dem Mädchen unzüchtlichen Umgang gepflogen haben soll, war früher bei der S. Familie als Schlafburche gewesen.

Ans der Selbstmordchronik. Einen traurigen Abschluß hat das Verlöbnis zwischen einer hiesigen Oberschwester und einem Zahnarzt aus der Provinz gefunden. Die in einer Privatklinik in der Potsdamerstraße tätig gewesene Oberschwester Emma B. hatte sich in den Zahnarzt D., dessen Schwester gleichfalls Krankenpflegerin ist, verliebt und aus dem Verhältnis zwischen den Beiden entstand schließlich ein Verlöbnis. Gestern traf unerwartet von D. ein Schreiben ein, in welchem er der Oberschwester mitteilte, doch er das Verlöbnis aufgeben müsse. Hl. B. geriet über diese Nachricht in solch verzweifelte Stimmung, daß sie aus dem Leben zu scheiden beschloß. Sie spritzte sich ein großes Quantum Morphium ein und wollte dann noch die in der Nähe wohnende Schwester des Zahnarztes aufsuchen. Kaum hatte sie jedoch die Straße betreten, so brach sie bewußtlos zusammen und wurde von einem Schuttmann nach der Unfallstation XX und von dort in äußerst bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. —

Ebenfalls wegen Liebeskummer hat sich die 27-jährige Emma St. das Leben genommen. Das junge Mädchen, welches in der Poststraße 40 wohnte, vergiftete sich in der vergangenen Nacht mit Zhol. —

Auch die in der Fruchtstraße 29 wohnhafte Vertha B. nahm in der Verzweiflung ihre Zuflucht zu dem Mordgift. Die Leiden der beiden letztgenannten Lebensmüden wurden nach dem Schauhaufe gebracht.

Auf einen Kindesmord läßt ein Leichenfund schließen, welcher in der Oderstr. 2 gemacht wurde. Arbeiter entdeckten dort auf einem Bauplatz die Leiche eines männlichen Säuglings. Das tote Kind ist vermutlich von der Straße aus über den Zaun nach dem Bauplatz geworfen worden. Ob der Knabe eines gewaltsamen Todes gestorben ist, dürfte die gerichtliche Obduktion ergeben.

Ein seltsamer Todesfall beschäftigt seit Sonntagnacht die Polizeibehörde. Sonntagsabend gegen 1/10 Uhr lieferten zwei Männer auf der Unfallstation VIII am Grünen Weg einen Toten ein, dessen Personalien bis heute noch nicht festgestellt werden konnten. Seitens des Arztes konnte eine bestimmte Todesursache nicht konstatiert werden, doch hat es den Anschein, als ob sie auf einen Schädelbruch zurückzuführen sei. Kaum hatten die beiden Männer den Fremden abgeliefert, so entfernten sie sich wieder eilig. Es wurde nun die Polizei benachrichtigt, welche die Leiche beschlagnahmte und zur Obduktion nach dem Schauhaufe bringen ließ. Die beiden Männer wurden in den Personen des Konrad R. aus der Kopenstraße 97 und des Julius J. aus der Langestraße 87 festgesetzt. Nach ihren Angaben fanden sie den unbekanntem Mann, jedenfalls einen Kettler, auf dem Boden des Hauses Kopenstraße 97 schlafend vor und als sie ihn entfernen wollten, zeigte er sich widerpenig. Der Fremde, welcher angetrunken schien, schlug, als er sich erheben wollte, mit dem Kopfe auf den Treppenaufgang, wodurch der Schädelbruch angeblich herbeigeführt wurde. Die polizeilichen Ermittlungen dürften ergeben, ob der Tod durch dritte Hand herbeigeführt worden ist.

Zwei Boote mit neun Personen keuerten Sonntagmorgen auf dem Müggelsee in der Nähe von Rixdorf. Die beiden Fahrzeuge durchkreuzten, von der Spreemündung kommend, die Kleine

Mügel, als das größte Boot, in welchem sich fünf junge Leute befanden, plötzlich von hochgehenden Wellen erfasst und umgeworfen wurde. Die Insassen des zweiten Bootes versuchten den Bergungsläden Hilfe zu leisten, wobei auch dieses Fahrzeug infolge zu großer einseitiger Belastung kenterte und alle neun Ruderer gerieten nunmehr in ernste Lebensgefahr. Der Unglücksfall war sowohl von den Mannschaften der Rettungsstation, als auch von Schiffen in Rahnshorf beobachtet worden, welche mit mehreren Booten zu Hilfe eilten. Es gelang auch, die sämtlichen mit den Wellen kämpfenden zu retten und nach Rahnshorf zu bringen. Das kühle Sturzbad scheint aber den leichtsinnigen jungen Leuten keine genügende Lehre gegeben zu haben, denn als einer der Schiffer auf die Fahrlässigkeit hinwies, mit welcher die Ruderer ihr Leben auf das Spiel gesetzt hatten, antwortete ihm einer der Geretteten: „Das geht Sie gar nichts an.“

Von einer „Ausweisung“ durch den Oberbürgermeister erzählt man sich in den Kreisen der städtischen Beamten nachstehendes wohlverbürgtes Geschichtchen. Eine Kategorie städtischer Beamten, denen auch diesmal wieder keine Gehaltsaufbesserung bewilligt worden war, beantragte zwei Kollegen damit, ihre Wünsche einem einflussreichen Mitgliede des Stadtsauschusses zu unterbreiten. Die Delegierten trafen das Ausschussmitglied nicht zu Hause und wollten es, da die Zeit drängte, im Rathaus aufsuchen. Sie hatten aber die Rechnung ohne Oberbürgermeister Rechner gemacht. Er stand plötzlich in der Garderobe vor ihnen und sagte, als er von ihrem Begehren Kenntnis erhielt, mitleidlich: „Die Herren vom Ausschuss haben sich beschwert, daß sie durch Sie belästigt werden. Ich veranlasse Sie, sofort das Rathaus zu verlassen!“ Die Berliner Beamten-„Zeitung“, der wir diese Mitteilung entnehmen, bemerkt dazu: „Zum mindesten hätte der Herr Oberbürgermeister sich nicht dazu bereiten lassen sollen, Herren, die als städtische Bürger und städtische Beamte ein gutes Recht darauf haben, in persönlichen Angelegenheiten im Rathaus zu weilen, in so schroffer Weise hinauszuweisen. So sollte der erste Beamte der Stadt auch nachgeordneten Beamten gegenüber nicht handeln.“

Aufgehängt hat sich der Maler Klimatscha, Kopenhagenerstr. 33. Klimatscha gehört zu denjenigen, die sich in der Osterwoche ihren in der Lohnbewegung befindlichen Kollegen nicht anschließen und arbeiten. Auf dem Bau hatte er ein Veit, in dem er hin und wieder schlief, jedenfalls war er sich seiner unsolidarischen Handlungsweise bewußt. Er, der sonst einen ganz guten Verdienst erzielte, konnte aber kein Geld leiden. Sobald er solches bekam, war es auch bald wieder weg. Seine Frau machte infolge dessen vor kurzem den Versuch, sich aus Verzweiflung mit Gas zu vergiften, sie liegt jetzt im Krankenhaus schwer darnieder. Klimatscha hatte am Osterfestabend einen erheblichen Betrag ausgezahlt erhalten, ihn aber bald wieder verjubelt, so daß er sich bereits am 2. Feiertag früh von seiner Wirtin 3 M. leihen mußte. Am dritten Feiertag kam er nicht zur Arbeit, auch an den folgenden Tagen nicht, bis endlich ein Arbeiter sich nach ihm erkundigen mußte. Dabei ergab sich, daß Kl. sich in seiner Stube aufgehängt hatte und schon seit dem 2. Feiertag in seiner Stube hing. Seine Wirtin hatte nicht nach ihm gesehen, weil sie glaubte, er schliefe wieder auf dem Bau.

Von einer Drohke überfahren und schwer verletzt wurde gestern die 53jährige Regina Anlat aus der Steinterrasse 46. In der Nähe des Eisenhauses wollte die Kleine den Fahrdamm überschreiten, sie lief dabei einem Omnibus entgegen und als sie diesem auswich, rammte sie in eine Drohke hinein und wurde überfahren. Schwer verletzt brachte man das Mädchen nach dem städtischen Kinderkrankenhaus in der Reinholdenstraße.

Wer ist der Tote? Am 13. d. Mt. wurde im Mühlental in Tegele die Leiche eines unbekanntens circa 35-40jährigen Mannes aufgefunden. Der Ertrunkene ist circa 1,55 Meter groß, von unterlegter Gestalt, hat dunkles Haar, hohe Stirn, dunkle Augenbrauen, blaue Augen, stumpfe Nase, keinen Anflug von dunkeltem Schmutz und sogenannte Koteletten, defekte Zähne und rundes Kinn. Bekleidet ist die Leiche mit dunkelblauem Cheviotanzug, grauen Unterhosen, grauen Strümpfen, brauner Jagdweste, grauwollener Unterjacke, graugestreiftem Hosiery, braunrotgestreiftem Vordrehhemd, Schmalenstiefeln, dunklem Stoffhemd und dunklem Filzhut. Befragte Personen wollen sich im Amtsbureau Tegele melden. 2001 IV. 48. 06.

Bei einer Gasexplosion schwer zu Schaden gekommen ist gestern nachmittag in der Jägerstraße 61a der 20jährige Bauarbeiter Max Kallies aus der Gartenstraße 65. Der Mann war in dem bezeichneten Hause damit beschäftigt, eine schadhaft gewordene Gasleitung abzulecken, als plötzlich eine Explosion erfolgte. Er wurde zurückgeschleudert und von den Stichflammen erfasst, so daß er schwerste Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitt. Nachdem ihm auf der Unfallstation in der Kronenstraße die erste Hilfe zuteil geworden war, mußte er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden.

Zeugenschaft. Der Drohkenführer, der am 29. Oktober, gegen Mittag, gesehen hat, wie in Alt-Moabit, gegenüber der Spenerstraße, eine Frau von einem Automobil überfahren wurde, wird gebeten, seine Adresse bei Wilhelm, Eisenaustraße 8, Hof, rechts, IV., abzugeben.

Radrennen zu Treptow. Der Kölner Peter Günther unternahm am Sonntag einen Angriff auf den von B. Demis mit 68 Kilometer 920 Meter gehaltenen Bahnrekord über 1 Stunde. Günthers Versuch war erfolgreich, denn nach Verlauf einer Stunde hatte er 70 Kilometer 800 Meter zurückgelegt.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Radbrandes wurde am Sonntag die Feuerwehr nach der Chausseest. 2b, am Oranienburgerort gerufen. Die 4. Kompanie mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. In der Thierstraße 36 stand ein Trogelager in Flammen. Später erfolgte ein Alarm nach der Rossenerstr. 9, wo das Berliner Elektrizitätswerk infolge eines Wasserrohrbruchs überschwemmt worden war. Durch Abstellen der Wasserleitung wurde eine weitere Gefahr beseitigt. Gleichzeitig hatte die Wehr einen Kellerbrand in der Wälderstr. 3 zu löschen, wo Polstermaterialien u. a. in Brand geraten waren. Durch Umschalten einer Petroleumlampe kam in einer Wohnung in Königsbergerstr. 37 Feuer aus. Ferner mußte die Wehr noch Wohnungsbrände in der Markgrafenstr. 75, Grünauerstr. 25 und Reichenbergerstr. 140 löschen. In der Albrechtsstr. 10 brannte Stroh auf dem Dache eines Stalles, auf dem Anhalter Güterbahnhof ein mit Preßstoffen beladener Eisenbahnwagen. Außerdem hatte die Wehr noch in der Prusstr. 2, Friedrichstr. 21 unter anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Mauwurfsarbeit.

Seitdem unter Mugdars Führung ein Teil der sich mit einem freisinnigen Air umgebenden, meist von Volkstümlichkeit ihre Existenz zugunsten von Klienteninteressen fristenden Vorstadt-Preise, die Mauwurfsarbeit gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen in ihr Repertoire aufgenommen hat, gehört zu den eifrigsten Wählern die „Volkst.“ für die Kreise Ober- und Nieder-Barnim. Das Wurstblättchen, das sich der Qualifikation als amtliches Organ erfreut, seinen Abonnementstand bei den Interessenten, einigen Grundstücksbesitzern und anderen Interessentengruppen findet, macht eine Spezialität daraus, Krankenkassenverwaltungen, in denen Sozialdemokraten sitzen, herunter zu reißen, sie der Unfähigkeit und Korruption zu beschuldigen. Den Befähigungsnachweis dafür glaubt das Blatt wohl in seiner Vergangenheit zu finden, in der es sich durch mehrfache Manifestationen einen gewissen Respekt zu verschaffen mußte. Weil die Spalten des Organes ein Streben und Schmaragern als Zummelplatz dienen, glaubt es wohl das Recht zu haben, an-

ständige Leute besudeln zu dürfen. Besonders auf die Lichtenberger Ortskrankenkasse hat es das bössartige Tierchen abgesehen. Mit infernalem Haß verspricht es sein Gift speziell gegen den Rentanten, den Genossen Grauer. Den Gipfel der Niedertracht erlittet der Mugdarsche Rachehater mit einem Artikel, in dem der letzte Jahresbericht der Kasse kritisiert wird. Die früher unter freisinniger Ordnungsausschreibung Zeitung misverwaltet Kasse, hat unter der Verwaltung unserer Genossen einen hocherfreulichen Aufschwung genommen. Die Leistungen an die Mitglieder wurden erhöht, die finanzielle Grundlage gesichert und zu der diesmaligen Generalversammlung konnte die Verwaltung durch Anträge auf weitere Erhöhung der Leistung für die Mitglieder angenehm überreden. Das war den Maulwürfen gegen die Selbstverwaltung natürlich fatal, aber kein Hindernis für niederträchtige Verleumdung. Der den Delegierten vorgelegte Rechenschaftsbericht weist trotz einer gegen das Vorjahr um über 30 000 M. erhöhten Ausgabe für ärztliche Behandlung, Heilmittel usw., sowie für Krankenunterstützung und Krankenhauskosten einen Ueberschuß von über 48 000 M. aus. Dies Resultat wurde in der Hauptsache durch Reorganisationen erzielt. Angesichts des für die Verwaltung schmeichelhaften Resultats bringt es das Blättchen fertig, hinterlistig, indem, bei dem Genossen Grauer die Möglichkeit der Unterschlagung von 15 000 M. offen zu lassen. Es gibt dieses von sich:

Im Jahre 1904 sind für 50 000 M. Wertpapiere verkauft und für 104 500 M. Wertpapiere gekauft. Beide Posten sind bei den Einnahmen und Ausgaben in Rechnung gestellt, berühren aber nur zum Teil die Werte, welche durch ordentliche Beiträge vereinnahmt bzw. durch Krankengeld verausgabt sind. Die Einnahmen von 50 000 M. an veräußerten Wertpapieren resultieren nämlich aus Bezügen vergangener Jahre, während sich die Ausgaben an Verkaufslagen von 104 500 M. zusammensetzen aus erstens den wiederverkauften Papieren für 60 000 M. und zweitens aus 44 500 M., die aus den laufenden Einnahmen beglichen sind. Diese 44 500 M. mußten unverkürzt zu dem Betriebsfonds von 20 513,21 M. hinzugezählt werden, um den wahren Ueberschuß des Jahres 1904 zu finden. Dieser beträgt demnach rund 75 013,21 M. Nun zeigt es sich aber, daß im Jahre 1904 nur 39 500 M. an den Reierfonds abgeführt worden sind, mithin nur 39 500 plus 20 513,21 = 60 013,21 M. an Ueberschuß verbucht worden sind. — Die nächste Frage ist die: Wohin hat sich die Differenz von rund 15 000 M. verflüchtigt? Wir nehmen an, daß sie in den 18 000 M. enthalten sind, für welche im Jahre 1905 Wertpapiere angekauft worden sind, müssen aber gestehen, daß sich etwas Bestimmtes hierüber nicht aussagen läßt. Die Rechnungsprüfer haben die Rechnungen geprüft und für richtig befunden, die Aufsichtsbehörde hat bei ihren Revisionen den ordnungsmäßigen Gang der Geschäfte konstatiert, also haben wir keine Veranlassung, weiter nach dem Verbleib (!) der 15 000 M. zu recherchieren. . . .

Dieses Elaborat zeichnet sich mehr durch Vohheit als durch Raffinement aus. Jeder Sextaner findet fälschlich heraus, daß sich der Kassenbestand nach Ausgleich der gesamten Ein- und Ausgaben ergibt, es demnach etwas mehr als frech ist, zwei Posten aus der Jahresrechnung herauszugreifen — Einnahme aus verkauften Wertpapieren und Ausgaben für dieselbe Position — und das Plus hieraus wieder zu dem, sich aus der Gesamtabrechnung ergebenden Kassenbestand zuzugreifen. So dumme auch die Vohheit im vorliegenden Falle, die anderen Maulwürfe gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen werden darüber herfallen und in den nächsten Tagen hat man in der freisinnigen Mugdarspresse wieder Gelegenheit, über die Korruption in den von Sozialdemokraten verwalteten Kassen sich zu entrichten. Der Zweck heiligt ja die Mittel!

In der am Sonntagabend stattgefundenen Generalversammlung der Delegierten kam natürlich die Angelegenheit zur Sprache. Ein Arbeitgebervertreter bemerkte am Geschäftsbericht eine kleine Neuordnung in der Aufstellung. Der Rentant Grauer wies nach, daß die jetzige Aufstellung richtig sei, die früheren den Vorschriften nicht entsprechen habe. Im übrigen wurde noch ein — Fehler (!) konstatiert. In der vergleichenden Zusammenstellung ist in einer Position der vorjährigen Abrechnung ein Fehlbetrag — vielleicht durch Druckfehler — nicht eingestellt. In der Abrechnung pro 1905 war kein Titelchen Tadelnswertes zu finden und auf Antrag des Arbeitgebervertreters wurde dem Rentanten einstimmig Decharge erteilt.

Auf Anfragen aus der Versammlung bemerkte Genosse Grauer, er habe absichtlich nicht sofort eine Erläuterung zu dem Bericht gegeben, er wolle er den Delegierten überlassen, sich zu den von der „Volkst.“ gegebenen Herrbild zu äußern. Er sei ja vieles gewohnt; nach den Proben, die das Blatt schon ablegte in personlicher Begeisterung, habe er dem Organ tolle Sachen zugetraut, aber doch nicht eine solche niederträchtige Verleumdung. Leichtfertiger als in diesem Falle sei wohl noch keine Beschuldigung solcher Qualität erhoben worden. Die Gemeinheit liege darin, daß man die Möglichkeit einer Unterschlagung offen läßt. — Aufse: „Pui!“ — das ist die Art, wie Erpressungen ausgelöst werden — (Herr Verfasser wie schmeckt das? A. d. Berichtst.). — Das ist die Vohheit der Revolverpresse! Selbstverständlich werde ich mich nicht herablassen, dem Blatte eine Verächtlichkeit zu schenken, es steht zu tief! — Aufse: „Richtig!“ „Sehr gut!“ — Herr Groß, Arbeitgebervertreter, meinte, wer im öffentlichen Leben stehe, müsse Kritik aushalten, die Angriffe der „Volkst.“ allerdings gingen zu weit. Zu einer schärferen Kritik schwingen sich die Arbeitgeber nicht auf. Dagegen nahm die Verurteilung des Blattes aus den Reihen der Arbeitgebervertreter eine die Kritik des Genossen Grauer weit hinter sich lassende Schärfe an. Und das Urteil wurde unterschrieben durch das einstimmige Votum für den Rentanten.

Es kamen dann noch einige Fälle zur Sprache, zu denen die „Volkst.“ ebenfalls die Veranlassung gegeben hat. Das Blatt hatte behauptet, bei der Anstellung von Beamten seien parteipolitische Erwägungen ausschlaggebend. Einer der angeblich Protegierten ist verstorben, der andere, Genosse Levin, war in der Versammlung anwesend. Ein Vorstandsmittglied gab unter Zustimmung der Arbeitgebervertreter eine Darstellung der Vorgänge. Es ist immer ordnungsmäßig verfahren worden. Genosse Levin z. B. hat sich erst nach wiederholtem Drängen seitens der Arbeitgebervertreter (!) zur Annahme der Stelle bereit erklärt. Die freisinnigen Arbeitgeber hatten ihm dabei ausdrücklich erklärt, man werde für ihn eintreten, falls er in der „Volkst.“ angefleht werde. In der Versammlung mußten sich die Herren Sorgen lassen, daß sie ihr Wort allerdings nicht gehalten haben. Herr Groß entschuldigte die Unterlassung, man wolle sich als Vorstandsmittglieder der Kasse nicht um Zeitungskrauel kümmern, das könne schließlich das Einvernehmen im Zusammenhang, das doch ein gutes sei, nur fördern. — Schön gesagt — aber nicht tapfer. In Lichtenberg ist der Maulwurf nun abgetan, aber der von ihm aufgeworfene Dreckhügel wird noch vielem Ungelesener Futter bieten.

Charlottenburg.

Bei der gestern stattgehabten Stadterordnetenwahl im sechsten Bezirk erhielt der bürgerliche Kandidat 478 Stimmen, unser Genosse Klü 408 Stimmen. Da weitere Kandidaten nicht aufgestellt waren, ist somit der Bürgerliche gewählt.

Das liberale Kartell scheint in die Brüche zu gehen. Während sich bekanntlich bei den letzten Stadterordnetenwahlen die Liberalen aller Richtungen zum gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen, stehen sich bei der am Dienstag für die zweite Abteilung des vierten Bezirks stattfindenden Fragwahl die Freisinnigen und die Nationalliberalen gegenüber. Die Nationalliberalen sind dabei so ehrlich, ihren Kandidaten wenigstens als nationalliberalen zu bezeichnen, während die Freisinnigen ihren Kandidaten zum alleinigen Kandidaten aller Liberalen stempeln. Wir Recht schreibt ein nationalliberales Blatt, daß es nicht das erste Mal ist, daß die Freisinnigen Charlottenburgs unter falscher Flagge segeln. Aber trotzdem werden die Nationalliberalen selbstredend bei allen sich bietenden Gelegenheiten nach wie vor dem Charlottenburger Kommunalfreisinn Gerechtigkeit leisten, mögen sie über dessen „illoyales Gebaren“ augenblicklich auch noch so entrüstet tun. Und Sozialdemokraten kann es gleichgültig sein, wen die

zweite Wählerabteilung zu ihrem Vertreter ernannt, wir begnügen uns damit, diesen Zwist unter den edlen Brüdern zu konstatieren.

Rigdorf.

Den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern beschloß die letzte Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Rigdorf. Auf der Abrechnung vom ersten Quartal stand der Bericht vom Montag zur Tagesordnung; denselben gab Kollege Karle. Die Urabstimmung zur Einlösung der Krankenunterstützung hat folgendes Resultat ergeben: Abgegeben wurden 530 Stimmen, von diesen stimmten 365 für die Einlösung und 165 dagegen, 14 Stimmen waren unglücklich. Des Weiteren wurde der Beschluß gefaßt, den erhöhten Beitrag von 80 Pf. am 1. Mai zu zahlen und am 1. August bereits mit der Zahlung der Unterstufung zu beginnen. Als Delegierter für den Verbandstag wurde Lisch und als Ersatzmann Karle gewählt. Den Delegierten beauftragte die Versammlung, auf dem Verbandstag für die Erhöhung der Gehälter des Hauptvorstandes sowohl wie auch der Gauvorsitzer zu stimmen.

Gemeingefährliche Schützen treiben seit einiger Zeit in Rigdorf ihr Unwesen. Es sind Schußknaben und halbwüchsige Curfchen, welche sich eine Schußwaffe kaufen, um damit allerhand Unfug und Schaden anzurichten. Durch das Treiben der gefährlichen Curfchen schweben die Anwohner oft in größter Lebensgefahr. So wurde kürzlich in das Schlafzimmer des Kaufmanns Schulz, Saalestr. 3, hineingeholt, während sich Frau Sch. am Fenster aufhielt. Sie wurde durch Glasplitter der zertrümmerten Fensterscheiben verletzt, doch brang die Kugel glücklicherweise in die Wand ein. Auch in die Wohnung des Malers Ehler, Thieringerstr. 35, wurde durch unwillige Hand ein Schuß abgegeben. Die Schützen wurden bisher noch nicht ermittelt.

Ober-Schönebeide.

Ueber „Massenfreiheit“ sprach am 18. d. M. Genosse Vorchardt in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die Diskussion hierüber war sehr lebhaft; Genosse Dr. Maurenbrecher wandte sich gegen den Parteivorstand, der, wie er gehofft habe, nach dem 21. Januar andere Schritte hätte unternehmen müssen. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen allgemein zu. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, Genosse Jakobson, die Versammelten, eine rege Agitation dafür zu entfalten, daß am 1. Mai am Ort völlige Arbeitsruhe herrschen möge.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Sokrates“. Sitzung am Mittwoch bei Frau, Warschauerstr. 61. Tagesordnung: Vortrag und Diskussion. Gäste, auch Frauen willkommen.

Vermischtes.

Ein furchtbares Brandunglück hat sich am Sonntagabend in Lorgan ereignet. Es wurden Gebäude der katholischen Pfarrgemeinde, die Kirche, die Pfarrewohnung und die Erziehungsanstalt durch Feuer zerstört. In den Gebäuden wohnten außer dem Pfarrer noch sechs Diakonissen und 24 Jünglinge. Zwei Diakonissen sowie zwei der Kinder fanden den Tod in den Flammen. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht bekannt.

Zum Beswandsbruch und über neue Erdbeben in anderen Teilen Italiens liegen folgende Meldungen vor:

Reapel, 22. April. Professor Matteucci meldet, daß der Beib immer ruhiger werde und die Instrumente des Observatoriums sehr ruhig seien. Wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse sich einstellen, habe er die Absicht, morgen vormittag einen Weg zur Erhebung des Berges zu suchen.

Tarent, 22. April. Gestern abend wurde hier ein leichter Erdstöß verspürt.

Siena, 22. April. Die Bevölkerung der Ortschaft Poggibonsi verbrachte die Nacht infolge des gestrigen Erdbebens auf den Plätzen und den Feldern der Umgebung. Während des gestrigen Tages wurden in Poggibonsi insgesamt sieben Erdstöße verspürt, von denen jedoch nur die ersten ziemlich stark waren. Das Rathaus wurde beschädigt, Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Siena, 22. April. Die Bevölkerung hat sich wieder beruhigt und ist in die Wohnungen zurückgekehrt. Läden und Restaurants sind wieder geöffnet.

Eine Grubenexplosion. Trinidad (Kolorado), 23. April. Durch eine Kohlenstaub-Explosion in dem der Kolorado-Kohlen- und Eisen-Gesellschaft gehörigen Bergwerk sind am Sonntag 22 Arbeiter, meist Indianer und Japaner, getötet.

Ein schwerer Raubfall, welcher in der vorgestrigen Nacht in Strassburg (Aldermark) verübt worden ist, beschäftigt die Polizei in Berlin und den Vororten. Am Sonntagmorgen erlitten bei einer Zimmervermieterin in Strassburg ein unbekannter Mann und mietete ein Zimmer. In der folgenden Nacht schlich sich der Unhold in das Schlafzimmer seiner Wirtin, überfiel, inobele und vergewaltigte sie in der brutalsten Weise. Sodann raubte er die Wohnung aus und entloh mit seiner Beute. Erst am nächsten Morgen wurde die Ueberfallene in ihrer hilflosen Lage entdeckt und befreit. Wie die verfolgten Spuren ergaben, hat sich der gefährliche Räuber nach Berlin gewandt. Er ist etwa 35 Jahre alt, von mittlerer Figur, hat längliches Gesicht, hellblondes Haar, keinen, blonden Schnurrbart und kurzen, unentwickelten Kinnbart. Bekleidet war der Verbrecher mit dunklem Jacketanzug, dunkelbraun gefärbter Weste, schwarzem, steifen Hut und Gummizugstiefeln. Der Flüchtling dürfte jedenfalls versuchen, die geraubte Beute, worunter sich zahlreiche Wertgegenstände befinden, in Berlin zu verlaufen.

Großfeuer. In dem russischen Grenzstädtchen Pilwitski brach gestern ein Brand aus, durch den 80 Gebäude eingestürzt und zahlreiche Familien obdachlos wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gebühren: 7 Hkr. Jeder Anfrage ist ein Vorkauf und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

N. 6. 56. Die Gesellschaft ist im Recht. — N. 11. 35. Nein. — N. 11. 7. In Preußen dürfen Hebammen bei ihrer Anstellung das 30. Lebensjahr nicht überschreiten. Zudem kommt eine Barzeig und eine Ausbildungszeit, die zusammen 3 bis 4 Jahre erfordern. Die Verhältnisse in Oesterreich sind uns nicht bekannt. — C. 2. 100. Nicht Krankenunterstützung, sondern Wöchnerinnenunterstützung ist zu gehören. Der Umfang der Unterstützung ist ohne Einfluß in das Statut nicht mitzuteilen. — T. 3. 66. Frei von der Gewerbesteuer sind Betriebe bis zu 1500 M. Jahresertrag oder 300 M. Anlage- und Betriebskapital. Darüber hinaus wird die Gewerbesteuer in 4 Klassen erhoben. Bei 1500 bis 4000 M. Jahresertrag oder 3000 bis 30 000 M. Anlage- oder Betriebskapital wird eine Jahressteuer von 4 bis 36 M., ein Vierteljahr von 18 M., in Berlin erhoben. — N. 11. 19. 1. Die 75 M. sind keineswegs versch. 2. Wenn Sie am 1. weder zahlen noch hinterlegen, so können nach Ihrem Betrag auf Ermäßigung geltend gemacht werden. — N. 11. 37. 1. Der Steuerhinterläßter Stempelpliktigkeit annehmen. Wegen der Redensarten kann nichts gemacht werden. Sollen Unbilligkeiten vorkommen, so würde der Betrag entsehbend sein. Eventuell könnten Sie auch sich an das Kassationsamt für Preisunterstützungen wenden. — N. 11. 100. Uns nicht erinnerlich. — Wilhelm Lehmann, P. 9. 98 und C. 26. 6. Sind Sie großjährig, so sind Sie an den durch Ihre Unterfertigung vollzogenen Kaufvertrag gebunden, es sei denn, Sie wollen nach, daß der von Ihnen behauptete Betrag vorliegt. Unendlich häufig haben wir dringend davor gewarnt, sich von Reisenden usw. bestimmen zu lassen, irgend ein Schriftstück zu unterschreiben, ohne das Schriftstück genau gelesen, geprüft und abgelesen zu haben. — Schouert. Die Dienstzeit hat 6 Wochen lang für die Auskosten aufzukommen. — Silberbach 17. Leider ist der Vertrag die Maximal gültig. Sie hätten ausdrücklich erklären müssen, daß Sie die Genehmigung zum Vermieten nur bis zum April erteilen. — C. 3. 91. 1. und 2. Ja.

Warenhaus Fr. Pfingst & Co

Direkt an der Zentral-Merkhalle Ecke Neue Friedrichstrasse, 33 Königstrasse 33, Ecke Neue Friedrichstrasse Direkt am Bahnhof Alexander-Platz

Diese Woche kommen

Grosse Gelegenheitsposten enorm billig zum Verkauf

Ein Posten Jackett- u. Bolero-Kostüme

aus den feinsten englischen Stoffen, ganz gefüttert, zum Teil Rock und Jackett auf Seide gearbeitet. Regulärer Wert bis 65.00.

jetzt: Serie I 9.50, Serie II 14.50, Serie III 19.50, Serie IV 28.00.

Ein Posten Schwarze, reinwoll. Jacketts

aus feinsten Rips- und Tuchstoffen, ganz gefüttert. Regulärer Wert bis 36.00.

jetzt: Serie I 2.95, Serie II 4.50, Serie III 6.75, Serie IV 9.75, Serie V 16.00.

Ein Posten

Staubpaletots, Havelocks, Capes

modernste Stoffe und Fassons,

jetzt: Serie I 5.95, Serie II 6.45, Serie III 7.95, Serie IV 8.95, Serie V 12.75.

Ein grosser Posten

Reinwollene Blusen

aus den feinsten englischen Stoffen, in 30 verschiedenen Dessins und Macharten, ganz gefüttert. Regulärer Wert bis 12.00, jetzt nur 3.95

Handschuhe und Strumpfwaren

Damen-Handschuhe, Leinen-Imitation, 2 Druckknöpfe, couleur, schwarz und weiss Paar 38, 48 Pf.

Damen-Halbhandschuhe, 2 Druckknöpfe, couleur und weiss Paar 28, 48 Pf.

Damen-Strümpfe, schwarz, englisch lang, ohne Naht, Doppelferse und Spitze Paar 38 Pf.

Damen-Ringelstrümpfe Paar 33 Pf.

Herrn-Maccosocken, ohne Naht, Doppelferse und Spitze Paar 45 Pf.

Herrn-Schweisssocken, ohne Naht Paar 35 Pf.

Herrn-Ringelsocken Paar 38 Pf.

Kinder-Söckchen, ohne Naht, in allen Farben für 1-3 Jahre, für 4-6 Jahre, für 7-10 Jahre Paar 38 Pf., 48 Pf., 58 Pf.

Seidene Bänder

Ca. 6000 Meter Rips- u. Doublefacebänder, reine Seide, in vielen Farben, Nr. 9, 12, 14, 20, Wert bis 75 Pf., Meter 18 Pf.

Ca. 3000 Meter Messaline-, Rips- u. Libertybänder, reine Seide, in vielen Farben, ca. 10-12 cm breit, Wert bis 1.10, Meter 32 Pf.

Ca. 1000 Meter Taffet-Chinéebänder, reine Seide, ca. 16 cm breit, Wert bis 3.00, Meter 1.65

Ein grosser Posten

Schweizer Wäschestickereien, Coupon = 4.10 Mtr. 95 Pf.

Weiss-Waren

Tüll- u. Spachtelgallons u. Spitzen, Wert bis 4.—, jetzt Meter 45 Pf.

Tüll-, Spachtelgallons und Einsätze, Wert bis 2.50, jetzt Meter 25 Pf.

Valenciennes-Einsätze und Spitzen, Wert bis 75 Pf., jetzt Meter 15 Pf.

Couleurte Chiffonspitzen, Wert bis 1.50, jetzt Meter 8 Pf.

Ein Posten Stickerei, Valenciennes u. Tüllstoffe, Wert bis 2.50, jetzt Meter 95 Pf.

Ein Posten Elegante Valenciennesstoffe, weiss u. ivoire, Wert bis 3.50, jetzt Meter 1.35

Ein Posten Elegante Valenciennesstoffe, neueste Dessins, Wert bis 4.00, jetzt Meter 1.65

Ein Posten Chiffon, in den neuesten Farben, „Gelegenheitskauf“, jetzt Meter 48 Pf.

Vorgezeichnete Handarbeiten

(mit Kreuz- und Stielstichzeichnungen)

Besenvorhang, garniert 1.10

Küchenhandtuch, garniert 98 Pf.

Küchentischdecke, garniert 82 Pf.

Eimerspindeldecke, garniert 52 Pf.

Leitungsschoner, garniert 45 Pf.

Frühstücksbeutel, garniert 35 Pf.

Brotbeutel, garniert 68 Pf.

Badewannendecke, garniert 2.25

Stubenhandtücher 68 Pf.

Küchenhandtücher, mit gew. Borte 45 Pf.

Bestecktaschen, für 12 Paare 78 Pf.

Herrnwesten, Figür, Saft 1.25 1.50 2.75

Damenblusen, Leinen 4.50

Kinderkleidchen, Piqué 1.45

Kinderhäubchen u. Mützen 55 Pf.

Kinder-Spielschürzen 85 Pf.

Läufer, Filet guipure, 150 cm lang 1.80

Decken, 45x45 92 Pf. 30x30 38 Pf.

Läufer, Spachtel, 150 cm lang 98 Pf.

Decken, Spachtel, 60x50 65 Pf. 30x30 25 Pf.

Ein Posten Gobelin-Kissenplatten Stück 65 Pf.

Ein Posten Fertige Kissen Stück 2.75 Pf.

Ein Posten Voiles, reine Wolle, in schwarz, marine, crème und vielen neuen Farben Meter 90 Pf.

Ein Posten Lasting-Tuche für Kleider u. Kostüme geeignet, reine Wolle, 100-110 breit Meter 1.00 1.45

Ein Posten schwarzer hocheleganter Etamines doppelbreit Meter 1.15

Im Erfrischungsraum: Ein Pfingst-Frühstück und 1 Karaffe Wein 25 Pf.

Das Koalitionsrecht städtischer Arbeiter in freisinniger Theorie und Praxis.

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I hatte sich am Sonnabend der Genosse Heinrich Bürger, Redakteur der „Gewerkschaft, Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter“ zu verantworten. Unter Anklage standen zwei Artikel dieser Zeitschrift in Nr. 17 und 18 vom August und September, durch die sich der Magistrat von Breslau und eine Anzahl städtischer Beamten beleidigt fühlen. — Der vom Rechtsanwalt Heine verteidigte Angeklagte erklärte, daß die Artikel nur die Beschwerden wiedergaben, die die Breslauer städtischen Arbeiter in ihren Versammlungen vorgebracht haben sollen, wie ihm von sonst zuverlässigen Gewährsmännern berichtet worden war. Er habe sich nun überzeugt, daß die betreffenden Arbeiter bei ihren gerichtlichen Berechnungen über die Nichtigkeit der in dem ersten Artikel behaupteten Tatsachen anders ausgefallen seien, als in den Versammlungen. Er könne deshalb bezüglich des ersten Artikels nur behaupten, daß er nicht richtig unterrichtet worden. Der zweite Artikel, betitelt: „Das Koalitionsrecht der Breslauer städtischen Arbeiter in Theorie und Praxis“, habe nur den Zweck gehabt, auf Grund des vorliegenden Materials den Breslauer Magistrat daran zu erinnern, daß die Fürsorge für das Koalitionsrecht der Arbeiter in Theorie und Praxis doch sehr verschieden aussehe. Nach seiner Ansicht haben die kommunikativen Berechnungen bezüglich des zweiten Artikels durchaus die Wahrheit der Behauptungen über die stattgefundenen Verhandlungen von dem Verbandsangehörigen Arbeitern ergeben. Die Aussagen zu den Fällen des zweiten Artikels ergaben eine Reihe horrender Tatsachen.

Auf dem städtischen Wasserwerk wurden zwei Arbeiter entlassen, weil sie die Beiträge von den Verbandsmitgliedern innerhalb des Wertes einlieferten hätten. Als darauf die Befürchtung geäußert wurde, daß der Verband nun seine Mitglieder verlieren könnte, sagte Zeuge Sachmann, wie er befunden, er würde künftig die Beiträge einziehen. Er habe dabei die Absicht, dies in erlaubter Weise außerhalb der Arbeitsstätte zu tun. Als dies dem Wasserwerksdirektor Debusmann hinterbracht wurde, entließ er, wie er befunden, den Sachmann sofort, ohne Angabe des Grundes und ohne ihn vorher auch nur anzuhören.

Einem Zeugen Schubert machte Debusmann Vorhaltungen über die Versammlungen des Verbandes.

Der Zeuge Junielz befand folgendes: Er sei als Hafenschreiber im Bureau beschäftigt worden. Nachdem er in einer Versammlung des Gemeindearbeiterverbandes in Villa Liebig einige absolut nicht beleidigende Worte gesprochen, sei er in die mit Unterstopfen der Eisenbahngleise am Hafen beschäftigte Solonne versetzt worden, womit zwar kein Ausfall an Verdienst aber unangenehmere Arbeit verbunden war. Der Hafensystemlingmann habe seinem Vorgesetzten aufgetragen: „Den nehmen Sie sich besonders vor“, und obgleich er sich nichts habe aufschreiben lassen, ihm gesagt: „Sie sind zu allem fähig, nur nicht zum Eisenbahndienst und mühten als Agitator in sozialdemokratischen Versammlungen gehen“. Der Hafendirektor Meuser habe ihm erklärt: „Ich habe Villa Liebig noch nicht vergessen. Ich werde mich zu revidieren lassen.“ Als Zeuge wegen Entbindung seiner Frau zwei Tage Urlaub nehmen mußte, wurde ihm der Lohn für diese Zeit abgezogen. Als die „Volksmacht“ über diese Vorgänge ohne sein Zutun berichtet hatte, sei er mehrere Male zum Stadtrat Rosenbaum zitiert worden. Dieser hätte gemeint, die Beamten hätten wohl nur in der Erregung so gesprochen. Schließlich sei er entlassen worden, weil er eine verlangte Verichtigung nicht in die „Volksmacht“ gesetzt hätte, man hätte ihm gerade an dem fraglichen Tage so lange Arbeit gegeben, daß er nicht hätte hingehen können.

Der Hafendirektor Meuser erinnert sich nicht mehr, ob er die von Junielz befundene Äußerung getan habe. Die Vernehmung des Junielz auf die Strecke sei erfolgt wegen Mangels an Beschäftigung im Bureau. Junielz wieder behauptet, daß wegen der Arbeitsknappheit bereits der Stationschreiber Marzehl versetzt gewesen und dann wieder ins Bureau geholt worden sei, nachdem er, Zeuge, auf die Strecke gekommen sei. Dieses könne also nicht seinen wahren Grund in dem Arbeitsmangel gehabt haben.

Stadtrat Rosenbaum gibt keine Äußerung etwas anders wieder. Er habe nur gesagt: „Wenn auch einmal in der Erregung ein Wort fällt, geht man nicht gleich zum Arbeiterssekretär, sondern wenn es nötig ist, zu mir, dem Vorgesetzten.“

Derselbe Hafensystemlingmann sagte, wie ein Zeuge Rühl befunden, zu diesem, er solle einen Heizer Vorwerk ablösen, weil dieser wegen der Unterzeichnung einer Petition des Gemeindearbeiterverbandes nicht mehr würdig sei, als Heizer zu funktionieren. Rühlmann sieht die Unwürdigkeit darin, daß die von Vorwerk unterschriebene Petition der Affordarbeiter in beschwerdeführender Form gefaßt war und Forderungen enthielt, die für Vorwerk schon erfüllt waren. Dies sei ein Vertrauensbruch. Rühlmann muß andererseits zugeben, daß er im Gespräch zu Rühl den Arbeiterssekretär Mehrlein beschuldigt hat, sich mit den in der Versammlung geäußerten Beiträgen der Arbeiter einen vergnügten Tag zu machen und daß er dies in einem öffentlichen Widerspruch in den Zeitungen hat zurücknehmen müssen.

Zeuge Hebrig befunden, daß der Viehhofinspektor Lucas ihm gesagt habe: „Wer im Verbands ist, den schmeiß ich raus.“ Lucas entsetzt sich der Äußerung in dieser Form nicht, gibt aber zu, daß er auf den Verband nicht gut zu sprechen war.

Der Straßenmeister Linde bestritt, daß er selbst den Arbeitern Entlassung angedroht hätte, falls sie im Verbands blieben. Aber seinen Aufsehern habe er häufig gesagt, daß sie Leute, die dem Verbands angehörten, besonders scharf beobachten sollten, da diese, wenn sie ihre Pflicht nicht im vollen Maße erfüllten, entlassen werden müßten. Es sei möglich, daß die Aufseher auch zu den Leuten Äußerungen hierüber getan hätten. Die Aufseher ständen, wie er, Zeuge, auf dem Standpunkt, daß die Zugehörigkeit zum

Verbands mit Rücksicht auf dessen Verhalten eine Dienstwidrigkeit sei.

Es wurde noch ein Briefwechsel zwischen dem Arbeiterssekretär Mehrlein und dem Oberbürgermeister Vender verlesen, worin Mehrlein vor dem Erscheinen der Artikel um eine Besprechung bittet, namentlich zur Erörterung der Beschwerden über den Marktinspektor Goebel, Vender aber dies ablehnt. In diesem Briefe äußert sich Vender, man könnte sich angeichts der Haltung des Verbandes nicht wundern, wenn die Beamten „wohlwollend vor ihm gewarnt hätten“.

Der Staatsanwalt beantragte für jeden der beiden Artikel drei Monate, zusammen fünf Monate Gefängnis.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine schloß sich dem Bedauern des Angeklagten an, daß im ersten Artikel über den Marktinspektor Goebel übertriebene Behauptungen aufgestellt worden seien. Dies hätte vermieden werden können, wenn Vender auf den Vorschlag Mehrleins eingegangen wäre. Der Verteidiger erörterte dann die Einzelfälle und fand darin durchweg eine unfreundliche, ja feindselige Haltung gegen das vom Magistrat proklamierte Koalitionsrecht der Gemeindearbeiter. Besonders markant wäre die Auffassung des Linde, daß bei den dem Verbands angehörigen Arbeitern auf einen Anlaß ausgepaßt werden müßte, sie zu entlassen. So wäre namentlich gegen Renner verfahren worden. Selbst die Entlassung der beiden, die Beiträge auf dem Wasserwerk eingezogen hätten, wäre unberechtigt. Die Arbeitsordnung sähe für diesen Fall Geldbußen bis zu einem halben Tageslohn vor, nicht aber sofortige Entlassung. Ganz unberechtigt wäre die Entlassung des Sachmann und die Drohungen des Meuser.

Gerade die Magistratsmitglieder Oberbürgermeister Vender und Stadtrat Rosenbaum hätten wenig Verständnis für das proklamierte Koalitionsrecht gezeigt und statt gegen die schuldigen Beamten vorzugehen, ihnen Entschuldigungen unter die Hand gegeben.

Der Verteidiger beantragte schließlich, noch den Oberbürgermeister Vender als Zeugen zu vernehmen, der befunden würde, daß im Januar 1906 eine Deputation von Arbeitern, die eine Lohnerhöhung erbeten habe, entlassen worden sei.

Das Gericht erkannte nach etwa einstündiger Beratung auf 200 M. Geldstrafe. Es billigt dem Angeklagten an, daß er berechnigte Interessen vertreten habe, nahm auch an, daß ein Teil der aufgestellten Behauptungen erwiesen sei, erblickt aber in der Form einiger Stellen der Artikel eine beleidigende Absicht.

5. Generalversammlung des Verbandes der Stukkateure und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Leipzig, 21. April.

Schlusbericht.

Die Debatte über das Unterstützungsweesen wurde weitergeführt. Die Berliner Delegierten werden sich besonders gegen die Einführung der Kronenunterstützung; diese gehöre nicht in die Gewerkschaften hinein, dazu seien die Hilfslagen da. Andere Delegierte sind gegen diese Unterstützungsrichtung wegen der damit verbundenen Beitragserhöhung. Odendahl und Edler treten mit dem Vorschlag für Einführung ein, daß dadurch die Mitglieder am Beitritt in die Schwindelfassen gehindert werden.

Thielberg-Hamburg drückt in seinem Schluswort seine Verwunderung über die Stellung der Delegierten aus Rheinland und Westfalen aus, da diese doch in ihrer Heimat mit den Christlichen zu kämpfen hätten, die immer auf ihre Unterstützungsrichtungen hinwiesen. Gewiß seien Unterstützungsrichtungen nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel der Gewerkschaften, aber als ein gutes gegen die Mitgliederfluktuation hätten sie sich doch bewährt. Die vorgebrachten technischen Schwierigkeiten würden bei in den anderen Gewerkschaften auch bei uns überwunden werden. In der namentlichen Abstimmung wurde die Einführung dieses Unterstützungsweises mit 131 gegen 15 Stimmen alsdann abgelehnt.

Die Einführung der Reiseunterstützung wird von Leithäuser-Düsseldorf u. a. damit begründet, daß die Mitglieder bei einer eventuellen Verschmelzung schon daran gewöhnt seien. Die Form der Reiseunterstützung bei den Maurern sei die, daß nur vom 1. November bis zum 1. März pro Tag mit 75 Pf. gezahlt werde.

Odendahl ersucht darum, es bei der Unterstützung für das ganze Jahr zu lassen. Zu empfehlen sei auch nicht, die Unterstützung nur für direkte Reiserouten zu zahlen, weil dadurch die großen Städte mit arbeitslosen Kollegen überschwemmt würden. Die Erhöhung der Unterstützungssätze von 1 1/2 auf 2 Pf. bitte er abzulehnen.

In der Debatte wurde gefordert, daß den Kollegen die Unterstützung jederzeit, auch tagsüber, ausbezahlt würde; dagegen wurde geltend gemacht, daß dieses Verlangen für die Verwaltungsbeamten der Filialen zu erfüllen doch zu groß sei.

Thielberg wendet sich gegen die beantragte Erhöhung des Unterstützungssatzes von 1 1/2 auf 2 Pf. pro Kilometer, die, wenn sie angenommen würde, 2000 M. Rehrausgaben verursachen würde als die Anschlagssumme der Vorlage.

Die Erhöhung wurde aber dann vom Verbandsrat trotzdem beschlossen, ebenso das, daß solche Mitglieder keine Reiseunterstützung erhalten, die nach gesperrten Orten reisen. Als Reiselegitimation soll eine Karte eingeführt werden.

Beim Punkt Unterstützung in Sterbefällen wendet Krebs-Berlin gegen den Vorstandsentscheid ein, daß die Not in Sterbefällen groß sei und man die Sterbeurkunde nicht erst dem Vorstande zur Genehmigung der Unterstützungsauszahlung vorlegen dürfe, wolle man die Auszahlung nicht ungebührlich verlängern. Eine wirklich soziale Einrichtung funktioniere nur, wenn sie nicht durch bürokratische Schranken beengt werde.

Der Unterstützungsentscheid wird zugestimmt, der Vorstandsentscheid jedoch abgelehnt.

Aus der nun folgenden lebhaften Debatte über die Statutenberatung sei besonders die beschlossene Änderung hervorgehoben, die die Uebereinstimmungsbestimmungen für Mitglieder aus einer ausländischen Gewerkschaft in die deutschen regelt. Diese

Bestimmungen sind durch den Beschluß des Kölner Kongresses festgelegt. Im ersten Jahre der Mitgliedschaft werden nur Karten, vom zweiten Jahre an dann Mitgliedsbücher ausgegeben. Der § 4 des Statuts: „Abführung der Gelder an den Zentralvorstand“ ruft eine lebhafteste Debatte hervor. Der Vorstand will in einem Antrag, daß die Filialen in Zukunft statt der bisherigen 65 Proz. der Einnahmen 80 Proz. abliefern sollten. Das wird besonders mit dem Hinweis auf die Reiseunterstützung, Reuanstellung von Beamten und mit der Weigerung, die Beiträge an sich erhöhen zu wollen, begründet.

Von Delegierten wiederum wurde eingewendet, daß die am Orte verbleibenden 20 Proz. nicht für die Unkosten hinreichen. Die Süddeutschen wendeten sich besonders gegen den ihnen gemachten Vorschlag, daß sie zwar nehmen aber nichts geben wollten. Der Münchener Delegierte erklärte, daß sie nur dann für eine Beitragserhöhung eintreten könnten, wenn ihnen ein Gauleiter für Süddeuropa bewilligt würde.

Odendahl berechnet, daß bei nur 75 Proz. Beitragsablieferung der Rehrausnahme von 16 875 M. eine Rehrausgabe von 35 000 M. gegenüber stände, es käme also auf eine förmliche Ausplünderung hinaus.

In diese Debatte griff der Vertreter der Generalkommission Drunzel-Berlin mit folgenden Ausführungen ein: Es habe leider seinen Zweck mehr, über die nun abgelehnten Unterstützungen als Mittel gegen die Fluktuation der Mitglieder zu reden. Der zu schaffende Streifonds müsse so hart werden, wenn man von einer Durchschnittsrechnung hierbei reden könne, daß mit ihm die Berliner Filiale sechs bis acht Wochen in einem Streit ausgehalten werden könne, wozu mindestens 120 000 M. nötig sein würden. Das müßte sei jetzt, den Süddeutschen mit der Bewilligung eines Gauleiters entgegenzukommen, damit sie für die Beitragserhöhung um 5 Pf. stimmen.

Der Vorstandsentscheid, 50 Pf. Beitrag zu erheben und 80 Proz. an die Hauptkasse abzuliefern, wurde angenommen. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Hamburg; der Vorstand wird um zwei besoldete Beamte vermehrt. Der Sitz des Ausschusses wurde von Leipzig nach Berlin verlegt.

Man beschloß sich hierauf noch mit den Anstellungsbedingungen der Beamten. Die Gehaltsfrage wurde dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses gemäß geregelt. Odendahl wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt, Thielberg wurde als zweiter und Giebler-Berlin als Kassierer gewählt. Der Verbandsrat soll alle zwei Jahre abgehalten werden. Der Diätensatz wird von 7 auf 8 M. erhöht; die Entschädigung für Lohnausfall bleibt mit 7 M. bestehen. Das Protokoll soll in 5000 Exemplaren hergestellt und zum Preise von 20 Pf. pro Stück abgegeben werden. Der nächste Verbandsrat findet laut Beschluß in Nürnberg statt.

Der Verbandsrat beauftragte den Vorstand noch, sich mit der italienischen Föderation in Verbindung zu setzen. Mit den Schlusworten Odendahls, daß es Pflicht der Verbandskollegen und Leiter sei, ihre Arbeit im Hinblick auf die allgemeine Stärkung der Arbeiterbewegung zu tun und daß es weiter Pflicht sei, die Kollegen über die ökonomische Entwicklung aufzuklären, damit sie das Klassenbewußtsein dahin treibe, wo sie hingehören, in die Sozialdemokratie, die allein die Arbeiterinteressen vertritt, fand der Verbandsrat sein Ende.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Stationen, Temperatur. It lists various weather stations and their corresponding temperature readings.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Stationen, Temperatur. It lists weather stations and their temperature readings for a specific date.

Weiterprognose für Dienstag, den 24. April 1906. Kahl und veränderlich, vielfach wolfig mit geringen Niederschlägen und ziemlich starken nordwestlichen Winden.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitnummern sofort ihre Adressen einschicken, da bei verspäteter Bestimmung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Advertisement for Sunlight Soap. It features an illustration of a woman washing clothes and a child. The text reads: 'Sunlight Seife' and describes its benefits for cleaning and softening laundry.

